



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Was bleibt? Das politische Wirken und Vermächtnis  
von Dr. Fred Sinowatz

Verfasserin

Linda Martina Zeiler

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil)

Wien, im April 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 313 344

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramt UF Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung  
UF Englisch

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Bertrand Michael Buchmann



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>5</b>
<b>VORWORT .....</b>	<b>7</b>
<b>I. EINLEITUNG .....</b>	<b>9</b>
<b>II. DIE PERSON FRED SINOWATZ .....</b>	<b>11</b>
<b>III. DER POLITIKER FRED SINOWATZ.....</b>	<b>28</b>
1. SEINE POLITISCHEN GRUNDWERTE UND SEIN POLITIKVERSTÄNDNIS .....	28
2. SINOWATZ „BURGENLANDJAHRE“ (1954-71).....	32
2.1 ANFÄNGE IN DER KOMMUNALPOLITIK .....	32
2.2 SINOWATZ ALS LANDESPARTEISEKRETÄR .....	34
2.2.1 SINOWATZ ALS WAHLKAMPFLEITER BEI DER LANDTAGSWAHL 1964 .....	35
2.2.2 SINOWATZ ALS INTEGRATIONSFIGUR UND REFORMER DER SPÖ- BURGENLAND .....	37
2.2.3. DAS ERFOLGSDUO KERY-SINOWATZ .....	40
2.3 SINOWATZ ALS LANDESRAT FÜR KULTUR (1966-71) .....	43
3. SINOWATZ ALS BUNDESMINISTER FÜR UNTERRICHT UND KUNST IN DER „ÄRA KREISKY“ (1971-83) .....	46
3.1 BILDUNGSPOLITIK.....	46
3.1.1 BILDUNGSPOLITISCHES SELBSTVERSTÄNDNIS .....	46
3.1.2 BILDUNGSPOLITISCHES WIRKEN.....	48
3.1.2.1 SCHULBAUPROGRAMM.....	48
3.1.2.2 SOZIOÖKONOMISCHE MAßNAHMEN .....	51
3.1.2.2.1 SCHULFAHRTBEIHILFEN UND SCHULFREIFAHRTEN.....	51
3.1.2.2.2 SCHUL- UND HEIMBEIHILFEN.....	52
3.1.2.2.3 „SCHULBUCHAKTION“ .....	53
3.1.2.3 SCHULVERSUCHE ZUR SCHULREFORM.....	56
3.1.2.4 DEMOKRATISIERUNG DER SCHULE.....	64
3.1.2.5 GRUNDSATZERLASS „POLITISCHE BILDUNG“ .....	68
3.1.2.6 WEITERE BILDUNGSPOLITISCHE MAßNAHMEN .....	70
3.2 KULTURPOLITIK.....	72
3.2.1 KULTURPOLITISCHES SELBSTVERSTÄNDNIS .....	72
3.2.2 KULTURPOLITISCHE MAßNAHMEN .....	74

4. SINOWATZ ALS BUNDESKANZLER (1983-86) UND BUNDESPARTEIVORSITZENDER DER SPÖ (1983-88) .....	76
4.1 „DAS ERBE KREISKYS“: DIE RAHMENBEDINGUNGEN VON SINOWATZ KANZLERSCHAFT .....	76
4.2 SACHPOLITIK .....	85
4.2.1 WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK.....	85
4.2.1.1 DIE „VÖEST-KRISE“ .....	87
4.2.2 UMWELT- UND ENERGIEPOLITIK.....	89
4.2.2.1 DIE AUSEINANDERSETZUNG UM DAS AKW ZWENTENDORF.....	90
4.2.2.2 DER KONFLIKT UM HAINBURG.....	92
4.3 REGIERUNGSZUSAMMENARBEIT UND KOALITIONSKLIMA.....	96
4.4 PARTEIINTERNE PERSONALPOLITIK UND FÜHRUNGSARBEIT .....	102
EXKURS: DIE „WALDHEIM-AFFÄRE“ .....	108
5. RÜCKZUG AUS DER POLITIK .....	114
<b>IV. RESÜMEE.....</b>	<b>118</b>
<b>QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>120</b>
MONOGRAPHIEN, FESTSCHRIFTEN UND AUFSÄTZE IN SAMMELBÄNDEN .....	120
ARTIKEL IN PERIODIKA, FACHJOURNALEN, ZEITSCHRIFTEN UND TAGESZEITUNGEN .....	128
ARTIKEL AUS DEM INTERNET.....	133
UNVERÖFFENTLICHTE QUELLEN .....	133
<b>ZUSAMMENFASSUNG.....</b>	<b>135</b>
<b>ABSTRACT .....</b>	<b>136</b>
<b>ERKLÄRUNG.....</b>	<b>137</b>
<b>LEBENS LAUF.....</b>	<b>138</b>

# ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AKH	Allgemeines Krankenhaus
AKW	Atomkraftwerk
ALÖ	Alternative Liste Österreich
Art.	Artikel
BF	„Burgenländische Freiheit“
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Dipl.-Arb.	Diplomarbeit
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
idF	in der Fassung
i.e.	( <i>lat. id est</i> ) das ist, das heißt, mit anderen Worten
IFES	Institut für Empirische Sozialforschung
Kap.	Kapitel
KFZ	Kraftfahrzeug
MVBl.	Mitteilungs- und Verordnungsblatt
Nov.	Novelle
NS-	nationalsozialistische
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
o.V.	ohne Verfasser
ÖIAG	Österreichische Industrieholding AG
OECD	( <i>engl.</i> Organization for Economic Cooperation and Development) Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SA	Sturmabteilung
SchOG	Schulorganisationsgesetz
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
StGG.	Staatsgrundgesetz
Univ.	Universität

UNO	( <i>engl.</i> United Nations Organization) Organisation der Vereinten Nationen
URL	( <i>engl.</i> Uniform Resource Locator) Adresse im Internet
USA	( <i>engl.</i> United States of America) Vereinigte Staaten von Amerika
VGÖ	Vereinte Grüne Österreichs
VÖEST	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke
vs.	( <i>lat.</i> versus) gegen, gegenüber
WJC	( <i>engl.</i> World Jewish Congress) Jüdischer Weltkongress
WWW	( <i>engl.</i> World Wide Web) Internet
zit.	zitiert als

# VORWORT

Mein reges Interesse an Zeit- und Politikgeschichte ebenso wie meine Begeisterung für biographische Zugangsweisen zu geschichtlichen Entwicklungen wurde bereits während meiner Schulzeit geweckt. Da sich meine Interessenschwerpunkte auch im Laufe meines Geschichtsstudiums nicht wesentlich verändert hatten, stand für mich bald fest, dass ich mich bei meiner Diplomarbeit in einem der obengenannten Bereiche bewegen wollte.

Im Gegensatz zu dem thematischen Umfeld war mir der genaue Forschungsgegenstand meiner Arbeit allerdings lange unklar, denn obwohl ich als Nichte eines seiner ehemaligen Pressesprecher schon in meiner Jugend des Öfteren von Fred Sinowatz gehört hatte, stellte sich mein tieferes Interesse an seiner politischen Tätigkeit erst sehr spät, im Rahmen der Lektüre einiger Medienbeiträge anlässlich seines Todes im Jahr 2008 ein. Da mich Fred Sinowatz allerdings sowohl politisch als auch menschlich zunehmend faszinierte, reifte in mir sehr bald der Wunsch, mich mit seinem politischen Vermächtnis auch auf wissenschaftlicher Ebene eingehender zu beschäftigen. Ich konnte durch die Auseinandersetzung mit dem Leben und Wirken von Fred Sinowatz rückblickend viele wertvolle Einsichten und Erkenntnisse gewinnen, bedauere aber zutiefst, mich nicht schon früher damit befasst und somit die Möglichkeit versäumt zu haben, diesen große politische Persönlichkeit, für die ich Bewunderung und Hochachtung empfinde, persönlich kennen zu lernen.

# DANKSAGUNG

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen Personen recht herzlich bedanken, die mich bei der Fertigstellung meiner Diplomarbeit unterstützt haben, allen voran meinem Diplomarbeitsbetreuer Univ.-Doz. Dr. Bertrand Michael BUCHMANN, meinem Vater Mag. Helmut ZEILER und meinem Onkel Gerhard ZEILER sowie Mag. Gabriele MICHALEK und Mag. Krista ZWINGER für die abschließende Durchsicht und Korrektur meiner Arbeit.

Vor allem aber möchte ich meiner Familie und meinen Freunden danken, die mir im Laufe meines gesamten Studiums und besonders in dieser letzten Phase immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden sind, und denen aufgrund ihres Verständnisses und ihrer Unterstützung ein wesentlicher Anteil am Gelingen meiner Diplomarbeit gebührt.

## **ANMERKUNG**

Personenbezogene Bezeichnungen wie etwa Schüler oder Lehrer etc. sind nicht geschlechtsspezifisch, sondern begrifflich gemeint, i.e. sie sind als Bezeichnungen für Personengruppen zu verstehen und beinhalten somit gleichermaßen Schülerinnen und Schüler bzw. Lehrerinnen und Lehrer etc.



# I. EINLEITUNG

Als langjähriger Bundesminister für Unterricht und Kunst sowie als Nachfolger Bruno Kreiskys als zweiter sozialdemokratischer Bundeskanzler der Nachkriegsgeschichte und Bundesparteivorsitzender der SPÖ nimmt der burgenländische Politiker und Historiker Fred Sinowatz zweifelsohne einen wichtigen Stellenwert in der Geschichte der Zweiten Republik und damit auch in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie ein.

Sein politisches Wirken und Vermächtnis wird in der öffentlichen Betrachtung sowie in der historischen und politischen Analyse rückblickend jedoch oft undifferenziert dargestellt beziehungsweise auf seine Kanzlerschaft beschränkt und nicht selten auch durch den Verweis auf seine – medial simplifizierten – Aussprüche „Alles ist sehr kompliziert“ und „Ohne die Partei bin ich nichts“ herabgewürdigt.

In der vorliegenden Arbeit soll die politische Laufbahn von Fred Sinowatz daher einer kritischen und differenzierten Betrachtung unterzogen werden, um dem Leser so einen umfassenden Einblick in sein tatsächliches politisches Vermächtnis geben zu können. Dabei soll nicht nur seine Tätigkeit als österreichischer Bundeskanzler (1983-86) analysiert, sondern vor allem auch seine langjährige politische Arbeit im Burgenland, seine Amtszeit als Bundesminister für Unterricht und Kunst (1971-1983) sowie seine Funktion als Bundesparteivorsitzender der SPÖ (1983-88) beleuchtet werden.

Anschließend an einen kurzen biographischen Überblick (Kapitel II) ist der Hauptteil der Arbeit (Kapitel III) einer ausführlichen Betrachtung des politischen Wirkens von Fred Sinowatz gewidmet. Neben einem anfänglichen Einblick in seine politischen Grundwerte und in sein Politikverständnis sowie einer abschließenden Analyse seines Rückzuges aus der Politik ist der Hauptteil der Arbeit in drei wesentliche Abschnitte gegliedert, in denen zu gleichen Teilen seine politische Tätigkeit im Burgenland, seine Amtszeit als Unterrichtsminister sowie seine Arbeit als Bundeskanzler und SPÖ-Bundesparteivorsitzender

behandelt werden. Ein kleiner Exkurs beschäftigt sich mit der „Waldheim-Affäre“ und ihren Auswirkungen auf die politische Laufbahn von Fred Sinowatz.

Gearbeitet wurde hauptsächlich mittels Literaturrecherche, wobei sowohl Werke der politischen beziehungsweise historischen Analyse, als auch zeitgenössische Darstellungen herangezogen wurden.

Im Interesse einer möglichst ausgewogenen und differenzierten Betrachtung des politischen Wirkens und Vermächtnisses von Fred Sinowatz wurde darüber hinaus versucht, möglichst zu gleichen Teilen politische Wegbegleiter und Gesinnungsgenossen einerseits und Angehörige der politischen Opposition beziehungsweise unabhängige Historiker, Politologen und Journalisten andererseits zu Wort kommen zu lassen. Aufgrund der höchst unterschiedlichen Quellenlage war die Möglichkeit einer ausgewogenen Literaturstudie allerdings nicht in jedem Teilbereich hundertprozentig gegeben; insbesondere zu seiner Unterrichtsministerzeit war es schwer, genügend Werke beziehungsweise Darstellungen zu finden, die nicht von Autoren mit sozialdemokratischem Hintergrund verfasst worden waren, weshalb bei diesem Abschnitt auch genauer als anderswo darauf geachtet wurde, die Analyse seines politischen Wirkens neutral zu halten.

Besonderer Wert wurde auch darauf gelegt, wo immer es möglich war, Stellungnahmen beziehungsweise Zitate von Fred Sinowatz selbst in die Arbeit einfließen zu lassen.

## II. DIE PERSON FRED SINOWATZ

Fred Sinowatz wurde am 5. Februar 1929 im burgenländischen Industriort Neufeld an der Leitha als Kind einer Arbeiterfamilie geboren.<sup>1</sup>

Sein ursprünglich aus kleinbäuerlichen Verhältnissen stammender Vater Ferdinand Szinowatz<sup>2</sup> (1904-1972) war bis zum Einbruch der Weltwirtschaftskrise als Maschinenschlosser im nahegelegenen Braunkohlebergwerk tätig gewesen, hatte sich aber am Höhepunkt der Arbeitslosigkeit entschieden, die familiäre Existenz durch den Aufbau eines kleinen Kohlehandel- und Fuhrwerkunternehmens abzusichern und schaffte es so mit viel Ehrgeiz und harter Arbeit, dem proletarischen Dasein zu entfliehen.<sup>3</sup>

1928 ehelichte Ferdinand die um zwei Jahre jüngere Fabrikarbeiterin Maria Csech (1906-1978), mit der er sich bald nach der Geburt des gemeinsamen Sohnes in einem von eigener Hand errichteten kleinen Einfamilienhaus unweit der örtlichen Hanf- und Jutefabrik niederließ.<sup>4</sup> Geboren worden war Fred Sinowatz allerdings noch in einer der notdürftig eingerichteten Zimmer-Küche-Wohnungen in der Werkskolonie, die um die Jahrhundertwende für die etwa 2000 Arbeiter des großen Neufelder Fabriksbetriebs errichtet worden waren.<sup>5</sup>

Es war also eine Mischung aus proletarischem, kleinbäuerlichem und bürgerlichem Umfeld, in dem Fred Sinowatz aufwuchs und das ihn für sein späteres Leben entscheidend prägen sollte.<sup>6</sup>

In seiner frühen Kindheit und Jugend war Fred Sinowatz ein sehr stilles und in sich gekehrtes Kind, das relativ viel Zeit allein verbrachte.<sup>7</sup> Eine seiner

---

<sup>1</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.8; vgl. PELINKA Peter (2000), S.152; vgl. CAMPBELL (1995), S.520; vgl. LACINA (2004), S.24; vgl. LINGENS (1995), S.137.

<sup>2</sup> Der ursprünglich kroatische Name *Sinovac* – was wörtlich so viel bedeutet wie „Sohn des Bruders“ – wurde Ende des 19. Jahrhunderts zu *Szinowatz* magyarisiert. Bei der Abfassung der Geburtsurkunde von Fred Sinowatz wurde der Name der Einfachheit halber „eingedeutscht“ (i.e. das z nach dem Anfangsbuchstaben wurde weggelassen). (vgl. CAMPBELL (1995), S.520; vgl. FEYMANN (1999), S.16f.)

<sup>3</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.8; vgl. PELINKA Peter (2000), S.152; vgl. CAMPBELL (1995), S.520; vgl. LACINA (2004), S.24; vgl. LINGENS (1995), S.137; vgl. FEYMANN (1999), S.16 und S.18f.

<sup>4</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.8; vgl. PELINKA Peter (2000), S.152; vgl. CAMPBELL (1995), S.520; vgl. LACINA (2004), S.24; vgl. LINGENS (1995), S.137; vgl. FEYMANN (1999), S.13 und S.18.

<sup>5</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.13f.

<sup>6</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. FEYMANN (1999), S.20.

<sup>7</sup> vgl. LINGENS (1995), S.137 und S.165; vgl. BRITZ (1979b), S.11f.

wichtigsten Bezugspersonen war sein Onkel mütterlicherseits, der überzeugte Sozialdemokrat und spätere langjährige Neufelder Bürgermeister Josef Csech.<sup>8</sup> Nachdem dieser 1934 aufgrund seiner sozialdemokratischen Gesinnung und seiner Betätigung als illegaler Sozialist seine Anstellung als Leiter der örtlichen Arbeiterbücherei verloren hatte, konnte er für die nächsten Jahre bei seiner Schwester und deren Familie unterkommen, wofür er sich durch besonderes Engagement bei der geistigen und politischen Erziehung seines Neffen „revanchierte“.<sup>9</sup>

Der wissenschaftsbegeisterte Onkel lehrte Fred Sinowatz bereits lange vor dessen Eintritt in die Volksschule<sup>10</sup> Lesen und Schreiben und impfte ihm schon in früher Kindheit eine besondere Leidenschaft für Literatur und eine starke Sehnsucht nach Wissen ein, die den späteren Unterrichtsminister zeit seines Lebens begleiten sollte.<sup>11</sup> Auch in politischer Hinsicht wurde Sinowatz neben seinen Eltern in erster Linie von dem parteipolitisch überaus aktiven Onkel geprägt, der ihn bereits früh in seine diesbezüglichen Vorstellungen und Prinzipien einführte und dementsprechend eine Schlüsselfigur für Sinowatz späteren Eintritt in die Politik darstellte.<sup>12</sup>

Gegen Ende der Volksschulzeit wurde den Eltern von Fred Sinowatz von dessen Lehrern nahegelegt, den begabten Schüler ein Gymnasium besuchen zu lassen, was für diese eine ganz besondere Auszeichnung darstellte.<sup>13</sup> Sinowatz Eltern hatten angesichts ihrer eigenen begrenzten Schulbildung von diesem Schultyp zwar keine Vorstellung, die gymnasiale Ausbildung erschien ihnen jedoch als die prestigeträchtigste, und so entschlossen sie sich – ungeachtet der beachtlichen finanziellen Opfer, die ihnen diese Entscheidung abverlangte – ihrem Sohn eine Gymnasialausbildung in Wiener Neustadt zu ermöglichen.<sup>14</sup>

---

<sup>8</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.521.

<sup>9</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.8; vgl. PELINKA Peter (2000), S.153; vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. LINGENS (1995), S.137; vgl. FEYMANN (1999), S.18f.

<sup>10</sup> Fred Sinowatz besuchte den Kindergarten ebenso wie die Volksschule in Neufeld. (vgl. BRITZ (1979b), S.11; vgl. CAMPBELL (1995), S.520.)

<sup>11</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.8f; vgl. PELINKA Peter (2000), S.153; vgl. LINGENS (1995), S.137; vgl. FEYMANN (1999), S.19.

<sup>12</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. FEYMANN (1999), S.19; vgl. BRITZ (1979b), S.10.

<sup>13</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.12; vgl. PELINKA Peter (2000), S.152; vgl. FEYMANN (1999), S.22.

<sup>14</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.12; vgl. PELINKA Peter (2000), S.152; vgl. CAMPBELL (1995), S.520f; vgl. LACINA (2004), S.25; vgl. FEYMANN (1999), S.22.

Zunächst war es aber nicht diese persönliche Weichenstellung, sondern eine politische – i.e. der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938 sowie der im Jahr darauf folgende Kriegsbeginn –, die das Leben des nunmehr zehnjährigen Schülers wesentlich verändern sollte:

So wurden kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939 zunächst sein geliebter Onkel Josef und später auch sein Vater Ferdinand – die sich beide, ebenso wie Sinowatz Mutter Maria, im Unterschied zu vielen anderen Sozialdemokraten öffentlich gegen die Nationalsozialisten ausgesprochen hatten – in die Deutsche Wehrmacht einberufen, wo sie bald zum Kriegseinsatz an der Ostfront eingesetzt wurden.<sup>15</sup>

Aufgrund der familiären Einstellung sowie der Berichte in den „Feindsendern“, die im Hause Sinowatz trotz des strengen Verbotes abends regelmäßig gehört wurden, begann sich Fred Sinowatz anders als viele seiner Klassenkameraden relativ früh von der nationalsozialistischen Propaganda zu befreien und ein Ende des NS-Regimes herbeizusehnen.<sup>16</sup>

In der Zwischenzeit war der Schüler nach bestandener Aufnahmeprüfung im Wiener Neustädter Gymnasium angenommen worden, wo er allerdings von Beginn an mit milieubedingten sprachlichen Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte:<sup>17</sup> So fühlte sich der Mundart sprechende Sinowatz neben seinen Mitschülern, die – aus „besseren“ Kreisen stammend – alle über einen viel größeren Wortschatz und vor allem über ein größeres Selbstbewusstsein verfügten, äußerst unwohl und unbeholfen.<sup>18</sup>

Rückblickend gab er zu, dass ihm die Ressentiments, denen er aufgrund seiner proletarischen Herkunft in seinen ersten Schuljahren am Gymnasium öfters ausgesetzt war, sehr zu schaffen machten.<sup>19</sup> Bald dachte Fred Sinowatz nur noch widerwillig an die Schule und zeigte sich im Unterricht sehr zurückhaltend, weshalb man ihm seitens der Lehrerschaft bald Lernschwierigkeiten unterstellte.<sup>20</sup>

---

<sup>15</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.153; vgl. FEYMANN (1999), S.22, S.24, S.26 und S.30.

<sup>16</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.26 und S.32.

<sup>17</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.520f; vgl. FEYMANN (1999), S.24; vgl. BRITZ (1979b), S.12; vgl. LINGENS (1995), S.137f.

<sup>18</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.24; vgl. BRITZ (1979b), S.12.

<sup>19</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. FEYMANN (1999), S.24.

<sup>20</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.24; vgl. BRITZ (1979b), S.12.

Als er schließlich in seinem dritten Schuljahr dem Unterricht wegen einer Blinddarmentzündung so lange fernblieb, dass er die Klasse im nächsten Jahr hätte wiederholen müssen, wurde seinem Vater vom Direktor des Gymnasiums nahegelegt, die schulische Ausbildung seines Sohnes abzubrechen:<sup>21</sup> Laut Schilderung von Fred Sinowatz hatte der in Offiziersuniform gekleidete Direktor seinem eingeschüchterten Vater – der sich gerade auf Fronturlaub befand – kurz angebunden geraten, sein Bub möge doch wie er selbst Schlosser werden, da es zu mehr ohnehin nicht reichen werde.<sup>22</sup>

Anstatt die „Empfehlung“ des Direktors anzunehmen und die Schulausbildung ihres Sohnes abzubrechen, beschlossen Sinowatz Eltern jedoch kurzerhand, ihrem Sohn einen Wechsel in das etwas weiter von Neufeld entfernt liegende Badener Gymnasium bei Wien zu ermöglichen, was sich bald als richtige Entscheidung erweisen sollte.<sup>23</sup> So stellten sich infolge des Schulwechsels bei Fred Sinowatz nicht nur rasch die schulischen Erfolge wieder ein, der stark eingeschüchterte Junge konnte in seinem neuen Umfeld zudem auch neues Selbstbewusstsein gewinnen.<sup>24</sup>

Später ließen seine eigenen schulischen Erfahrungen Sinowatz zum vehementen Befürworter einer gemeinsamen Schulbildung für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen werden. So wurde er in Hinblick auf die frühe Selektion im österreichischen Schulwesen nie müde zu betonen: „Wenn ich nach dem Schulerfolg der Unterstufe eingestuft worden wäre, hätte ich nie ein Stipendium bekommen.“<sup>25</sup>

Der weiten Entfernung halber musste Fred Sinowatz für die restliche Dauer seiner Gymnasialzeit nunmehr in einem Badener Schülerheim unterkommen; er gewann dadurch jedoch nicht nur viel Selbstständigkeit, sondern auch neue Freunde.<sup>26</sup> Die Wochenenden verbrachte er auch weiterhin in seinem Elternhaus in Neufeld, wo er seine freie Zeit vor allem auf dem Sportplatz verbrachte.<sup>27</sup>

---

<sup>21</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.24; vgl. BRITZ (1979b), S.12; vgl. PELINKA Peter (2000), S.152f.

<sup>22</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.24.

<sup>23</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.26; vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. BRITZ (1979b), S.12.

<sup>24</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.26 und S.30; vgl. BRITZ (1979b), S.12.

<sup>25</sup> Sinowatz, in PELINKA Peter (2000), S.157.

<sup>26</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.26 und S.30

<sup>27</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.30 und S.49f.

Schon von früher Kindheit an war Sinowatz ein begeisterter und vor allem auch talentierter Fußball- und Handballspieler, der kein Wettspiel am Wochenende versäumte und nicht nur der Handballmannschaft seiner Schule, sondern für einige Zeit sogar dem burgenländischen Fußballjugendkader angehörte.<sup>28</sup>

Als gegen Ende des Jahres 1944 die Kriegslage immer aussichtsloser wurde und den Schülern zu Beginn der Weihnachtsferien mitgeteilt wurde, dass eine Wiederaufnahme des Unterrichts im neuen Jahr nicht denkbar sei, entschloss sich der nun fast sechzehnjährige Fred Sinowatz, bis zum Ende des Krieges daheim in Neufeld „unterzutauchen“, um möglichst von keiner Stelle mehr einberufen zu werden.<sup>29</sup>

Nachdem Neufeld am 1. April 1945 von der Roten Armee befreit worden war, setzten im Dorf sogleich die Aufräumarbeiten ein, an denen sich auch Fred Sinowatz wesentlich beteiligte.<sup>30</sup> Ein Ereignis, das ihm dabei besonders in Erinnerung blieb, war die Mitarbeit beim Bau einer Notbrücke in Neufeld, nachdem die deutschen Truppen bei ihrem Abzug alle Leitha-Übergänge in der Umgebung gesprengt hatten.<sup>31</sup> Die gemeinsame Wiederaufbauarbeit im Dorf sollte für ihn eine der prägendsten Erfahrungen in seinem noch jungen Leben darstellen; es schien ihm fast, als könne er dabei mithelfen, die Welt noch einmal neu zu erschaffen.<sup>32</sup>

Nachdem sich das Leben in Neufeld wieder weitgehend normalisiert hatte und auch sein Vater und sein Onkel wieder aus dem Krieg heimgekommen waren, kehrte Sinowatz in der zweiten Jahreshälfte 1945 an das Gymnasium in Baden zurück, wo er nunmehr die 6. Klasse besuchte.<sup>33</sup>

An einen geregelten Schulbetrieb war allerdings angesichts der äußeren Umstände sowie aufgrund des Mangels an elementarsten Unterrichtsbehelfen noch lange nicht zu denken.<sup>34</sup> Die Lehrer, die zum Großteil entweder gerade erst mit ihrem Studium fertig geworden oder frisch von der Front ins

---

<sup>28</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.49f; vgl. PELINKA Peter (2000), S.153; vgl. LINGENS (1995), S.144.

<sup>29</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.34.

<sup>30</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.37, S.39 und S.42f.

<sup>31</sup> vgl. TOTH (2004), S.151; vgl. FEYMANN (1999), S.42.

<sup>32</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.40.

<sup>33</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.40f und S.44.

<sup>34</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.40.

Klassenzimmer zurückgekehrt waren, waren ebenso wie der Rest der Bevölkerung mit dem Aufbau ihrer eigenen Existenz beschäftigt und nahmen es deshalb mit der schulischen Ordnung nicht so genau wie vor dem Krieg.<sup>35</sup> Nach dem äußerst unzulänglichen Schulbetrieb in der letzten Kriegsphase waren die Schüler also vorerst auch in der Nachkriegszeit in ihrem Wissenserwerb größtenteils sich selbst überlassen.<sup>36</sup>

Im Gegensatz zu vielen seiner Klassenkameraden, die teilweise mit einem erschreckend geringen Wissensstand in die sechste Klasse aufgestiegen waren, bereitete Fred Sinowatz dieser Umstand jedoch kaum Schwierigkeiten.<sup>37</sup> Der einstige Schock über sein Versagen in den ersten Schuljahren hatte ihn wachgerüttelt und spornte ihn an, sich den nötigen Wissensstoff auch ohne Zutun der Lehrer anzueignen.<sup>38</sup>

So kam es, dass der einstige Problemschüler aus Wiener Neustadt im Frühsommer 1948 als Jahrgangsbester des Badener Gymnasiums zur Matura antrat und diese auch mit Auszeichnung bestand.<sup>39</sup>

Nach diesem so erfolgreichen Abschluss der Gymnasialzeit ihres Sohnes waren die Eltern von Fred Sinowatz bestrebt, ihm auch ein Universitätsstudium zu ermöglichen, und so stand dessen Absicht, an der Wiener Universität zu inskribieren nichts mehr im Wege.<sup>40</sup>

Obwohl ein Studium der Rechtswissenschaften seinen vagen beruflichen Ambitionen – nämlich im burgenländischen Pressewesen oder der Landesverwaltung zu arbeiten – viel eher entsprochen hätte, gab Fred Sinowatz seinem Hang zu Literatur und (zeit-)geschichtlicher Auseinandersetzung nach und schrieb sich im Anschluss an seine Maturareise im Sommer 1948 in der Bundeshauptstadt für das Studium der Geschichte und der Germanistik ein.<sup>41</sup> Anstatt des Studienfaches Leibeserziehung, das der begeisterte Sportler in den

---

<sup>35</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.48f.

<sup>36</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.48f.

<sup>37</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.49.

<sup>38</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.49.

<sup>39</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.56f; vgl. BRITZ (1979b), S.12; vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. LINGENS (1995), S.138.

<sup>40</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.57.

<sup>41</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.57f, S.62 und S.65; vgl. TOTH (2004), S.145f; vgl. BRITZ (1979b), S.12; vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. LINGENS (1995), S.138; vgl. PELINKA Peter (2000), S.153.



ersten drei Semestern zusätzlich belegt hatte, inskribierte Sinowatz später Zeitungswissenschaften.<sup>42</sup>

Angesichts der angespannten finanziellen Lage, unter der seine Familie ebenso wie viele andere Familien zur damaligen Zeit zu leiden hatten, war Fred Sinowatz froh, sich bei einer bekannten Familie einmieten zu können, die in der Alserstraße in unmittelbarer Nähe zur Universität in einem großen Wohnhaus aus den Gründerjahren wohnte.<sup>43</sup>

Komfortabel war die Unterkunft, die er für Dauer seines Studiums bewohnte, allerdings bei weitem nicht: In einem Gespräch mit Walter Feymann beschrieb Sinowatz seine Bleibe als „Kofferkammerl [einer] herrschaftlichen Wohnung, mit einem Fenster auf den Gang und ohne Heizgelegenheit.“<sup>44</sup> Neben der geringen Größe, der fehlenden Heizmöglichkeit und der kargen Einrichtung sind dem damaligen Studenten aber vor allem die sanitären Unzulänglichkeiten seiner Bleibe in Erinnerung geblieben<sup>45</sup>: So musste sich Fred Sinowatz im Laufe seiner Studienzeit nicht nur an das Klosett am Gang gewöhnen, sondern auch an den Umstand, dass er mangels eigener Waschgelegenheiten jene in der Küche seines Vermieters mitbenutzen musste.<sup>46</sup>

Ungeachtet seiner ungemütlichen Unterkunft genoss Sinowatz jedoch die neue studentische Freiheit, die sich ihm nun bot, konnte er doch zum ersten Mal in seinem Leben schalten und walten, wie es ihm gefiel.<sup>47</sup> Besonders viel Zeit pflegte der junge Student in den Räumen der Nationalbibliothek zu verbringen.<sup>48</sup> So erzählte er später: „Ich habe mein Studium eigentlich dort absolviert. Die Atmosphäre hat mich in ihren Bann gezogen, vor allem die Ruhe und die vielen Möglichkeiten, mit historischen Dokumenten zu arbeiten.“<sup>49</sup>

Darüber hinaus konnte Fred Sinowatz das Leben im Wien der Nachkriegsjahre allerdings nicht sonderlich begeistern.<sup>50</sup> Auch rückblickend fand er diesbezüglich

---

<sup>42</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.57 und S.62; vgl. LINGENS (1995), S.144.

<sup>43</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.58; vgl. TOTH (2004), S.147.

<sup>44</sup> FEYMANN (1999), S.58.

<sup>45</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.58.

<sup>46</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.58.

<sup>47</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.58; vgl. TOTH (2004), S.146.

<sup>48</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.58; vgl. TOTH (2004), S.146.

<sup>49</sup> Sinowatz, in TOTH (2004), S.146.

<sup>50</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.62.

nur wenig schmeichelnde Worte: „[Wien] war eine zerstörte, trübe Stadt, mit Hunger an allen Ecken und Enden [...]“.<sup>51</sup>

Obwohl er auch in Wien einige Freundschaften schließen konnte, lag sein gesellschaftlicher Lebensmittelpunkt auch während seiner Studienzeit in Neufeld, wo er nicht nur die vorlesungsfreie Zeit, sondern auch weiterhin jedes Wochenende verbrachte.<sup>52</sup> Am Badesee bei Neufeld lernte er bald nach Beginn seines Studiums auch seine spätere Frau Hermine Semmler kennen.<sup>53</sup>

Bei der aus einer bürgerlichen Familie aus dem nahen Ebenfurth in Niederösterreich stammenden angehenden Lehrerin<sup>54</sup> handelte es sich um eine ausnehmend hübsche und intelligente Frau.<sup>55</sup> Aus diesem Grund sollte es zunächst etwas dauern, bis der nicht allzu selbstbewusst auftretende Fred Sinowatz den Mut fand, offen um sie zu werben, noch dazu wo sich ihr Lebenshintergrund so sehr von dem seinen unterschied.<sup>56</sup>

Nach einiger Zeit wurde aus der Bekanntschaft aber schließlich doch eine feste Verbindung, und schon bald stand für beide fest, dass sie nach dem Studienabschluss heiraten würden.<sup>57</sup>

Anders als mit seinem Privatleben war Fred Sinowatz mit dem Verlauf seiner Ausbildung hingegen nicht so glücklich, da die Studienbedingungen an der Wiener Universität seinen anfänglichen Erwartungen ebenso wenig entsprachen wie die inhaltliche Ausrichtung der von ihm gewählten Studien.<sup>58,59</sup> Bereits kurz nach der Aufnahme seines Studiums entschloss sich Fred

---

<sup>51</sup> Sinowatz, in TOTH (2004), S.146.

<sup>52</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.58 und S.62; vgl. TOTH (2004), S.146f.

<sup>53</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.62f; vgl. CAMPBELL (1995), S.522.

<sup>54</sup> Hermine Semmler besuchte die Lehrerbildungsanstalt in Wiener Neustadt, die sie 1951 mit der Matura abschloss. Aufgrund mangelnder parteilicher Protektion fand sie jedoch keine Anstellung und nahm bis zu ihrer Hochzeit mit Fred Sinowatz provisorisch eine Stelle in der Neufelder Jutefabrik an. (vgl. FEYMANN (1999), S.63f; vgl. BRITZ (1979b), S.13.)

<sup>55</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.62f; vgl. BRITZ (1979b), S.13; vgl. PELINKA Peter (2000), S.153f; vgl. CAMPBELL (1995), S.522; vgl. LINGENS (1995), S.156.

<sup>56</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.63.

<sup>57</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.63f.

<sup>58</sup> Sinowatz bedauerte insbesondere, dass seine Interessenschwerpunkte zeitgenössische Literatur und Zeitgeschichte während seiner Studienzeit in der universitären Lehre noch kaum integriert waren. (vgl. FEYMANN (1999), S.57 und S.62; vgl. TOTH (2004), S.145.)

<sup>59</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.57 und S.62; vgl. TOTH (2004), S.145.

Sinowatz daher, seine universitäre Ausbildung so rasch wie möglich mit dem Erwerb eines akademischen Titels abzuschließen.<sup>60</sup>

Nachdem er in Mindestzeit alle erforderlichen Prüfungen abgelegt hatte, sah er sich bereits drei Jahre nach Studienbeginn nach einem Thema für seine Dissertation um.<sup>61</sup> In einem Gespräch mit Dr. Alphons Lhotsky, einem der damals renommierten Professoren für österreichische Geschichte, entschied er sich schließlich, sein Studium mit einer Arbeit über „Protestantismus und katholische Gegenreformation in der Grafschaft Forchtenstein und Herrschaft Eisenstadt“ zu beschließen, eine Thematik die ihn nicht zuletzt deshalb reizte, weil sie sowohl historische und politische als auch soziokulturelle Aspekte miteinander verband.<sup>62</sup> Nach der Fertigstellung seiner Dissertation konnte er bereits Anfang 1953 sein Studium abschließen und promovierte im Frühjahr als erster seines Jahrganges zum Doktor der Philosophie.<sup>63</sup>

Nachdem der 24-jährige Sinowatz nach Abschluss seines Studiums zunächst vergeblich nach einer Stelle im burgenländischen Archiv- und Bibliothekswesen Ausschau gehalten hatte, fand er gegen Jahresende eine Anstellung als Vertragsbediensteter bei der burgenländischen Landesregierung.<sup>64</sup>

Auf Vermittlung des damaligen Kulturlandesrates Hans Bögl – der wie Fred Sinowatz aus Neufeld stammte – konnte er ab Dezember 1953 als Sekretär des neu bestellten sozialistischen Soziallandesrat Albin Dostal in den burgenländischen Landesdienst eintreten und verblieb in dieser Funktion, bis Dostal nach der Landtagswahl im Oktober 1956 aus der Landesregierung ausschied.<sup>65</sup> Das Arbeitsprofil von Sinowatz in den zwei Jahren seiner Tätigkeit bei Albin Dostal umfasste nicht nur die Zuständigkeit für das von Dostal betreute Sozialreferat, sondern auch die redaktionelle Mitarbeit in der

---

<sup>60</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.62.

<sup>61</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.62 und S.65.

<sup>62</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.62; vgl. TOTH (2004), S.147; vgl. BRITZ (1979b), S.12; vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. LACINA (2004), S.25; vgl. PELINKA Peter (2000), S.153.

<sup>63</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.65; vgl. PELINKA Peter (2000), S.153; vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. TOTH (2004), S.147; vgl. BRITZ (1979b), S.12.

<sup>64</sup> vgl. TOTH (2004), S.147; vgl. FEYMANN (1999), S.65; vgl. PELINKA Peter (2000), S.153.

<sup>65</sup> vgl. TOTH (2004), S.147f; vgl. FEYMANN (1999), S.65 und S.87; vgl. PELINKA Peter (2000), S.153; vgl. SORONICS (2004), S.85; vgl. BRITZ (1979b), S.13; vgl. CAMPBELL (1995), S.521.

„Burgenländischen Freiheit“, der Parteizeitung der burgenländischen SPÖ, dessen redaktionelle Leitung ebenfalls Landesrat Dostal unterstand.<sup>66</sup>

Nicht zuletzt aufgrund dieser redaktionellen Tätigkeit sollte sich die Anstellung bei Albin Dostal für den jungen Akademiker und Kommunalpolitiker<sup>67</sup> Sinowatz als große Chance beziehungsweise als entscheidender Grundstein für seine spätere parteipolitische Karriere im Burgenland erweisen, konnte er im Rahmen seiner vielen Ortsreportagen doch nicht nur das Land und seine Menschen in allen regionalen Facetten kennenlernen, sondern auch das Geschehen der Landespolitik unmittelbar miterleben und wichtige Kontakte zu den führenden sozialdemokratischen Funktionären des Landes knüpfen.<sup>68</sup>

Schon nach kurzer Zeit hatte er sich als Sekretär des Soziallandesrates Dostal innerhalb der Landespartei einen hohen Bekanntheitsgrad erarbeitet und befand sich so bereits als 26-Jähriger im „Vorzimmer der Macht“ der burgenländischen SPÖ, von wo sich seine politische Karriere in den nächsten Jahren rasant zu entwickeln begann.<sup>69</sup>

Zunächst allerdings stand Sinowatz 1956 nach der Abberufung von Landesrat Dostal noch eine Veränderung im bürgerlichen Berufsleben bevor.<sup>70</sup> Mit der Versetzung in den wissenschaftlichen Dienst der Bibliothek des Burgenländischen Landesarchives in Eisenstadt fand sich Sinowatz erstmals in einem beruflichen Umfeld, das seinen ursprünglichen beruflichen Ambitionen entsprach und in dem er sich dementsprechend schnell einlebte.<sup>71</sup>

Bis zu seiner Beurlaubung nach der Übernahme eines Landtagsmandats im Jahr 1961 genoss er die wissenschaftliche Tätigkeit in der zeitgeschichtlichen Abteilung des Landesarchives in vollen Zügen, konnte er hier doch ungestört seinen Interessen am historisch-politischen Geschehen seiner Heimat nachgehen.<sup>72</sup> Besonders viel Freude bereitete Fred Sinowatz die Arbeit an den Vorbereitungen der im Rahmen des 40-Jahr-Jubiläums des Burgenlandes

---

<sup>66</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.521; vgl. FEYMANN (1999), S.66.

<sup>67</sup> Bereits kurz nach Abschluss seines Studiums stieg Fred Sinowatz in die Kommunalpolitik ein. (siehe Kap.III.2.1)

<sup>68</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.521f; vgl. FEYMANN (1999), S.66, S.71 und S.74.

<sup>69</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.522; vgl. FEYMANN (1999), S.83; vgl. TOTH (2004), S.148.

<sup>70</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.522; vgl. FEYMANN (1999), S.87f; vgl. TOTH (2004), S.148; vgl. BRITZ (1979b), S.13.

<sup>71</sup> vgl. SORONICS (2004), S.86; vgl. FEYMANN (1999), S.87f.

<sup>72</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.14; vgl. CAMPBELL (1995), S.522.

geplanten Anschlussausstellung im Jahr 1961, die er ideal mit seinen kommunalpolitischen Aktivitäten verbinden konnte.<sup>73</sup>

Obwohl Sinowatz von seinen Vorgesetzten viel Freiraum gewährt wurde, stellte sein doppeltes „berufliches“ Engagement gegen Ende der fünfziger Jahre – neben seiner Arbeit im Landesarchiv ging er damals auch mit viel persönlichem Einsatz seiner politischen Funktionärstätigkeit in Neufeld nach<sup>74</sup> – für ihn jedoch eine große Belastungsprobe dar<sup>75</sup>; laut Darstellung von Walter Feymann „hat er [in diesen Jahren] im wahrsten Sinne des Wortes Tag und Nacht gearbeitet.“<sup>76</sup>

Insbesondere seiner Frau Hermine, mit der er seit 1954 verheiratet war, verlangte Sinowatz durch diese Doppelbelastung ebenso wie durch seinen späteren Einstieg in die Berufspolitik ein außergewöhnlich hohes Maß an Verständnis und Toleranz ab, kam er doch selten vor dem späten Abend aus dem Büro nach Hause und verbrachte auch den Großteil der Wochenenden berufsbedingt außer Haus.<sup>77</sup>

Trotz der vergleichsweise wenigen Zeit, die das Ehepaar Sinowatz miteinander verbrachte, führten die beiden jedoch bis zum Tod von Hermine im Jahr 1995 eine sehr harmonische und glückliche Ehe.<sup>78</sup> In seiner kargen Freizeit genossen sie gemeinsam traditionelle Tanzveranstaltungen, Opern- und Theaterbesuche in Wien oder Radausflüge und Wanderungen in der näheren Umgebung.<sup>79</sup>

Die ersten fünf Ehejahre wohnte das junge Paar noch in einer notdürftig ausgebauten Mansardenwohnung im Haus von Sinowatz Schwiegereltern in Ebenfurth, wo am 3. Jänner 1956 auch ihr erstes gemeinsames Kind Eva – heute als Juristin tätig – geboren wurde.<sup>80</sup> Danach übersiedelte die nunmehr dreiköpfige Familie in Sinowatz Heimatgemeinde Neufeld, wo der junge Familienvater mit Hilfe eines befreundeten Architekten in der Zwischenzeit in unmittelbarer Nähe zu seinem Elternhaus ein bescheidenes Eigenheim errichtet

---

<sup>73</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.89 und S.106f.

<sup>74</sup> siehe Kap.III.2.1

<sup>75</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.83 und S.89.

<sup>76</sup> FEYMANN (1999), S.83.

<sup>77</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.71f und S.95.

<sup>78</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.68.

<sup>79</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.95 und S.130; vgl. LINGENS (1995), S.150.

<sup>80</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.72 und S.92f; vgl. BRITZ (1979b), S.13; vgl. PELINKA Peter (2000), S.154; vgl. CAMPBELL (1995), S.522.

hatte.<sup>81</sup> Kurz bevor Sinowatz 1961 endgültig in die Politik wechselte, kam dort am 16. September 1960 sein zweites Kind, Sohn Peter, zur Welt, der heute als Elektrotechniker tätig ist.<sup>82</sup>

Seinem Siedlungshaus und damit seiner Heimatgemeinde Neufeld sollte Fred Sinowatz zeit seines Leben verhaftet bleiben<sup>83</sup>, ein Umstand der ihn rückblickend zu der Bemerkung veranlasste: „Eigentlich lebe ich ja seit meiner Geburt in einem Gebiet, dessen Radius zweihundert Meter nicht überschreitet.“<sup>84</sup>

Selbst während seiner Zeit in der Bundespolitik pendelte er lieber täglich jeweils eine knappe Stunde zwischen Neufeld und Wien, als sich nach langen Sitzungen durch die Anmietung einer kleinen Wohnung in der Bundeshauptstadt den 41 Kilometer langen Heimweg zu ersparen.<sup>85</sup> Herbert Krejci gestand Sinowatz einmal: „Ich schlafe nie gerne auswärts. Und wenn es noch so spät wird oder es noch so weit ist, ich fahre immer nach Hause [...]“.<sup>86</sup>

Es schien, als bräuchte Sinowatz seine Familie als Energiequelle und Rückzugsort vor den vielen Verpflichtungen und Zwängen, die das Leben eines Spitzenpolitikers mit sich brachte, so dringend, dass er dafür selbst das beschwerliche Pendlerdasein in Kauf nahm.<sup>87</sup>

Nach Sinowatz raschem Aufstieg innerhalb der burgenländischen SPÖ<sup>88</sup> ließ der Ruf der Bundespolitik nicht lange auf sich warten: Als Bundeskanzler Bruno Kreisky 1971 das Unterrichtsministerium neu besetzen musste,<sup>89</sup> fiel seine Wahl auf den jungen Burgenländer, dessen politische Laufbahn er seit ihrem ersten

---

<sup>81</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.94; vgl. BRITZ (1979b), S.14; vgl. CAMPBELL (1995), S.522.

<sup>82</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.14; vgl. PELINKA Peter (2000), S.154; vgl. FEYMAN (1999), S.95 und S.106; vgl. CAMPBELL (1995), S.522.

<sup>83</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.13 und S.94.

<sup>84</sup> Sinowatz, in FEYMAN (1999), S.13.

<sup>85</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.13 und S.228; vgl. LINGENS (1995), S.133 und S.156; vgl. PELINKA Peter (2000), S.152; vgl. CAMPBELL (1995), S.522.

<sup>86</sup> Sinowatz, in KREJCI (2004), S.123.

<sup>87</sup> vgl. LINGENS (1995), S.156f.

<sup>88</sup> Sinowatz durchlief in den fünfziger und sechziger Jahren die klassische Partei- und Berufskarriere eines Landespolitikers. (siehe Kap.III.2)

<sup>89</sup> Auf Wunsch von Kreisky übernahm der bisherige Unterrichtsminister Leopold Gratz die Funktion des SPÖ Klubobmannes im Nationalrat. (vgl. CAMPBELL (1995), S.524.)

Aufeinandertreffen anlässlich Sinowatz Wahl zum Neufelder Lokalobmann im Jahr 1956 aufmerksam verfolgt hatte.<sup>90</sup>

Nachdem Leopold Gratz – den mit Sinowatz bereits zum damaligen Zeitpunkt eine enge Freundschaft verband – diese personelle Entscheidung begrüßte, griff Kreisky zum Telefon und rief Fred Sinowatz an, um ihm lapidar mitzuteilen: „Der Poldi Gratz is bei mir und meint, du solltest sein Nachfolger im Unterrichtsministerium werden [...]“<sup>91, 92</sup> Als Sinowatz, den diese Berufung während einer Veranstaltung im Schloss Eisenstadt erreichte, daraufhin überrascht zu bedenken gab, dass er kein Lehrer sei, soll Kreisky entgegnet haben, er wolle ohnehin keinen Lehrer als Unterrichtsminister.<sup>93</sup> Und so nahm Fred Sinowatz das Angebot Kreiskys an und wechselte mit 21. Oktober 1971 als Bundesminister für Unterricht und Kunst in die Bundespolitik, obgleich ihn sein politisch erfahrener Onkel Josef Csech in einem vertrauten Gespräch noch vor dem „glatten Wiener Parkett“<sup>94</sup> gewarnt hatte.<sup>95</sup>

Dieses glatte Parkett der Bundespolitik sollte Sinowatz anfänglich auch deutlich zu spüren bekommen, als ihm nicht nur von seinen Mitarbeitern, sondern auch von Seiten der Medien anstatt der erhofften Sympathie zunächst nur abwartende Neugier entgegenschlug.<sup>96</sup> Bald schon avancierte der gemütliche Burgenländer jedoch neben Bundeskanzler Kreisky und dessen Stellvertreter Finanzminister Hannes Androsch zu einem der beliebtesten Regierungsmitglieder.<sup>97</sup>

Populär wurde Fred Sinowatz allerdings weniger als Unterrichts- sondern vor allem als Sportminister, nachdem er in dieser Funktion von seinem Pressebetreuer Hans Pusch medial gezielt in den Vordergrund gerückt wurde<sup>98</sup>: So zwängte sich der begeisterte Sportler 1975 anlässlich der Eröffnung der Olympischen Bobbahn in Innsbruck gemeinsam mit dem Innsbrucker Bürgermeister Alois Lugger in einen Viererbob, bestieg nach einer verlorenen

---

<sup>90</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.522 und S.524; vgl. PELINKA Peter (2000), S.156.

<sup>91</sup> Kreisky, in PELINKA Peter (2000), S.156.

<sup>92</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.524f; vgl. PELINKA Peter (2000), S.156.

<sup>93</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.525; vgl. PELINKA Peter (2000), S.156.

<sup>94</sup> PELINKA Peter (2000), S.156.

<sup>95</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.525; vgl. PELINKA Peter (2000), S.156; vgl. LINGENS (1995), S.142.

<sup>96</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.156f; vgl. LINGENS (1995), S.142.

<sup>97</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.158f.

<sup>98</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.158.

Wette gemeinsam mit dem frischgebackenen Abfahrtsolympiasieger Franz Klammer den Patscherkofel und posierte bei einem Staatsbesuch in Finnland als Skilangläufer.<sup>99</sup>

Obwohl diese Inszenierungen – angesichts der körperlichen Statur des Ministers – einzeln betrachtet nicht immer vorteilhaft wirkten, konnte Sinowatz durch sein authentisches Auftreten als Sportminister bei der österreichischen Bevölkerung wichtige Sympathiepunkte sammeln und so auch in den gesamtpolitischen Umfragewerten stark zulegen.<sup>100</sup>

Angesichts seiner großen Beliebtheit sowohl bei der Bevölkerung als auch innerhalb der Regierung war Sinowatz für Kreisky nach dem Zerwürfnis mit Androsch Anfang der achtziger Jahre auch der logische Kandidat für den Posten des Vizekanzlers, weshalb er ihn nach dem Ausscheiden von Androsch aus der Regierung als dessen Nachfolger vorschlug.<sup>101</sup>

Obwohl Sinowatz selbst von der Aussicht, Vizekanzler zu werden, keineswegs begeistert war, – nahm diese Funktion doch gewissermaßen eine spätere Kanzlerschaft vorweg – ließ er sich letztlich nach einigem Zögern von Kreisky überzeugen und trat 1981 die Nachfolge von Hannes Androsch als Vizekanzler an.<sup>102</sup> Vor seiner Zustimmung wollte Sinowatz allerdings gesichert wissen, dass die Übernahme des Stellvertreterpostens keineswegs mit einer eventuellen späteren Nachfolge als Bundeskanzler verbunden sein würde.<sup>103</sup>

Wenngleich Bruno Kreisky dies in der unverbindlichen Art, in der er Personalfragen stets zu behandeln pflegte, verneinte, stellte die Ernennung von Sinowatz zum Vizekanzler letztlich aber doch eine Vorentscheidung dar, wie die Ereignisse nach dem Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ bei der Nationalratswahl am 24. April 1983 deutlich machten.<sup>104</sup>

Nach Schilderung von Fred Sinowatz erreichte ihn gegen Ende des Wahltages, den er traditionell im Landespartei sekretariat der SPÖ im Burgenland verbracht

---

<sup>99</sup> vgl. BLECHA (2004), S.68f; vgl. PELINKA Peter (2000), S.158.

<sup>100</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.158.

<sup>101</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.220; vgl. PELINKA Peter (2000), S.159.

<sup>102</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.159; vgl. CAMPBELL (1995), S.525; vgl. FEYMANN (1999), S.220; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.531.

<sup>103</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.159; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.531.

<sup>104</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.159; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.531f.



hatte, ein Anruf von Kreisky, in dem er ihm mitteilte, dass er als Bundeskanzler zurücktreten und am nächsten Tag im Parteipräsidium ihn als seinen Nachfolger vorschlagen werde.<sup>105</sup> Nachdem Kreisky das Gespräch beendet hatte, ohne Sinowatz Bedenken zur Kenntnis zu nehmen, fuhr dieser nach Hause und notierte auf einem Blatt Papier alle Gründe, die seiner Meinung nach gegen seine Kür zum Bundeskanzler sprächen.<sup>106</sup> Als er diese tags darauf vor dem Präsidium vortrug, ging allerdings – ebenso wie tags zuvor Bruno Kreisky – keines der Mitglieder auf seine Einwände ein – im Gegenteil, alle begrüßten den Vorschlag Kreiskys, Sinowatz die Führung der Regierungsgeschäfte zu übertragen.<sup>107</sup>

Obwohl die Funktion des Bundeskanzlers, wie er selbst oftmals betonte, keineswegs sein politisches Karriereziel darstellte, – sah seine persönliche Karriereplanung doch vielmehr vor, aus der Bundesregierung auszuscheiden und sich als Nationalratsabgeordneter mit kultur- und bildungspolitischen Fragen auseinanderzusetzen – beugte sich Fred Sinowatz schließlich dem Beschluss des Parteipräsidiums und trat im Frühjahr 1983 die Nachfolge Kreiskys an.<sup>108</sup>

Rückblickend gab er zwar an, die Berufung ausschließlich aus Parteiloyalität sowie aus persönlicher Loyalität Kreisky gegenüber angenommen zu haben, betonte allerdings: „[...] [Aber] ich war – als ich mich zur Übernahme der Verantwortung bereit erklärte – fest entschlossen, mit meiner ganzen Kraft und mit vollem Einsatz an die Arbeit zu gehen [...]“<sup>109, 110</sup>

Nachdem sich Fred Sinowatz nach der Wahlniederlage der SPÖ im Jahr 1986 nach nur einer Amtsperiode entschloss, als Bundeskanzler zurückzutreten<sup>111</sup>, blieb er der Politik zunächst in seiner Funktion als Bundesparteivorsitzender

---

<sup>105</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.151; vgl. CAMPBELL (1995), S.525; vgl. FEYMAN (1999), S.222; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.532.

<sup>106</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.151; vgl. FEYMAN (1999), S.222; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.532.

<sup>107</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.151; vgl. FEYMAN (1999), S.222; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.532.

<sup>108</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.151; vgl. CAMPBELL (1995), S.525; vgl. FEYMAN (1999), S.220 und S.222; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.72; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.532f.

<sup>109</sup> Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.533.

<sup>110</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.151; vgl. CAMPBELL (1995), S.525; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.72; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.532f.

<sup>111</sup> siehe Kap.III.5

und Nationalratsabgeordneter erhalten, bis er im Mai 1988 seinen Parteivorsitz und kurz darauf im September auch sein Abgeordnetenmandat zurücklegte.<sup>112</sup> Er empfand das Ende seiner politischen Laufbahn – eigenen Angaben nach – allerdings nie als Verlust oder Niederlage, sondern eher als Gewinn, konnte er sich doch nun endlich seinem Privatleben sowie seinen historischen Studien widmen:<sup>113</sup> „Seit ich aus der Politik ausgeschieden bin, [kann] ich mich als >Privatgelehrter< nur mehr für mich persönlich wissenschaftlich [betätigen], alles ganz ohne Verpflichtungen. Nur meinen Neigungen nachzugehen, ist das eigentlich Stimulierende daran, und überdies bereitet es mir ein großes Vergnügen, mit meinem geschichtlichen Wissen und meiner politischen Erfahrung die aktuelle Politik zu beurteilen.“<sup>114</sup>

Zunächst sollten seine Pensionsjahre allerdings von zwei Gerichtsprozessen sowie einem schweren persönlichen Schicksalsschlag überschattet werden. Nach der Verurteilung wegen falscher Zeugenaussage im Prozess gegen Alfred Worm im Jahr 1992<sup>115</sup> wurde gegen Fred Sinowatz sowie gegen Leopold Gratz und Karl Blecha, im darauffolgenden Jahr ein Verfahren wegen des Verdacht des Amtsmissbrauches im Zusammenhang mit dem „Noricum-Skandal“<sup>116</sup> eingeleitet.<sup>117</sup> Von dem Vorwurf des Amtsmissbrauches und des Beitrages zur Neutralitätsgefährdung wurde Sinowatz am 24. Juni 1993 zwar einstimmig und rechtskräftig freigesprochen, angesichts des bald darauffolgenden Todes seiner geliebten Frau Hermine im Zuge einer Krebserkrankung – für deren Ausbruch er den „Noricum-Prozess“ rückblickend mitverantwortlich machte – konnte Fred Sinowatz über diesen Freispruch keine wirkliche Befriedigung empfinden.<sup>118</sup>

Nach dem Verlust seiner Frau, über den er nie ganz hinweggekommen zu sein schien, führte Fred Sinowatz ein zurückgezogenes, aber keineswegs isoliertes

---

<sup>112</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.173; vgl. FEYMANN (1999), S.285.

<sup>113</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.530; vgl. FEYMANN (1999), S.13; vgl. TOTH (2004), S.151.

<sup>114</sup> Sinowatz, in TOTH (2004), S.151.

<sup>115</sup> siehe Kap.III. Exkurs

<sup>116</sup> Der „Noricum-Skandal“ bezeichnet die 1985 aufgedeckten illegalen Waffenlieferungen des VOEST-Tochterunternehmens „Noricum“ an die zu jener Zeit in Kriegshandlungen verwickelten Staaten Irak und Iran. (vgl. FEYMANN (1999), S.270-272; vgl. PELINKA Peter (2000), S.166.)

<sup>117</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.530; vgl. FEYMANN (1999), S.272; vgl. PELINKA Peter (2000), S.165f.

<sup>118</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.530; vgl. FEYMANN (1999), S.275 und S.285; vgl. PELINKA Peter (2000), S.173.

Leben im Kreise seiner Familie und in regelmäßigem Kontakt zu seinen engsten Freuden sowie vielen seiner ehemaligen politischen Weggefährten.<sup>119</sup>  
Am 11. August 2008 verstarb Sinowatz im Alter von 79 Jahren nach langer Krankheit im Wiener AKH.<sup>120</sup>

---

<sup>119</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.285f; vgl. PELINKA Peter (2000), S.173; vgl. FISCHER (2004), S.31.

<sup>120</sup> vgl. o.V.: Trauer um Fred Sinowatz (12.8.2008), Online im WWW unter URL:  
<http://burgenland.orf.at/stories/299635/> [Stand: 8.3. 2010].

# III. DER POLITIKER FRED SINOWATZ

## 1. SEINE POLITISCHEN GRUNDWERTE UND SEIN POLITIKVERSTÄNDNIS

Das politische Wirken von Fred Sinowatz war in erster Linie gekennzeichnet von seinem bedingungslosen Bekenntnis zu Demokratie, Frieden und persönlicher Freiheit, aber auch Solidarität, Toleranz und Menschlichkeit stellten für ihn fundamentale Grundwerte dar, nach denen er bestrebt war, sein gesamtes politisches und menschliches Handeln auszurichten.<sup>121</sup>

Darüber hinaus war Sinowatz zeit seines Lebens ein leidenschaftlicher Kämpfer für mehr soziale Gerechtigkeit, für den der Beitrag zu einer Gesellschaft, die „[...] von möglichst vielen Bürgern dieses Landes als sozial und menschlich [...] empfunden wird [...]“<sup>122</sup>, stets im Vordergrund seiner politischen Bemühungen stand.<sup>123</sup> So forderte er anlässlich seiner Wahl zum Bundesparteivorstand: „Das Leben in Qualität – aber für alle [...] und die Befähigung zur glückhaften Gestaltung des Lebens, nicht nur für wenige, sondern für mehr. Und der Friede – für alle. Das ist doch eine neue Jahrhundertaufgabe!“<sup>124</sup>

Als Politiker, der der ganzheitlichen Betrachtung in der Politik große Bedeutung zumaß, wurde Fred Sinowatz während seiner langjährigen politischen Tätigkeit nie müde, die enge Vernetzung politischer, wirtschaftlicher und soziokultureller Fragen zu betonen.<sup>125</sup>

Entsprechend seinem Credo, angesichts der Vielschichtigkeit des gesellschaftspolitischen Geschehens immer eine übergeordnete Gesamtschau der Problemlage anzustreben und die Politik stets als Einheit aufzufassen, lehnte Sinowatz jegliche Simplifizierung – wie sie in der modernen

---

<sup>121</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.238 und S.281; vgl. BRITZ (1979b), S.28; vgl. SORONICS (2004), S.88; vgl. NIESSL (2004), S.19.

<sup>122</sup> SINOWATZ (1983), S.8.

<sup>123</sup> vgl. BLECHA (2004), S.68; vgl. SINOWATZ (1983), S.8.

<sup>124</sup> SINOWATZ, Fred: Politik für Österreich unter neuen Bedingungen. Rede auf dem Parteitag der SPÖ am 29.10.1983, zit. nach FEYMANN (1999), S.238.

<sup>125</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.45f und S.258.

Medienlandschaft zunehmend vorgenommen wird – entschieden ab.<sup>126</sup> Basierend auf seiner Überzeugung, dass man nur dann fähig ist in demokratischer Weise mitzuentcheiden, wenn man ein Problem in seiner ganzen Komplexität erkennen kann, forderte er eindringlich eine Abkehr von den Gefahren des unverbindlichen Populismus beziehungsweise der – wie er es nannte – „primitiven eindimensionalen Demagogie in der politischen Auseinandersetzung“<sup>127, 128</sup>.

Auch in seiner Regierungserklärung vor dem Nationalrat am 31. Mai 1983 brachte Sinowatz die Problematik simpler Denkmuster und vereinfachender, plakativer Darstellungen angesichts der zunehmenden Komplexität in Gesellschaft und Politik zur Sprache: „Ich weiß schon, [...] das ist alles sehr kompliziert, wie diese Welt, in der wir leben und handeln, und die Gesellschaft, in der wir uns entfalten wollen. Haben wir daher den Mut, mehr als bisher die Kompliziertheit darzulegen, zuzugeben, dass es perfekte Lösungen für alles und für jeden in einer pluralistischen Demokratie gar nicht geben kann. Helfen wir mit, dass die simplen Denkmuster in der Politik überwunden werden können und dass wir die notwendigen Auseinandersetzungen für einen demokratischen Willensbildungsprozess ohne Herabwürdigung der Politik führen können.“<sup>129</sup>

Wenngleich Sinowatz wegen der – medial auf „Alles ist sehr kompliziert“ verkürzten – Formulierung in weiterer Folge oftmals verhöhnt oder gar eines simplen Gemüts bezichtigt wurde, bekannte er sich auch weiterhin zu seiner Auffassung, dass eine ganzheitliche Betrachtung sowie sachliche Differenzierung eine der Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie darstelle.<sup>130</sup>

So betonte er anlässlich seiner Abschlussrede vor dem Parteitag 1988 noch einmal vehement: „Es war schon immer eine Gefahr für die Demokratie [...], [wenn] die Illusion von einer nie erreichbaren Perfektion in der Politik genährt [...] [wurde]. [...] [Deswegen] warne ich davor, denen zu glauben, die immer nach einem Übermenschen in der Politik rufen [...] [denn die] Zeit, in der es nur

---

<sup>126</sup> vgl. SINOWATZ (1985), S.10 und S.12; vgl. FEYMANN (1999), S.45f und S.258; vgl. HAWLICEK (2004), S.110.

<sup>127</sup> Sinowatz, in HAWLICEK (2004), S.110.

<sup>128</sup> vgl. HAWLICEK (2004), S.110; vgl. BLECHA (2004), S.70; vgl. FISCHER (1998), S.331.

<sup>129</sup> SINOWATZ (1983), S.45.

<sup>130</sup> vgl. SINOWATZ (1985), S.13; vgl. KREJCI (2004), S.129; vgl. GUSENBAUER (2004), S.39; vgl. FISCHER (1998), S.331; vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. FISCHER (2004), S.34f; vgl. FEYMANN (1999), S.258.

Übermenschen in der Politik gegeben hat, [...] war die schrecklichste Zeit, die [wir] erleben mussten!<sup>131</sup>

Dem seiner Ansicht nach gefährlichen Ideal des politischen Übermenschen stellte Fred Sinowatz in seinen Reden wiederholt den sachlich engagierten, moralisch anständigen, loyalen und pflichtbewussten Politiker gegenüber.<sup>132</sup> Wie er in seiner Rede vor dem Bundesparteitag 1985 betonte, setzte die Übernahme einer politischen Funktion für ihn stets die Erfüllung hoher Ansprüche voraus, nicht nur bezüglich sachpolitischen Einsatzes und Engagements, sondern vor allem auch in Bezug auf persönliche Integrität<sup>133</sup>:

„[...] Jawohl, wir müssen mehr leisten als die anderen. Niemand verlangt Übermenschen in Politik und Partei. Aber wir sollten uns bemühen, Vorbilder zu sein. [...]“<sup>134</sup> Am außerordentlichen Parteitag 1988 formulierte Sinowatz seinen Anspruch an die Politiker von morgen folgendermaßen: „[...] [Ein Mandatar soll vor allem ein] Mensch bleiben wie du und ich. Er soll persönlich integer, der Sache zugewendet, [...] [und] seiner Gesinnung verpflichtet [bleiben] – ein Mensch mit Augenmaß und Durchschlagskraft zugleich.“<sup>135</sup>

Als überzeugtem Sozialdemokraten, der stolz war, die SPÖ als seine „politische Heimat“<sup>136</sup> betrachten zu können und der sich in seinen politischen Grundsatzreden stets den Normen und Werten der Sozialdemokratie verpflichtete, waren Fred Sinowatz Eitelkeit, Abgehobenheit und Größenwahn in der Politik immer fremd geblieben.<sup>137</sup> Gegen unangebrachte Überheblichkeit richtete sich auch jene – medial stets falsch als „Ohne die Partei bin ich nichts“ übersetzte – Bemerkung über Moral in der Politik<sup>138</sup>, aufgrund der er später von

---

<sup>131</sup> Sinowatz, in GUSENBAUER (2004), S.44.

<sup>132</sup> vgl. HAWLICEK (2004), S.112; vgl. GUSENBAUER (2004), S.44.

<sup>133</sup> vgl. GUSENBAUER (2004), S.45; vgl. SINOWATZ (1985), S.12.

<sup>134</sup> vgl. SINOWATZ (1985), S.12.

<sup>135</sup> Sinowatz, in HAWLICEK (2004), S.112.

<sup>136</sup> vgl. SINOWATZ, Fred: Politik für Österreich unter neuen Bedingungen. Rede auf dem Parteitag der SPÖ am 29.10.1983, zit. nach FEYMANN (1999), S.276.

<sup>137</sup> vgl. FEYMANN (1993), S.94; vgl. LACINA (2004), S.28; vgl. HAWLICEK (2004), S.111; vgl. GUSENBAUER (2004), S.44; vgl. FEYMANN (1999), S.276.

<sup>138</sup> „Die sozialistische Bewegung kennt aber eine Moral in der Politik, die über die individuellen Verpflichtungen hinausgeht. Nämlich den vollen Einsatz für die übertragenen politischen Aufgaben und die lebendige Verbundenheit mit den Menschen, die uns gewählt haben. [...] Die sozialistischen Mandatare brauchen kein Armutsgelübde abzulegen, aber alle sollen das bleiben, was sie gewesen sind, alle sollen verbunden bleiben mit diesem Lebenskreis, aus dem sie kommen.“ (SINOWATZ, Fred: Rede vor dem Parteirat der SPÖ in Wien Oberlaa am 13.9.1984, zit. nach FEYMANN (1999), S.258f.)

Medien und politischen Gegnern oftmals als „Parteisoldat“ beziehungsweise „Fossil altsozialistischer Funktionärsmentalität“<sup>139</sup> verhöhnt wurde.<sup>140</sup>

Wenn man die Aussage jedoch genauer betrachtet, enthält sie weniger ein Bekenntnis überzogener Gesinnungstreue, sondern gibt vielmehr Einblick in die tiefe Demut, die Fred Sinowatz in und vor dem politischen Amt stets empfand.<sup>141</sup> So sah Sinowatz in der Politik nie eine Möglichkeit zu Machterlangung oder Eigenprofilierung, sondern betrachtete sie stets als verantwortungsvolle Aufgabe im Dienst der Bevölkerung.<sup>142</sup> Der sozialdemokratische Leitsatz „Der Mensch im Mittelpunkt“ war ihm stets oberstes „politisches Gebot“.<sup>143</sup>

---

<sup>139</sup> PELINKA Peter (2000), S.167.

<sup>140</sup> vgl. HAWLICEK (2004), S.111; vgl. PELINKA Peter (2000), S.167; vgl. GUSENBAUER (2004), S.39 und S.44f; vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. FEYMANN (1999), S.258f.

<sup>141</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.276; vgl. GUSENBAUER (2004), S.39.

<sup>142</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.276 und S.279; vgl. NIESSL (2004), S.20.

<sup>143</sup> vgl. NIESSL (2004), S.20.

## 2. SINOWATZ „BURGENLANDJAHRE“ (1954-71)

Geprägt von seinem familiären Hintergrund sowie der starken sozialdemokratischen Tradition in seiner Heimatgemeinde Neufeld wurde Fred Sinowatz bereits sehr früh<sup>144</sup> aktives Mitglied der lokalen sozialistischen Bewegung und kletterte nach Abschluss seines Studiums rasch die parteipolitische Karriereleiter innerhalb der burgenländischen SPÖ empor.<sup>145</sup>

### 2.1 Anfänge in der Kommunalpolitik

Nach Beendigung seines Studiums engagierte sich Fred Sinowatz neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit zunächst mehrere Jahre auf kommunalpolitischer Ebene in der Sozialdemokratischen Partei.<sup>146</sup>

Nachdem er 1954 in den Neufelder Lokalausschuss der SPÖ gewählt worden war, gelang ihm nur zwei Jahre später als jüngstem Funktionär der Aufstieg zum geschäftsführenden Obmann dieser traditionsreichen sozialistischen Organisation.<sup>147</sup> Als führender Funktionär der Ortsorganisation wurde Sinowatz darüber hinaus auch in den Neufelder Gemeinderat berufen und in den Bezirksausschuss der SPÖ-Eisenstadt entsandt.<sup>148</sup> Zwei Jahre später schaffte er außerdem den Sprung in den burgenländischen Landesparteivorstand der SPÖ, dem er in weiterer Folge bis zu seinem Abschied von der politischen Bühne im Jahr 1988 angehörte.<sup>149</sup> Vor dem Hintergrund seiner erst 29 Jahre galt diese Entsendung in den höchsten burgenländischen Führungskreis der SPÖ zur damaligen Zeit als ganz große Besonderheit und Auszeichnung.<sup>150</sup>

Durch seine engagierte Mitarbeit in diesen Parteigremien sowie dem Neufelder Gemeinderat konnte Sinowatz bereits früh einen Einblick in viele verschiedene Politikbereiche gewinnen und darüber hinaus wichtige Kontakte sowohl mit vielen führenden Funktionären der burgenländischen SPÖ als auch mit vielen

---

<sup>144</sup> Nach seinem Gymnasialabschluss im Jahr 1948 trat Fred Sinowatz der SPÖ bei. (vgl. CAMPBELL (1995), S.S.521.)

<sup>145</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.15; vgl. PELINKA Peter (2000), S.154; vgl. CAMPBELL (1995), S.521.

<sup>146</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.S.522; vgl. BRITZ (1979b), S.14f.

<sup>147</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.S.522; vgl. FEYMANN (1999), S.S.82; vgl. PELINKA Peter (2000), S.154

<sup>148</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.S.82; vgl. SORONICS (2004), S.86; vgl. BRITZ (1979b), S.15;.

<sup>149</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.S.522 und S.532.

<sup>150</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.S.95.



sozialistischen Kommunalpolitikern aus anderen Bundesländern knüpfen.<sup>151</sup> In seinen jungen Jahren war er somit bereits viel mehr in der Partei integriert als so manche ältere beziehungsweise ranghöhere Funktionäre.<sup>152</sup>

Neben der Mitarbeit in den Parteigremien sowie seiner beruflichen Tätigkeit wandte Sinowatz auch weiterhin sehr viel Zeit für die Arbeit in der Neufelder Lokalorganisation auf, dessen Führung für ihn – ob des hohen Stellenwerts, den die Industriegemeinde in der sozialdemokratischen Bewegung innehatte – mit besonders viel Prestige verbunden war.<sup>153</sup> So bekannte er rückblickend, dass Neufeld als mitgliederstärkste Landesorganisation in seinen Augen stets eine gewisse Vorbildfunktion innerhalb der burgenländischen SPÖ ausgeübt hatte.<sup>154</sup>

Um dieser Vorbildfunktion zu entsprechen, bemühte sich Sinowatz, den gestalterischen Spielraum als Lokalobmann zu nützen und setzte im Laufe seiner Amtszeit eine Reihe von inhaltlichen und organisatorischen Reformen durch.<sup>155</sup> Darüber hinaus gelang es ihm, das zunehmend schlechter werdende Verhältnis zwischen Parteiausschuss und Gemeinderatsmitgliedern wieder zu verbessern und auf eine entspanntere Basis zu stellen.<sup>156</sup>

Dank seines frühzeitigen lokalpolitischen Engagements konnte Sinowatz bereits in jungem Alter auf eine lange politische Erfahrung zurückblicken, die ihm im Rahmen seiner weiteren Laufbahn sehr zugute kommen sollte. Insbesondere seine umfangreichen Kenntnisse im Bereich der Gemeindeverwaltung und der lokalen Parteiorganisation sowie der enge Kontakt zu Mitgliedern und Wählern waren für den späteren Bundeskanzler von unschätzbarem Wert, als er nach dem Aufstieg in die Führungsetage der burgenländischen SPÖ in der Lage war, die von ihm als notwendig erkannten Veränderungen in der Partei umzusetzen.<sup>157</sup>

---

<sup>151</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.S.83; vgl. FEYMANN (1999), S.S.78.

<sup>152</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.S.78.

<sup>153</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.S.522; vgl. FEYMANN (1999), S.S.93f.

<sup>154</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.S.522.

<sup>155</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.S.94.

<sup>156</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.S.94.

<sup>157</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.15; vgl. FEYMANN (1999), S.S.94; vgl. NISSL (2004), S.17f.

## 2.2 Sinowatz als Landesparteiensekretär

Nachdem sich Fred Sinowatz durch sein kommunalpolitisches Engagement in der sozialistischen Bewegung des Burgenlandes bereits früh einen Namen gemacht hatte, war es nur eine Frage der Zeit, bis er in höhere Parteifunktionen berufen werden sollte.

Als schließlich im Frühjahr 1961 der Präsident der Burgenländischen Arbeiterkammer, Friedrich Szenkuröck, überraschend verstarb, wurde Sinowatz an dessen Stelle als Abgeordneter in den Burgenländischen Landtag entsandt und bald darauf anstatt des erkrankten Michael Kracher auch zum burgenländischen Landesparteiensekretär der SPÖ bestellt.<sup>158</sup> Glaubt man den Worten seines Biographen Walter Feymann, so ging damit für Sinowatz ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung<sup>159</sup>:

Nachdem er als Landtagsabgeordneter von seiner beruflichen Tätigkeit freigestellt wurde, konnte sich Sinowatz fortan ausschließlich seiner politischen Tätigkeit widmen und ging mit großer Begeisterung und Elan daran, seine Ideen und Vorstellungen in der Partei umzusetzen.<sup>160</sup> Da Parteiobmann Bögl ihm dabei weitgehend freie Hand ließ, konnte Sinowatz gestalterisch tätig werden, ohne die volle Verantwortung tragen zu müssen, weshalb die Jahre in der „Schaltzentrale“ der burgenländischen SPÖ – trotz des immensen Arbeitspensums, das er dort zu bewältigen hatte – für ihn auch zu den schönsten der vier Jahrzehnte seines politischen Wirkens zählte.<sup>161</sup>

Seine Aufgabe als Landesparteiensekretär sah er nie als reine bürokratische Tätigkeit, sondern er verstand sie stets als Auftrag, der sowohl organisatorisches Geschick als auch Kreativität und politisches Feingefühl verlangte.<sup>162</sup> So meinte er rückblickend: „Die Aufgabenstellung eines Parteiensekretariats als politische Verwaltungsstelle erfordert durchaus praktische Organisation und Kreativität; aber auch das stete Bemühen um eine

---

<sup>158</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.522; vgl. BRITZ (1979b), S.14 und S.16; vgl. FEYMANN (1999), S.110; vgl. TEUSCHLER; STREIBEL (2000), S.435; vgl. SORONICS (2004), S.86.

<sup>159</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.110.

<sup>160</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.110.

<sup>161</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.113f und S.172.

<sup>162</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.73 und S.114.

Verbindung von politischem Freiraum und sinnvoller Ordnung, von echter Autorität und schöpferischer Selbstverwirklichung.“<sup>163</sup>

Neben der Chance Reformen einzuleiten, sah er seinen neuen Wirkungsbereich aber auch als Möglichkeit den Menschen näherzukommen, eine Auffassung, die ihn während seiner Amtszeit weit und oft im Land herumreisen ließ.<sup>164</sup> Als „unermüdlicher Politreisender“<sup>165</sup> der den Menschen zuhörte, mit ihnen diskutierte und der durch seinen unorthodoxen Verhandlungsstil so manches im Rahmen der schwerfälligen kommunalen Verwaltung entstandene Problem zu lösen vermochte, machte er sich bald nicht nur in den Funktionärskreisen des Burgenlandes einen Namen.<sup>166</sup>

### 2.2.1 Sinowatz als Wahlkampfleiter bei der Landtagswahl 1964

Einen ersten Höhepunkt in der politischen Laufbahn von Fred Sinowatz stellte die Landtagswahl vom 22. März 1964 dar, an dessen historischem Erfolg für die burgenländische Sozialdemokratie er in seiner Funktion als Parteisekretär maßgeblichen Anteil hatte.<sup>167</sup>

Als Chefkoordinator und Wahlkampfleiter der SPÖ sorgte er mit dem erhofften sozialistischen Wahlsieg und der Eroberung des Landeshauptmannsessels für Spitzenkandidat Hans Bögl für eine politische Sensation, kam es dadurch doch erstmals in der österreichischen Nachkriegsgeschichte zum Kippen der politischen Mehrheitsverhältnisse in einem Bundesland.<sup>168</sup> Als „Architekt des Sieges“ – als der der junge Parteisekretär in weiterer Folge im Land herumgereicht wurde – gelang es Sinowatz im Burgenland, unabhängig von den Wahlergebnissen auf Bundesebene, eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung seiner Partei einzuleiten und dementsprechend auch den Grundstein dafür zu legen, dass die Sozialdemokraten seit diesem für sie historischen Wahlerfolg ohne Unterbrechung den burgenländischen Landeshauptmann stellen.<sup>169</sup>

---

<sup>163</sup> Sinowatz, in FEYMANN (1999), S.73.

<sup>164</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.73; vgl. BRITZ (1979b), S.17.

<sup>165</sup> PELINKA Peter (2000), S.154.

<sup>166</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.17; vgl. PELINKA Peter (2000), S.154.

<sup>167</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.522; vgl. PELINKA Peter (2000), S.154; vgl. FEYMANN (1999), S.138.

<sup>168</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.522; vgl. PELINKA Peter (2000), S.154; vgl. FEYMANN (1999), S.138; vgl. BLECHA (2004), S.67; vgl. LACINA (2004), S.25.

<sup>169</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.154; vgl. FEYMANN (1999), S.138; vgl. FEYMANN (1993), S.86; vgl. BRITZ (1979b), S.17f; vgl. SORONICS (2004), S.86.

Zwar waren für den ersten Mehrheitswechsel in einer Landesregierung seit Beginn der Zweiten Republik mehrere Faktoren mitentscheidend – so hatte etwa die SPÖ deutlich von dem im Burgenland verspätet einsetzenden gesellschaftlichen Strukturwandel<sup>170</sup> profitiert, während die Volkspartei unter anderem durch die schwere Erkrankung des damaligen Landeshauptmannes und ÖVP-Spitzenkandidaten Josef Lentsch wie gelähmt war; besonders ausschlaggebend war allerdings die äußerst gewissenhafte organisatorische und strategische Wahlvorbereitung durch Fred Sinowatz.<sup>171</sup>

Unter seiner Regie präsentierte sich die jahrelang von internen Turbulenzen „gebeutelte“ burgenländische SPÖ zum ersten Mal seit langem geschlossen und kämpferisch wie kaum zuvor.<sup>172</sup> Erstmals in der Parteigeschichte wurden penibel vorbereitete Wahlkampfreisen organisiert, in deren Rahmen selbst ranghohe Bundespolitiker wie Bruno Pittermann, Franz Olah und Bruno Kreisky ins Burgenland kamen, um ihr Interesse am Ausgang der Landtagswahl zu dokumentieren, was bei den Burgenländern naturgemäß großen Anklang fand.<sup>173</sup>

Neben der gelungenen Mobilisierung der eigenen Anhänger über die Organisation publikumswirksamer Wahlkampfauftritte führender Bundespolitiker spielte in der Wahlbewegung aber insbesondere die Präsentation eines modernen Entwicklungskonzeptes für das Burgenland eine zentrale Rolle, das von Fred Sinowatz zusammen mit Gewerkschafter Dr. Helmuth Vogl entwickelt worden war.<sup>174</sup> Mit diesem langfristig konzipierten, alle Lebensbereiche umfassenden Landesparteiprogramm „Für ein schöneres Burgenland“ wollte Sinowatz nicht nur wesentliche Perspektiven für die Zukunft des Landes aufzeigen, sondern – durch die Betonung, dass die Verwirklichung eines solchen Konzeptes aus eigener Kraft möglich sei – vor allem auch das burgenländische Selbstbewusstsein und den Glauben an die eigene Lebensfähigkeit stärken.<sup>175</sup> Um das Entwicklungskonzept österreichweit einer

---

<sup>170</sup> Im Burgenland erfolgte der Wandel von der Agrargesellschaft zur Industrie- beziehungsweise zur Dienstleistungsgesellschaft deutlich später als in den übrigen Bundesländern. (vgl. FEYMANN (1993), S.85f.)

<sup>171</sup> vgl. FEYMANN (1993), S.85f; vgl. STRÖER (2004), S.82.

<sup>172</sup> vgl. FEYMANN (1999), S137; vgl. FEYMANN (1993), S.85.

<sup>173</sup> vgl. FEYMANN (1999), S136f.

<sup>174</sup> vgl. FEYMANN (1999), S124; vgl. SORONICS (2004), S.86.

<sup>175</sup> vgl. FEYMANN (1999), S124; vgl. FEYMANN (1993), S.85; vgl. TEUSCHLER; STREIBEL (2000), S.435.

breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, ließ er im Vorfeld der Landtagswahl sogar eigens eine Pressekonferenz im Wiener Presseclub Concordia einberufen – was damals in der Präsentation von Landesparteiprogrammen ein absolutes Novum darstellte.<sup>176</sup> Der Erfolg gab Sinowatz jedoch Recht: Mithilfe der optimalen Vermarktung des Entwicklungskonzeptes sowie dem damit verbundenen Appell an das burgenländische Landesbewusstsein gelang es, die SPÖ im ganzen Bundesland als zukunftsorientierte, zielstrebige, vor allem aber heimatverbundene Partei zu präsentieren und die Sozialdemokraten somit für breite Bevölkerungsschichten wählbar zu machen.<sup>177</sup>

Nicht nur für die burgenländische Sozialdemokratie, sondern auch für Fred Sinowatz und seine parteipolitische Laufbahn war der Wahlsieg von 1964 von entscheidender Bedeutung, ließ dieser doch sein ohnehin schon großes Ansehen innerhalb der Partei noch um ein Vielfaches anwachsen.<sup>178</sup> Sein maßgeblicher Anteil am Wahlerfolg der Partei brachte ihm nicht nur eine Bestätigung seiner Tätigkeit als Landespartei sekretär, sondern darüber hinaus auch die einstimmige Nominierung für das Amt des burgenländischen Landtagspräsidenten, in das er in der konstituierenden Landtagssitzung am 17. April 1964 als jüngster Abgeordneter gewählt wurde.<sup>179</sup>

## 2.2.2 Sinowatz als Integrationsfigur und Reform der SPÖ-Burgenland

Nachdem er der burgenländischen Sozialdemokratie ihren ersten Wahlsieg in der Geschichte der Nachkriegsgeschichte beschert hatte, begann Fred Sinowatz – im Wissen um die dringende Notwendigkeit einer inhaltlichen Öffnung seiner Partei – die SPÖ innerhalb weniger Jahre mit beispielloser Konsequenz vom Image einer alten „Klassenkampfpartei“ zu befreien und zu einer modernen, weltoffenen, linksliberalen „Volkspartei“ umzugestalten, welche nicht mehr nur den Aufstieg der Arbeiter und Angestellten, sondern den Aufholprozess eines ganzen Bundeslandes verkörperte.<sup>180</sup>

---

<sup>176</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.124 und S.137; vgl. FEYMANN (1993), S.85.

<sup>177</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.522; vgl. FEYMANN (1993), S.85.

<sup>178</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.522; vgl. FEYMANN (1999), S.141.

<sup>179</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.522; vgl. FEYMANN (1999), S.141.

<sup>180</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.106 und S.109; vgl. NISSL (2004), S.18; vgl. BLECHA (2004), S.66; vgl. BRITZ (1979b), S.19; vgl. LACINA (2004), S.25; vgl. FEYMANN (1993), S.91.

Mit dem Ziel, sowohl das burgenländische Selbstbewusstsein zu stärken und den historisch und geografisch bedingten Minderwertigkeitskomplex vieler Bewohner der einst armen Agrarregion am Rande der Republik zu beseitigen, als auch „frischen Wind“ in die sozialdemokratische Partei zu bringen und sie für ein breiteres Spektrum der Wahlbevölkerung attraktiv zu machen, gab Fred Sinowatz seiner Partei kurzerhand das Image einer „Burgenlandpartei“.<sup>181</sup> So schrieb er 1968 in der Parteizeitung: „Die SPÖ ist die Partei des Burgenlandes, die burgenländische Partei. [...] [Um zur] Burgenlandpartei zu werden, dazu bedarf es einer ganz gewissen Haltung, einer inneren Einstellung, die unter Beweis gestellt werden muss, die erprobt werden muss, die erprobt werden kann. Die Sozialisten dieses Landes haben diese Probe bestanden.“<sup>182</sup>

Um das Profil einer modernen heimatverbundenen „Volkspartei“ zu schärfen, erfand Sinowatz die „Burgenlandideologie“, ein neues Heimatbewusstsein, das vom „burgenländischen Weg der Industrialisierung“ bis zur burgenländischen Kultur reichte und in der burgenländischen Bevölkerung ein enorm positives Echo hervorrief.<sup>183</sup>

Ausdruck und Symbol dieser „Burgenlandideologie“ wurden die von Sinowatz inszenierten „Burgenlandtreffen“, eine Mischung aus Parteitreffen und Volksfest, bei denen die Betonung eines positiven „Burgenlandbewusstseins“ optimal mit der Demonstration des neuen Erscheinungsbildes der SPÖ als „Burgenlandpartei“ verbunden werden konnte.<sup>184</sup> Dieser neue Typus politischer Veranstaltungen fand im ganzen Bundesland große Resonanz; zum ersten Treffen am 25. September 1966 in Lockenhaus reisten aus allen Landesteilen weit über zehntausend Besucher an.<sup>185</sup>

Mit der gelungenen Verknüpfung des – nun in weiten Teilen der Bevölkerung entstehenden – neuen Selbstverständnisses und des zunehmenden Glaubens an das Entwicklungspotential des Burgenlandes mit dem neuen Parteiimage

---

<sup>181</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.523; vgl. PELINKA Peter (2000), S.154; vgl. BLECHA (2004), S.66.

<sup>182</sup> Sinowatz, in FEYMANN (1999), S.165.

<sup>183</sup> vgl. BRITZ (1979b), S.19; vgl. PELINKA Peter (2000), S.154; vgl. NIESSL (2004), S.18; vgl. FEYMANN (1999), S.107.

<sup>184</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.165; vgl. FEYMANN (1993), S.97; vgl. TEUSCHLER; STREIBEL (2000), S.438.

<sup>185</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.165; vgl. FEYMANN (1993), S.97; vgl. TEUSCHLER; STREIBEL (2000), S.438.

der Sozialdemokraten konnte Sinowatz einen der wesentlichsten Grundsteine für die dauerhafte sozialistische Vorherrschaft im Land legen.<sup>186</sup>

Abgesehen von der programmatischen Neuausrichtung seiner Partei setzte sich Sinowatz auch die strukturelle Modernisierung der SPÖ-Burgenland zum Ziel. Er war entschlossen, die nach den gewonnenen Landtagswahlen äußerst günstige Stimmung zu nützen, um die organisatorische Integration der Partei voranzutreiben und so ihre soziopolitische Einflussosphäre zu erweitern.<sup>187</sup>

Besonderes Augenmerk legte er dabei auf eine gezielte Jugend- und Frauenarbeit innerhalb der Partei.<sup>188</sup> So wurden, um die Rolle der Frauen in den Parteiorganisationen zu stärken, nunmehr in allen Regionen Frauenkonferenzen abgehalten – was sich insbesondere vor dem Hintergrund der im Burgenland noch stärker als in anderen Bundesländern vorherrschenden patriarchalischen Verhältnisse als richtungweisend erwies.<sup>189</sup>

Im Jugendbereich setzte Sinowatz neben der Arbeit in den traditionellen Jugendorganisationen vor allem auf eine neue flächendeckende Jungwählerbetreuung durch junge Gemeinde- und Betriebsräte sowie andere junge Funktionäre aus diversen der SPÖ nahestehenden Vereinen.<sup>190</sup> Durch die Initiierung der sogenannten „Aktion Neues Burgenland“, in dessen Rahmen junge Parteifunktionäre im ganzen Land Jungwählerzeitungen verschickten, Diskussionsveranstaltungen organisierten und andere Initiativen setzten, gelang es Sinowatz, die parteiliche Integration von Jungwählern um ein Vielfaches zu steigern und somit eine nachhaltige Basis für die zukünftige Parteiarbeit zu legen.<sup>191</sup>

Weiters setzte der universitär gebildete Zeitungswissenschaftler vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit Initiativen: So initiierte er etwa die Umgestaltung der Parteizeitung „Burgenländische Freiheit“ von einem unbedeutenden, lokalen Mitteilungsblatt zu einer modernen, offenen Wochenzeitung, dessen Beiträge nicht nur die eigenen Funktionäre, sondern

---

<sup>186</sup> vgl. TEUSCHLER; STREIBEL (2000), S.438; vgl. FEYMANN (1999), S.106.

<sup>187</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.149.

<sup>188</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.116.

<sup>189</sup> vgl. TEUSCHLER; STREIBEL (2000), S.436; vgl. FEYMANN (1999), S.116.

<sup>190</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.116 und S.166.

<sup>191</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.166.

auch Menschen außerhalb der sozialistischen Wählerschaft ansprechen.<sup>192</sup> Durch die zeitgemäße Neugestaltung sowie gezielte Werbeaktionen konnte die Auflagenzahl der sozialistischen Parteizeitung rasch gesteigert werden, sodass die „Burgenländische Freiheit“ – nunmehr „BF“ genannt – binnen kurzer Zeit zur meist gelesenen burgenländischen Wochenzeitung avancierte.<sup>193</sup>

Eines seiner letzten großen Reformvorhaben im Bereich der Parteiorganisation – i.e. die Effizienzsteigerung des Landespartei sekretariats durch die Einrichtung von jeweils eigenen Referaten für die Bereiche Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Frauen, Sozialwesen, Bildung, Kultur, Kommunalpolitik, sowie Jugend und Jungwähler –, für das er noch 1970 ein umfassendes Reformkonzept vorlegte, konnte Sinowatz aufgrund seiner Berufung in die Bundespolitik im Herbst 1971 allerdings nur mehr zum Teil umsetzen.<sup>194</sup>

Nichtsdestoweniger gelang es Fred Sinowatz, die burgenländische SPÖ innerhalb kurzer Zeit an die strukturellen und inhaltlichen Erfordernisse der modernen Gesellschaft anzupassen und sie somit zu einer zukunftsfähigen und weltoffenen Partei zu gestalten, die durch ihr positives Image und ihre zunehmende Präsenz in allen Bevölkerungskreisen bald zur bestimmenden gesellschaftspolitischen Kraft im Burgenland wurde.<sup>195</sup>

Als treibende Kraft der programmatischen und organisatorischen Modernisierung der burgenländischen Sozialdemokratie hat er darüber hinaus auch eine neue Generation von Parteifunktionären entscheidend geprägt und somit dazu beigetragen, dass die Sozialdemokratische Partei im Burgenland auch noch lange nach seinem Abschied von der Landespolitik als „Reformmotor“ galt.<sup>196</sup>

### 2.2.3. Das Erfolgsduo Kery-Sinowatz

Nach der Niederlage bei den Nationalratswahlen 1966 wurden in der burgenländischen SPÖ umgehend Vorkehrungen für eine personelle Erneuerung der sozialistischen Regierungsmannschaft getroffen, wobei man

---

<sup>192</sup> vgl. TEUSCHLER; STREIBEL (2000), S.443; vgl. FEYMAN (1999), S.157 und S.172f; vgl. NIESSL (2004), S.18; vgl. BRITZ (1979b), S.17.

<sup>193</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.157 und S.173.

<sup>194</sup> vgl. TEUSCHLER; STREIBEL (2000), S.440; vgl. FEYMAN (1999), S.173f.

<sup>195</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.150; vgl. NIESSL (2004), S.18 und S.20.

<sup>196</sup> vgl. TEUSCHLER; STREIBEL (2000), S.435; vgl. NIESSL (2004), S.20.



insbesondere die intern bereits länger geforderte Ablöse des in die Jahre gekommenen Landeshauptmannes Hans Bögl betrieb.<sup>197</sup> Und so kam es im Frühjahr zu einem historischen Führungswechsel, bei dem „eine neue Generation an den Schalthebel der Macht rückte“<sup>198</sup> – wie dies Walter Feymann in seiner biographischen Darstellung so treffend formuliert.<sup>199</sup> Stellvertretend für diese neue Generation in der sozialistischen Regierungsfraktion stand neben dem 48-jährigen neuen Landeshauptmann Theodor Kery auch Fred Sinowatz, der als neuer Landeskulturrat und Klubobmann vom Landtagspräsidium in die Landesregierung wechselte.<sup>200</sup>

Wie so viele andere strategische Weichenstellungen innerhalb der burgenländischen SPÖ trug auch dieser Generationenwechsel die Handschrift von Sinowatz. Obwohl Hans Bögl lieber Sinowatz als seinen Nachfolger gesehen hätte, hatte dieser den Vorschlag Bögls nämlich abgelehnt und stattdessen aus strategischen Gründen Kery für das Amt des Landeshauptmannes vorgeschlagen.<sup>201</sup> Neben dem Umstand, dass Theodor Kery nicht dem alten marxistischen Flügel angehörte und als realpolitischer Pragmatiker in den Augen von Sinowatz eher imstande war, Randschichten anzusprechen, war für diese Entscheidung auch Kerys Zugehörigkeit zum sogenannten „Südflügel“ des Burgenlandes ausschlaggebend.<sup>202</sup> Sinowatz befürchtete nämlich, dass seine eigene Bestellung zum Landeshauptmann den im Burgenland traditionell vorherrschenden Konflikt zwischen dem Nord- und dem Südteil des Landes eskalieren hätte lassen, da mit ihm nach Bögl ein weiterer Funktionär aus dem politisch einflussreicheren „Nordflügel“ die Partei- und Landesführung übernommen hätte.<sup>203</sup> Mit der Berufung Kerys an die Spitze der Landespartei aber gelang es ihm, dem „Nord-Süd-Konflikt“ vorzeitig den Wind aus den Segeln zu nehmen und so den Parteifrieden zu wahren.

So begann 1966 die „Ära Kery“ in der burgenländischen SPÖ und mit ihr die äußerst fruchtbare politische Zusammenarbeit zwischen dem neuen

---

<sup>197</sup> vgl. FEYMANN (1993), S.91; vgl. FEYMANN (1999), S.159; vgl. PERSCHY (2000), S.190.

<sup>198</sup> FEYMANN (1993), S.91.

<sup>199</sup> vgl. FEYMANN (1993), S.91; vgl. FEYMANN (1999), S.163.

<sup>200</sup> vgl. FEYMANN (1993), S.91f.

<sup>201</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.523; vgl. FEYMANN (1993), S.92.

<sup>202</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.523; vgl. FEYMANN (1993), S.92.

<sup>203</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.523.

Landeshauptmann und seinem Parteistrategen Sinowatz, die erst endete, als Sinowatz in den achtziger Jahren die Führung der Parteigeschäfte – in die er bis dahin trotz seines Wechsels in die Bundespolitik zumindest nominell weiterhin eingebunden war<sup>204</sup> – angesichts seines immer stärkeren bundespolitischen Engagements endgültig abgab.<sup>205</sup>

Ob ihrer menschlichen Gegensätzlichkeit gab dieses neue Führungsduo der burgenländischen SPÖ den Medien anfangs viel Anlass für ironische Vergleiche. So schrieb beispielsweise Peter Michael Lingens über die beiden: „Kery groß und asketisch, Sinowatz klein und dicklich. Kery vernarrt in technisches Spielzeug, Lehrer der Mathematik und Physik, Sinowatz ein Geisteswissenschaftler, der Mathematik zu seinen Angstgegenständen zählte und alle seine Beamten wissen ließ: >Pläne brauchts mir gar ned erst zeigen, i versteh s' sowieso ned.< Kery ein halber Aristokrat, Sinowatz ein halber Proletarier. Kery selbstsicher, überheblich, autoritär. Sinowatz gehemmt, von Zweifeln geplagt, kompromissloser Demokrat.“<sup>206</sup>

So sehr sich Sinowatz und Kery aber menschlich voneinander unterschieden, politisch ergänzten sie einander in einem hohen Maß und waren nicht zuletzt deshalb lange Zeit Erfolgsgaranten für ihre Partei und das Burgenland.<sup>207</sup>

Während der oft als „konservativer Sozialdemokrat“ beschriebene Pragmatiker Theodor Kery, dessen politische Reichweite bis weit in das „bürgerliche“ Lager reichte, das neu erwachte Selbstbewusstsein der Burgenländer beziehungsweise das neue „Burgenlandbewusstsein“ nach außen repräsentierte, entwarf der ideologische Denker und „Ideenlieferant“ Fred Sinowatz, der im Hintergrund die Zügel der Partei fest in den Händen hielt, jene strategischen Konzepte, die Kery erfolgreich in die Praxis umsetzte. Eine dieser von Sinowatz erdachten und von Kery ausgeführten Ideen war beispielsweise

---

<sup>204</sup> Trotz der räumlichen Distanz riss sein Einfluss auf die Landespartei nie ab; bei den monatlichen Präsidiums- und Vorstandssitzungen war er stets anwesend, aktuelle Parteiangelegenheiten besprach er mit Kery telefonisch. Zur Unterstützung der Führung des Landespartei sekretariats wurde Sinowatz allerdings Karl Stix als geschäftsführender Landespartei sekretär zur Seite gestellt. (vgl. FEYMANN (1993), S.121.)

<sup>205</sup> vgl. FEYMANN (1993), S.94 und S.121.

<sup>206</sup> LINGENS (1995), S.141.

<sup>207</sup> vgl. FEYMANN (1993), S.94 und S.103.

die Initiative „Kery kommt“, in dessen Rahmen der neue Landeshauptmann zwischen 1966 und 1968 alle 224 Gemeinden des Landes besuchte.<sup>208</sup>

## 2.3 Sinowatz als Landesrat für Kultur (1966-71)

Würde man in der Darstellung des politischen Wirkens von Fred Sinowatz in der Landespolitik nur auf seine Arbeit als SPÖ-Strategie und Parteireformer eingehen, wäre dies zu kurz gegriffen, gelang es ihm doch darüber hinaus auch als Kulturlandesrat, in der Kulturpolitik des Burgenlandes wesentliche Akzente zu setzen.<sup>209</sup> So nahm Sinowatz sofort nach der Übernahme des Kulturressorts am 28. Juni 1966 eine ihm bereits länger am Herzen liegende umfassende Kulturoffensive im Burgenland in Angriff, dessen Realisierung ihm trotz seiner nicht allzu langen Amtszeit in wesentlichen Teilen gelang.<sup>210</sup>

Das Leitbild für sein Kulturkonzept war ähnlich wie in seiner parteipolitischen Arbeit die Erweckung und Stärkung des burgenländischen Selbstbewusstseins beziehungsweise die Förderung des „Burgenlandbewusstseins“.<sup>211</sup> Entsprechend seiner Überzeugung, dass ein Land nur dann lebensfähig sei, wenn es über eine kulturelle Identität verfüge, verfolgte Sinowatz eine offene Kulturpolitik.<sup>212</sup> So war er bestrebt, sowohl die historischen Besonderheiten als auch die kulturelle Buntheit von diesem „Land des Überganges“<sup>213</sup> zu akzentuieren um so eine burgenländische Identität herzustellen und den Menschen des Landes ein neues positives Selbstverständnis zu vermitteln – was ihm mit viel persönlichem Einsatz auch gelang.<sup>214</sup>

Mit dieser prononcierten Kulturpolitik, die sich über eine Reihe kultureller Initiativen definierte, konnte er innerhalb kurzer Zeit sowohl die kulturelle Eigenständigkeit als auch die kreative Offenheit des Burgenlandes gegenüber den vielen verschiedenen kulturellen Strömungen seiner unmittelbaren

---

<sup>208</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.523f; vgl. FEYMANN (1999), S.164 und S.171; vgl. PELINKA Peter (2000), S.156.

<sup>209</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.167.

<sup>210</sup> vgl. BLECHA (2004), S.67; vgl. BRITZ (1979b), S.18.

<sup>211</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.167; vgl. CAMPBELL (1995), S.523.

<sup>212</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.523; vgl. FEYMANN (1999), S.167.

<sup>213</sup> Aufgrund seiner geo- und soziopolitischen Lage definierte Sinowatz das Burgenland als „Land des Überganges“. (vgl. CAMPBELL (1995), S.523.)

<sup>214</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.523; vgl. FEYMANN (1999), S.167.

Nachbarn unter Beweis stellen und somit eine kulturelle Aufbruchsstimmung im Land erzeugen.<sup>215</sup>

Neben der Initiation beziehungsweise Ausweitung zahlreicher bedeutender Feiern und Veranstaltungen – allen voran den Burgenländischen Festspielen –, sowie verschiedenster Kulturforen, Tagungen und Symposien – wie beispielsweise dem „Internationalen Kulturhistorischen Symposium Mogersdorf“, den Internationalen Malerwochen oder dem Ostsprachenseminar in Eisenstadt – konnte Sinowatz vor allem mit seinen erfolgreichen Bemühungen, Künstler und Kulturschaffende ins Land zu holen, über die Landesgrenzen hinaus Aufsehen erregen.<sup>216</sup>

Das von ihm forcierte Klima kultureller Offenheit und Toleranz, die großzügigen Kunstförderungen und nicht zuletzt eine Reihe publikumswirksamer Aktionen, in deren Rahmen namhaften Künstlern revitalisierte Burgen, Mühlen und Bauernhöfe als Wohnsitze angeboten wurden, trugen wesentlich dazu bei, dass sich zwischen 1965 und 1975 zahlreiche Kunstschaffende im Burgenland ansiedelten, hier eine zweite Heimat fanden und bis heute eindrucksvolle Spuren ihres Schaffens hinterlassen haben.<sup>217</sup>

Neben einer Forcierung der heimischen Ortsbild- und Denkmalpflege stand weiters auch eine Intensivierung der Kulturförderung im ländlichen Raum auf der Liste der kulturpolitischen Vorhaben von Fred Sinowatz<sup>218</sup>: Um eine neue kulturelle Infrastruktur im Burgenland zu schaffen, begünstigte er in seinen Jahren als Kulturverantwortlicher nicht nur den Auf- beziehungsweise Ausbau zahlreicher Regional- und Heimatmuseen, sondern trieb auch die Errichtung von vier überregionalen Kulturzentren<sup>219</sup> voran.<sup>220</sup> Darüber hinaus erfolgten in seiner Amtszeit als Landeskulturrat unter anderem auch die Fertigstellung des Josef-Haydn-Konservatoriums, der Aufbau des burgenländischen Volkshochschulwesens, die Inbetriebnahme einer Biologischen Station in Illmitz am Neusiedlersee, der Neubau des Landesmuseums, des Landesarchivs und

---

<sup>215</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.169; vgl. CAMPBELL (1995), S.523; vgl. NIESSL (2004), S.19.

<sup>216</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.171; vgl. CAMPBELL (1995), S.523; vgl. BRITZ (1979b), S.27; vgl. FEYMANN (1993), S.131; vgl. PERSCHY (2000), S.194.

<sup>217</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.167; vgl. BLECHA (2004), S.68; vgl. BRITZ (1979b), S.19f; vgl. CAMPBELL (1995), S.523; vgl. NIESSL (2004), S.19; vgl. PERSCHY (2000), S.192.

<sup>218</sup> vgl. PERSCHY (2000), S.195; vgl. BRITZ (1979b), S.27; vgl. FEYMANN (1993), S.131.

<sup>219</sup> i.e. in Mattersburg, Güssing, Jennersdorf und Oberschützen. (vgl. FEYMANN (1993), S.131.)

<sup>220</sup> vgl. FEYMANN (1993), S.131; vgl. FEYMANN (1999), S.171.

der Landesbibliothek, die Einrichtung einer Landesgalerie sowie die Konzeption eines Österreichischen Jüdischen Museums in Eisenstadt.

Die Jahre von Sinowatz kulturpolitischem Wirken können also durchaus als Auftakt eines „kulturellen Gründerjahrzehnts“ im Burgenland angesehen werden.<sup>221</sup>

---

<sup>221</sup> vgl. PERSCHY (2000), S.194f; vgl. BRITZ (1979b), S.27; vgl. FEYMANN (1993), S.131.

### 3. SINOWATZ ALS BUNDESMINISTER FÜR UNTERRICHT UND KUNST IN DER „ÄRA KREISKY“ (1971-83)

Unter der Amtszeit von Fred Sinowatz erfuhr die österreichische Bildungs- und Kulturpolitik sowohl in finanzieller als auch in ideologischer Hinsicht eine entscheidende Prägung. So gehen eine Vielzahl der nachhaltigen – und heute weitgehend als selbstverständlich erachteten – bildungs- und kulturpolitischen Errungenschaften der Zweiten Republik auf Initiative des ehemaligen sozialistischen Unterrichts- und Kulturministers zurück, der sich in seiner mehr als elfjährigen Ministerialtätigkeit mit viel Engagement für eine Verbesserung der Bildungschancen und für die Einleitung eines nachhaltigen Schulerneuerungsprozesses einsetzte.

Das nachfolgende Kapitel soll dem Leser einerseits einen Einblick in die Grundprinzipien und grundlegenden Zielvorstellungen der Bildungs- und Kulturpolitik von Fred Sinowatz ermöglichen und ihm andererseits einen Überblick über die wesentlichsten Aspekte seiner umfangreichen Reformtätigkeit im bildungs- und kulturpolitischen Bereich verschaffen.

#### 3.1 Bildungspolitik

##### 3.1.1 Bildungspolitisches Selbstverständnis

Entsprechend seiner politischen Gesinnung bezog Fred Sinowatz seine schulpolitischen Grundprinzipien und Zielsetzungen vor allem aus den leitenden Grundwerten des demokratischen Sozialismus. Ausgehend von der sozialistischen Grundforderung nach dem Aufbau einer sozialen Gesellschaftsordnung auf Basis von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität<sup>222</sup>, galt sein politisches Hauptaugenmerk – eigenen Angaben nach – dem Bestreben, „die Gesellschaft in der Form zu verändern, dass sie besser, gerechter, demokratischer und lebenswerter gestaltet wird.“<sup>223</sup> Dabei trat er insbesondere für den Abbau von Privilegien und die Verwirklichung von mehr Chancengleichheit, für die weitgehende Demokratisierung und Humanisierung

---

<sup>222</sup> vgl. SINOWATZ (1978a), S.15f; vgl. SCHNELL (1993), S.223.

<sup>223</sup> o.V.: Minister Sinowatz zieht Zwischenbilanz. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.4.

der österreichischen Gesellschaft sowie für die Intensivierung von Emanzipation und Partizipation innerhalb der Bevölkerung ein.<sup>224</sup>

Überzeugt davon, dass Schule und Unterricht eine wesentliche Funktion der Gesellschaft darstellen und Bildungspolitik demnach niemals losgelöst von gesellschafts- und gesamtpolitischen Bezügen betrachtet werden kann<sup>225</sup>, verstand Sinowatz Bildungspolitik als Ansatzpunkt, um die grundlegenden gesellschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie zu verwirklichen und eine entsprechende positive Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erreichen.<sup>226</sup> Ausgehend von seiner Erkenntnis, dass Lebensqualität nicht allein durch materielle, sondern auch durch geistige und kulturelle Bedingungen geschaffen wird<sup>227</sup>, plädierte Fred Sinowatz mit seinem zentralen Postulat "Bildungspolitik als sinnvolle Fortsetzung und Erweiterung der Sozialpolitik"<sup>228</sup> für eine weitere Öffnung der Schule zur Gesellschaft und den gesellschaftlichen Gegebenheiten.<sup>229</sup> Vor dem Hintergrund der engen Wechselwirkung zwischen Schulsystem und Gesellschaft bemühte er sich dabei, grundlegenden Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse im Bildungsbereich stärker als bisher Rechnung zu tragen und einen dynamischen Weiterentwicklungsprozess im Einklang mit den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen einzuleiten und zu etablieren.<sup>230</sup> Fred Sinowatz ging es diesbezüglich jedoch nicht um die Verwirklichung eines bildungspolitischen Endzieles, sondern um ein kontinuierliches Bewältigen stets neuer Aufgaben im Sinne der permanenten Neugestaltung des österreichischen Schulwesens.<sup>231</sup> So bekräftigte er in einem Leitartikel: „Selbstverständlich muss die Schule immer in Diskussion stehen, und es wird immer wieder zu prüfen sein, ob sie effizient ist und den Bedürfnissen des Einzelnen sowie der Gesellschaft entspricht.“<sup>232</sup>

---

<sup>224</sup> vgl. SINOWATZ (1978a), S.15.

<sup>225</sup> vgl. o.V.: Sinowatz: Bin ein ehrlicher Makler. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1982, S.6; vgl. SINOWATZ (1974), S.3.

<sup>226</sup> vgl. o.V.: Sinowatz: Bin ein ehrlicher Makler. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1982, S.6.

<sup>227</sup> vgl. o.V.: Sinowatz: Bin ein ehrlicher Makler. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1982, S.6.

<sup>228</sup> vgl. SINOWATZ (1978a), S.15; vgl. o.V.: Kultur und Schule: Projekte und Grundsätze. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1976, S.5.

<sup>229</sup> vgl. SINOWATZ (1978a), S.16.

<sup>230</sup> vgl. SINOWATZ (1978a), S.16; vgl. o.V.: Minister Sinowatz zieht Zwischenbilanz. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.5.

<sup>231</sup> vgl. o.V.: Minister Sinowatz: Taus ist keine Alternative. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1979, S.5.

<sup>232</sup> SINOWATZ (1977), S.3.

Eine der wesentlichsten Zielsetzungen von Fred Sinowatz war die nachhaltige Verbesserung der Bildungschancen in Österreich, wobei seine diesbezüglichen Bemühungen sowohl dem generellen Anstieg des gesellschaftlichen Bildungsniveaus als auch der Optimierung der Bildungssituation eines jeden Einzelnen galten.<sup>233</sup> Sein spezielles Augenmerk lag jedoch auf der Sicherstellung gleicher Start- und Bildungschancen für alle Kinder, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Standes oder ihres religiösen Bekenntnisses.<sup>234</sup> Ausgehend von seiner Überzeugung, dass jedem Kind eine seinen Anlagen und Begabungen entsprechende optimale Förderung zusteht, bemühte sich Sinowatz, den Abbau sozialer, regionaler und geschlechtsspezifischer Bildungsschranken voranzutreiben und damit entscheidend zur Verwirklichung eines höheren Maßes an Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit im Bildungswesen – eine der wichtigsten Zielsetzungen der Bundesregierungen unter Kanzler Bruno Kreisky – beizutragen.<sup>235</sup> Darüber hinaus war Sinowatz auch bestrebt, die Humanisierung und Demokratisierung innerhalb des Schulwesens zu fördern und damit der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit im Rahmen der Schulbildung einen höheren Stellenwert einzuräumen.<sup>236</sup>

### 3.1.2 Bildungspolitisches Wirken

#### 3.1.2.1 Schulbauprogramm

Zu einer der wesentlichen bildungspolitischen Erfolge von Fred Sinowatz zählt zweifelsohne die Bewältigung der Bildungskrise der sechziger Jahre durch die Initiierung des bis dato größten Schulbauprogrammes der Republik.

Gegen Ende der sechziger Jahre, als der steigende Bedarf an Akademikern und Maturanten sowie die Bereitschaft einer immer größeren Zahl von Eltern aus allen Bildungs- und Berufsschichten, ihren Kindern eine höhere Bildung zukommen zu lassen, die Schülerzahlen an höheren Schulen sprunghaft ansteigen ließ, stand man in Österreich einer völlig veränderten dynamischen

---

<sup>233</sup> vgl. SINOWATZ (1978a), S.15.

<sup>234</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.181.

<sup>235</sup> vgl. SINOWATZ (1975b), S.4; vgl. o.V.: Minister Sinowatz zieht Zwischenbilanz. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.4.

<sup>236</sup> vgl. SINOWATZ (1975b), S.4; vgl. o.V.: Minister Sinowatz zieht Zwischenbilanz. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.4.



Bildungssituation gegenüber, deren Bewältigung zu einer der vordergründigen Aufgaben der neuen sozialdemokratischen Bundesregierung wurde.<sup>237</sup> Zu den Begleiterscheinungen dieser dramatischen Bildungsexplosion, mit der das österreichische Bildungswesen insbesondere im Bereich der Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen zu kämpfen hatte, zählte neben einem eklatanten Lehrermangel vor allem eine akute Schulraumnot.<sup>238</sup> Der gravierende Schulraummangel, der am deutlichsten im ländlichen Gebiet zu spüren war<sup>239</sup>, hatte nicht nur zahlreiche überfüllte Klassen zur Folge, sondern führte auch dazu, dass Anfang der siebziger Jahre tausende Schüler trotz bestandener Aufnahmeprüfung von ihrer Wunschscheule abgewiesen werden mussten.<sup>240</sup>

Dieser Zustand erforderte von der neuen sozialdemokratischen Regierung die Anwendung völlig neuer Maßstäbe im Bundesschulbau.<sup>241</sup> Um der Mangelsituation systematisch und nachhaltig entgegenzuwirken, ließ Sinowatz' Vorgänger im Unterrichtsministerium, Leopold Gratz, 1970 in enger Kooperation der zuständigen Ministerien<sup>242</sup> mit den Landesschulräten erstmals ein längerfristiges, auf objektiven Bedarfskriterien basierendes Schulentwicklungsprogramm ausarbeiten.<sup>243</sup> Zwei Jahre nachdem dieses vom Ministerrat als Planungsgrundlage für ein umfangreiches zehnjähriges Schulgründungs- und Schulbauprogramm genehmigt worden war, legte Fred Sinowatz 1973 eine aktualisierte Fassung des Programms vor, in dem auf Grundlage eines Zielquotenprogrammes bis 1980 die Schaffung von rund 79.000 neuen Schulplätzen an öffentlichen Schulen im Bereich der neunten bis dreizehnten Schulstufe vorgesehen war.<sup>244</sup> Konkrete Zielvorgabe des Bundesministeriums war eine Anhebung der Schulbesuchsquoten um etwa 90

---

<sup>237</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.175; vgl. SCHNELL (1979), S.9; vgl. ROSENBERGER (1988), S.330f.

<sup>238</sup> vgl. ROSENBERGER (1988), S.332; vgl. SCHNELL (1993), S.175.

<sup>239</sup> Außerhalb der Landeshauptstädte und einiger weniger Schulstädte gab es kaum Standorte mit weiterführenden Schulen. (vgl. STEINKELLNER (1975), S.12.)

<sup>240</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.176.

<sup>241</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.227.

<sup>242</sup> Es handelte sich dabei um das Bundesministerium für Unterricht und Kunst, das Finanzministerium, sowie das Bundesministerium für Bauten und Technik. (vgl. ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR SCHUL- UND SPORTSTÄTTENBAU (1982), S.10.)

<sup>243</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.227; vgl. ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR SCHUL- UND SPORTSTÄTTENBAU (1982), S.10.

<sup>244</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.227; vgl. ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR SCHUL- UND SPORTSTÄTTENBAU (1982), S.10; vgl. o.V.: Schulbaukonzept. In: *Freie Lehrerstimme*, 4/1974, S.5.

Prozent, davon je rund 20 Prozent in städtischen und in dichtbesiedelten Bereichen, sowie rund 60 Prozent in dünn besiedelten Gebieten.<sup>245</sup>

Die dem Schulentwicklungsprogramm zugrundeliegenden bildungspolitischen Absichten waren die Minderung des Stadt-Land-Bildungsgefälles durch eine weitgehende Angleichung der Kapazität der Bildungseinrichtungen im ländlichen an jene im städtischen Gebiet, ferner die Steigerung der Kapazität an Schulplätzen in einem solchen Maße, dass im Jahr 1980 rund ein Drittel der Kinder innerhalb der infrage kommenden Altersgruppe weiterführende Schulen besuchen konnten, sowie der verstärkte Ausbau des bis zu jenem Zeitpunkt unterrepräsentierten berufsbildenden höheren Schulwesens.<sup>246</sup>

Im Rahmen des Schulentwicklungsprogrammes erreichte der österreichische Schulbau in den siebziger Jahren bis dato ungekannte Ausmaße.<sup>247</sup> So wurden im Zeitraum von 1970 bis 1980 insgesamt 206 Bundesschulen errichtet, wodurch es innerhalb eines Jahrzehntes gelang, die räumlichen Engpässe an den Bundesschulen weitestgehend zu beseitigen.<sup>248</sup> Darüber hinaus brachte die Realisierung des Schulbauprogramms auch einen wesentlichen Fortschritt bei der Durchsetzung einer größeren regionalen Chancengleichheit im Bildungsbereich und gab den Anstoß zur Herausbildung eines umfangreichen, differenzierten und stark geförderten berufsbildenden Schulwesens.<sup>249</sup>

Eine der treibenden Kräfte hinter dem Ausbau des Bundesschulwesens in den siebziger Jahren war zweifelsohne Fred Sinowatz, der all sein politisches Gewicht dafür einsetzte, dass in jedem politischen Bezirk eine weiterführende Schule errichtet wurde.<sup>250</sup> Die Tatsache, dass während seiner Amtszeit mehr neue Bundesschulen entstanden als in den Jahren seit der Jahrhundertwende und nunmehr aus allen Gemeinden innerhalb einer halben Autostunde eine weiterführende Schule erreicht werden konnte, betrachtete er rückblickend als einen seiner größten Erfolge als Unterrichtsminister.<sup>251</sup> Denn, so meinte er,

---

<sup>245</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.228; vgl. ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR SCHUL- UND SPORTSTÄTTENBAU (1982), S.10.

<sup>246</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.227; vgl. ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR SCHUL- UND SPORTSTÄTTENBAU (1982), S.10.

<sup>247</sup> vgl. SCHNELL (1973), S.4.

<sup>248</sup> vgl. ROSENBERGER (1988), S.331; vgl. SCHNELL (1993), S.228; vgl. KRIECHBAUMER (2004), S.173.

<sup>249</sup> vgl. FISCHER (1993), S.134; vgl. SCHNELL (1993), S.270.

<sup>250</sup> vgl. PELINKA, Peter (2000), S.157.

<sup>251</sup> vgl. SINOWATZ (1979b), S.3; vgl. FISCHER (1993), S.129.

„[d]iese materielle Bewältigung der Bildungsexplosion [...] hat eigentlich erst die Voraussetzung dafür geschaffen, dass unser Schulwesen auch organisatorisch und inhaltlich verbessert werden konnte.“<sup>252</sup>.

### 3.1.2.2 Sozioökonomische Maßnahmen

Einen weiteren Meilenstein in der Bildungspolitik von Fred Sinowatz bedeutete die Schaffung einheitlicher materieller Voraussetzungen für den Schulbesuch im gesamten Bundesgebiet durch die Einführung von Schulfahrtbeihilfen beziehungsweise Schulfreifahrten, Schul- und Heimbeihilfen sowie kostenlosen Schulbüchern.<sup>253</sup> Die Einführung dieser sozioökonomischen Maßnahmen stellte für viele Familien eine erhebliche finanzielle Erleichterung dar und machte den Schulbesuch somit von wirtschaftlichen Überlegungen unabhängiger.

Für Fred Sinowatz bedeutete die Durchsetzung dieser sozialstaatlichen Leistungen jedoch nicht nur einen entscheidenden Beitrag zum Abbau sozialer und regionaler Bildungsbarrieren, sondern vor allem auch das Aufbrechen einer emotionalen Schranke.<sup>254</sup> So standen die sozioökonomischen Maßnahmen für ihn sinnbildlich für die Durchsetzung eines neuen Bildungsverständnisses, und zwar einer Auffassung von Bildung als menschlichem Anrecht und nicht als Privileg, welches erst mühsam erkaufte werden muss.<sup>255</sup>

#### 3.1.2.2.1 Schulfahrtbeihilfen und Schulfreifahrten

Als erste sozioökonomische Maßnahme zur Verbesserung der Chancengleichheit für österreichische Schüler wurde am 17. März 1971 – damals noch unter der Amtsführung von Leopold Gratz – einstimmig die Einführung der freien Schulfahrt beschlossen.<sup>256</sup> Im Rahmen einer Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes<sup>257</sup> wurde damit allen Schülern öffentlicher beziehungsweise mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Bildungsanstalten ein Rechtsanspruch auf Schulfreifahrt oder – im Fall eines über drei Kilometer langen Schulwegs oder einer Behinderung des betreffenden Schülers – auf

---

<sup>252</sup> SINOWATZ (1982), S.3.

<sup>253</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.230.

<sup>254</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.230 und S.234; vgl. SCHNELL (1979), S.9; vgl. LINGENS (1995), S.148f.

<sup>255</sup> vgl. LINGENS (1995), S.148f.

<sup>256</sup> vgl. FISCHER (1993), S.78.

<sup>257</sup> Familienlastenausgleichsgesetz 1967 idF der Nov. BGBl. 1972 / Nr. 284.

Schulfahrtbeihilfe eingeräumt.<sup>258</sup> Bei der Schulfreifahrt entfällt eine Entfernungsbegrenzung; Schüler, die den Schulweg in öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen, können diese hierfür uneingeschränkt und kostenlos benützen.<sup>259</sup>

Schon bald nach ihrer Einführung wurden die positiven Auswirkungen der Schulfreifahrt und Schulfahrtbeihilfe, deren Kosten sich in den ersten sieben Jahren beinahe vervierfachten<sup>260</sup>, augenscheinlich: So konnte die freie Schulfahrt nicht nur wesentlich zum Abbau der regionalen Bildungsbarrieren beitragen, sondern auch eine wesentliche Verbesserung im Bereich der ländlichen Schulorganisation<sup>261</sup> bewirken.<sup>262</sup>

#### *3.1.2.2 Schul- und Heimbeihilfen*

Ebenfalls im Jahr 1971 wurde mit der Verabschiedung des Schülerbeihilfengesetzes<sup>263</sup> erstmals ein gesetzlicher Anspruch für bedürftige Schüler auf Schul- und Heimbeihilfe<sup>264</sup> eingeführt. Laut Gesetzesbeschluss gebührt die Auszahlung von Schul- oder Heimbeihilfen all jenen österreichischen Staatsbürgern aus sozial benachteiligten Schichten, die ab der zehnten beziehungsweise der neunten Schulstufe eine mittlere oder höhere Schule oder einen Polytechnischen Lehrgang besuchen.<sup>265</sup> Wesentliche Voraussetzung für die Gewährung der Beihilfen war und ist die soziale Bedürftigkeit der Schüler, wobei diese am Familienstand und Einkommen der Eltern gemessen wurde.

Allein in den ersten sieben Jahren stiegen die Aufwendungen für diese Maßnahme um rund 270 Millionen Schilling<sup>266</sup>, wobei das Gesetz in der

---

<sup>258</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.230f; vgl. FISCHER (1993), S.128.

<sup>259</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.230f; vgl. FISCHER (1993), S.128.

<sup>260</sup> Die Aufwendungen für die Schulfreifahrten und Schulfahrtbeihilfen stiegen von 494,4 Millionen Schilling im Schuljahr 1971/72 auf rund 1940 Millionen Schilling im Jahr 1978. (vgl. SCHNELL (1993), S.231.)

<sup>261</sup> Der Ausbau des Haupt- und Sonderschulnetzes wurden dadurch wirksam gefördert. (vgl. SCHNELL (1993), S.231; vgl. STEINKELLNER (1975), S.12.)

<sup>262</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.231; vgl. STEINKELLNER (1975), S.12.

<sup>263</sup> BGBl. 1971 / Nr. 253.

<sup>264</sup> Im Unterschied zu Schulbeihilfen gebühren Heimbeihilfen jenen Schülern, die zum Zweck des Schulbesuches außerhalb des elterlichen Wohnortes leben. (vgl. SCHNELL (1993), S.232.)

<sup>265</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.232.

<sup>266</sup> Die Gesamtsumme der ausgezahlten Beihilfen stieg von 179,6 Millionen Schilling im Schuljahr 1971/1972 auf 448 Millionen Schilling im Schuljahr 1978/79. (vgl. KRIECHBAUMER (2004), S.174.)

Anfangszeit mehrmals novelliert wurde, um die Beihilfen den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzugleichen.<sup>267</sup>

### 3.1.2.2.3 „Schulbuchaktion“

Den dritten Meilenstein auf dem Weg zur Verwirklichung von Bildungschancengleichheit in sozioökonomischer Hinsicht stellte die Einführung der sogenannten „Schulbuchaktion“ dar, mittels der den österreichischen Schülern ab dem Schuljahr 1972/73 alle benötigten Schulbücher unentgeltlich zur Verfügung gestellt und ins Eigentum übertragen wurden.

Es gab zwar bereits vor der „Schulbuchaktion“ einige Elternvereine und Gemeinden – wie etwa die Stadt Wien –, die den Schülern Schulbücher auf Basis eines Leihsystems kostenlos zur Verfügung gestellt hatten; diese sogenannten „Schülerladen“ blieben jedoch immer nur Stückwerk und konnten die äußerst unzulängliche Schulbuchversorgung – mit einem bundesdurchschnittlichen Fehlbestand von bis zu einem Drittel der benötigten Schulbücher – nicht ausgleichen.<sup>268</sup> Besonders eklatant war die Unterversorgung im ländlichen Bereich, wo viele Kinder nicht einmal über grundlegende Lehrwerke wie Atlanten oder Wörterbücher verfügten.<sup>269</sup> Hinzu kam, dass die meisten Schulbücher inhaltlich und methodisch weder den bestehenden Lehrplänen entsprachen noch die modernen wissenschaftlichen und pädagogischen Erkenntnisse berücksichtigten, da den Familien und Gemeinden, deren Budget die Schulbücher belasteten, sehr daran gelegen war, diese solange wie möglich verwenden zu können<sup>270, 271</sup> Da dementsprechend kaum ein Verlag bereit war, in die Neuentwicklung von Schulbüchern zu investieren, drohten Ende der sechziger Jahre die bildungspolitischen Grundprinzipien der Methodenfreiheit sowie der laufenden Anpassung der Lehrpläne an die gesellschaftlichen Entwicklungen zu leeren Worthülsen zu verkommen.<sup>272</sup>

---

<sup>267</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.232.

<sup>268</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.230; vgl. SINOWATZ (1979a), S.5; vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.4 und S.16.

<sup>269</sup> vgl. STEINKELLNER (1975), S.12.

<sup>270</sup> Von den Eltern wurde damals gar eine gesetzliche Regelung gefordert, laut der die Schulbücher nicht öfter als alle fünf Jahre gewechselt werden dürfen. (vgl. SINOWATZ (1979a), S.6.)

<sup>271</sup> vgl. SINOWATZ (1979a), S.5-7; vgl. STEINKELLNER (1975), S.12.

<sup>272</sup> vgl. SINOWATZ (1979a), S.5f; vgl. SINOWATZ (1979c), S.6.

Um diesem – in seinen Augen untragbaren – Zustand möglichst rasch entgegenzuwirken, entschloss sich Fred Sinowatz Anfang 1972, kurz nach seinem Amtsantritt, bereits mit Beginn des darauf folgenden Schuljahres eine bundesweite kostenlose Übereignung aller benötigten Schulbücher zu veranlassen.<sup>273</sup> Trotz heftigen Widerspruchs der Opposition, allen voran der ÖVP – die die „Schulbuchaktion“ als Verschwendung kritisierte und eine Einführung von sogenannten „Wegwerfbüchern“ entschieden ablehnte – wurde die Einführung der „Schulbuchaktion“ noch am 9. Juli 1972 im Rahmen einer Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes<sup>274</sup> im Parlament beschlossen und damit erstmals für alle Schüler ein rechtlicher Anspruch auf eigene, kostenlose Schulbücher geschaffen.<sup>275</sup> Um die rechtzeitige Versorgung aller österreichischen Schüler mit den benötigten Schulbüchern zu gewährleisten, wurde in wenigen Wochen eine umfassende Organisation aufgebaut, die in ihren Grundzügen bis heute bestehen geblieben ist:<sup>276</sup> Dabei werden zunächst gegen Jahresende alle von unabhängigen Verlagsanstalten eingereichten Lehrwerke einem gründlichen Approbationsverfahren unterworfen und in einer – den Schulen zugesandten – Liste aller im kommenden Schuljahr zur Verfügung stehenden Schulbücher zusammengefasst.<sup>277</sup> Nach Auswahl der gewünschten Lehrwerke in den Lehrerkonferenzen der Schulen sowie einer eingehenden Preisprüfung der einzelnen Schulbücher durch das Finanzministerium werden die Schulbuchverlage im Frühjahr über den genauen Schulbuchbedarf in Kenntnis gesetzt.<sup>278</sup> Zu Beginn des Schuljahres können die Schüler dann mittels eines Gutscheinsystems ihre Schulbücher über den Buchhandel oder direkt an den Schulen beziehen.<sup>279</sup> Nach anfänglichen Schwierigkeiten wurde die Organisation und Verwaltung der „Schulbuchaktion“ im zweiten Jahr auf EDV-Basis umgestellt und konnte seither stets zur allgemeinen Zufriedenheit

---

<sup>273</sup> vgl. SINOWATZ (1979a), S.5; vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.16f.

<sup>274</sup> Familienlastenausgleichsgesetz 1967 idF der Nov. BGBl. 1972 / Nr. 284.

<sup>275</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.4 und S.18; vgl. SCHNELL (1993), S.230; vgl. FISCHER (1993), S.127.

<sup>276</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.18.

<sup>277</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.20f; vgl. HLADEJ (1979), S.17.

<sup>278</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.22f; vgl. HLADEJ (1979), S.17; vgl. SCHNELL (1993), S.231.

<sup>279</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.23; vgl. SCHNELL (1993), S.231.

abgewickelt werden.<sup>280</sup> Durch die Umstellung in der Administration sowie durch die Einleitung einer Reihe weiterer Einsparungsmaßnahmen – wie etwa der Senkung von Autorenhonoraren und Handelsspannen, der Durchsetzung von Sammelbestellungen und computergestützten Bestellkontrollen oder der Festlegung einer verbindlichen Grundausstattung und eines nach Schulart und Schulstufe gestaffelten Kostenlimits – konnte darüber hinaus ab dem Schuljahr 1975/76 eine deutliche Kostenstabilisierung erreicht werden.<sup>281</sup> Auf Vorwürfe, dass es sich bei der „Schulbuchaktion“ um reine Geldverschwendung handle und ein Leihsystem wesentlich kosteneffizienter wäre, stellte Fred Sinowatz Mitte 1978 klar, dass für die „Schulbuchaktion“ stets weniger Geld ausgegeben worden war, als im Budget dafür vorgesehen gewesen wäre.<sup>282</sup>

Die Tatsache, dass sich Sinowatz bei der Einführung der „Schulbuchaktion“ nicht – wie von einigen Stimmen innerhalb der sozialistischen Partei gefordert – für ein staatlich finanziertes Leihsystem, sondern bewusst für ein Übereignungssystem entschieden hatte, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. So war er als Kulturpolitiker, der dem Besitz eigener Bücher große Bedeutung beimaß, überzeugt, dass eine Übereignung sowohl die Beziehung zu Literatur und Bildung fördere, als auch die Aneignung verbesserter Lerntechniken begünstigen würde.<sup>283</sup> Darüber hinaus erwartete er sich von der Übernahme eines Eigentumssystems auch einen wesentlich geringeren Verwaltungsaufwand für die Lehrerschaft.<sup>284</sup> Neben einer Anregung zu Bildungs- und Kulturerwerb und einer geringeren administrativen Belastung erhoffte sich Sinowatz von einem Eigentumssystem jedoch insbesondere auch die Beseitigung einer emotionellen Barriere<sup>285</sup>: So sollte sich in Zukunft kein Schüler mehr schämen müssen, aufgrund seiner sozialen Herkunft, Bücher aus der „Schülerlade“ beziehen zu müssen.<sup>286</sup>

---

<sup>280</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.20; vgl. SCHNELL (1993), S.231.

<sup>281</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.25-27; vgl. SCHNELL (1993), S.231; vgl. SINOWATZ (1979c), S.6; vgl. SINOWATZ (1979a), S.8.

<sup>282</sup> vgl. KELLNER (1978), S.2.

<sup>283</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.231; vgl. SINOWATZ (1979a), S.6f.

<sup>284</sup> vgl. RIEDER (1973), S.10; vgl. SINOWATZ (1979a), S.8.

<sup>285</sup> vgl. RIEDER (1973), S.10; vgl. SINOWATZ (1979a), S.8; vgl. PELINKA, Peter (2000), S.158.

<sup>286</sup> vgl. PELINKA, Peter (2000), S.158.

Rückblickend betrachtet stellt die „Schulbuchaktion“ in jedem Fall eine große Errungenschaft in Österreichs Bildungslandschaft dar. Durch sie konnte nicht nur die optimale Ausstattung aller Schüler – selbst für Schülerminderheiten<sup>287</sup> – mit den in ihrer konkreten Situation benötigten Lehrwerken sichergestellt werden, sondern auch die Voraussetzungen für die enorme Qualitätssteigerung und die laufende Weiterentwicklung der österreichischen Schulbücher in den letzten Jahrzehnten geschaffen werden.<sup>288</sup> Der durch die „Schulbuchaktion“ ausgelöste Quantensprung in der inhaltlichen, methodisch-didaktischen und grafischen Entwicklung der österreichischen Lehrwerke bewirkte sogar recht ansehnliche Exporterfolge am deutschen Schulbuchmarkt.<sup>289</sup>

Für Fred Sinowatz war die „Schulbuchaktion“ vor allem aus pädagogischen Gründen nicht mehr wegzudenken; in rückblickenden Darstellungen wurde er nicht müde, ihre Impulse zur Weiterentwicklung der traditionellen Lehrwerke und zur Wiederherstellung der Methodenfreiheit zu betonen.<sup>290</sup> Durch die optimale Verknüpfung familien- und bildungspolitischer Zielsetzungen stellte die Aktion für ihn sowohl einen bedeutenden Beitrag zur Chancengleichheit als auch einen wesentlichen Schritt im Bereich der inneren Schulreform dar.<sup>291</sup>

### 3.1.2.3 Schulversuche zur Schulreform

Zweifelsohne eines der umfangreichsten bildungspolitischen Unterfangen in der österreichischen Schulgeschichte stellten die in den Jahren der sozialistischen Alleinregierungen initiierten Schulversuche zur Schulerneuerung dar, in dessen Folge eine beachtliche Anzahl wichtiger Reformen in Österreichs Bildungswesen verankert werden konnte.<sup>292</sup> Sinowatz selbst betrachtete das Schulversuchswerk und die dadurch eingeleitete Schulreform rückblickend stets

---

<sup>287</sup> Mit der „Schulbuchaktion“ wurde das Schulbuchangebot auch für jene Schülergruppen (z.B.: Sprach- oder Religionsminderheiten, Schüler an Sonderschulen für Behinderte, u.ä.) kräftig erweitert, für die eine groß angelegte Schulbuchproduktion zuvor wirtschaftlich zu riskant gewesen wäre. (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.61-63 und S.74.)

<sup>288</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.61; vgl. RIEDER (1973), S.10.

<sup>289</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1982), S.65.

<sup>290</sup> vgl. o.V.: Schulbuchaktion nicht mehr wegzudenken. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.7.

<sup>291</sup> vgl. SINOWATZ (1979a), S.5 und S.8.

<sup>292</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.236.



als einen der bedeutendsten schulpolitischen Fortschritte und dementsprechend als eines der wichtigsten Unterfangen seiner Amtszeit.<sup>293</sup>

Gesetzliche Grundlage dieser umfassenden pädagogischen Erneuerungsbewegung der siebziger Jahren bildete die auf Beratungen der Schulreformkommission fußende 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle<sup>294</sup>, mit dessen einstimmigen Beschluss am 8. Juni 1971 der Startschuss für die Einrichtung von Schulversuchen in nahezu allen Bereichen des Schulwesens erfolgte.<sup>295</sup> Mit dem Ziel der Erprobung neuer schulorganisatorischer Formen wurde bereits mit Beginn des darauffolgenden Schuljahres eine Reihe neuer Schulversuche gestartet und gemäß den gesetzlichen Bestimmungen auf ihre Übertragbarkeit auf das ganze Bundesgebiet erprobt.<sup>296</sup> Der Versuchsbereich erstreckte sich zunächst von der Vorschulerziehung über die Grundschule, die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, den Polytechnischen Lehrgang und die Oberstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schulen bis zu den Pädagogischen Akademien.<sup>297</sup> Nach entsprechendem Antrag der betreffenden Landesschulräte und der Genehmigung durch das Unterrichtsministerium war es ab dem Schuljahr 1971/72 in jedem dieser Bereiche möglich, Schulversuche durchzuführen und bis zum Ende des Schulversuchszeitraumes<sup>298</sup> auslaufend abzuschließen.<sup>299</sup> Aufgrund einer gesetzlich festgelegten Begrenzung des Versuchsumfanges konnten allerdings pro Schultyp nicht mehr als zehn Prozent der Schulen des jeweiligen Bundeslandes in die einzelnen Versuchsvorhaben miteinbezogen werden.<sup>300</sup>

Um die gesetzlich vorgeschriebene wissenschaftliche Kontrolle und Auswertung der Schulversuchsarbeit zu gewährleisten, ließ Fred Sinowatz Anfang 1972 das Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung einrichten, deren drei Abteilungen ab diesem Zeitpunkt die Planung, Begleitung und Evaluierung der

---

<sup>293</sup> vgl. o.V.: Minister Sinowatz zieht Zwischenbilanz. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.4; vgl. o.V.: Parlamentsbericht über Schulversuche veröffentlicht. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1980, S.7.

<sup>294</sup> BGBl. 1971 / Nr. 234.

<sup>295</sup> vgl. ROSENBERGER (1988), S.334; vgl. SCHNELL (1980), S.4; vgl. SCHNELL (1993), S.234; vgl. SINOWATZ (1982), S.3.

<sup>296</sup> vgl. SATZKE (1974), S.11, vgl. KRIECHBAUMER (2004), S.176; vgl. ROSENBERGER (1988), S.334.

<sup>297</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.235; vgl. SATZKE (1974), S.11.

<sup>298</sup> Zunächst war der Schulversuchszeitraum auf vier Jahre bis zum Schuljahr 1975/65 begrenzt. Durch weitere Schulunterrichtsgesetz-Novellierungen wurde der Zeitraum jedoch auf insgesamt zehn weitere Jahre verlängert. (vgl. BULANT (2002), S.43.)

<sup>299</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.235 und S.237; vgl. SINOWATZ (1976a), S.3.

<sup>300</sup> vgl. BULANT (2002), S.43; vgl. SCHNELL (1993), S.235.

Schulversuche in lebhaftem Austausch mit den Schulpartnern durchführten.<sup>301</sup> Während Abteilung I und Abteilung III für die Planung und Betreuung der Schulversuche zuständig waren, bestanden die Aufgaben der Abteilung II des Zentrums für Schulversuche und Schulentwicklung in der wissenschaftlichen Auswertung der Versuchstätigkeit und der Dokumentation der gewonnenen Erkenntnisse in Form regelmäßiger Arbeitsberichte.<sup>302</sup>

Die Kombination aus Behutsamkeit und Fortschritt, Erprobung und Kontrolle, die in der österreichischen Schulversuchstätigkeit großgeschrieben wurde, qualifizierte das Schulversuchswerk als wertvolle politische Entscheidungshilfe und wurde dementsprechend nicht nur von Fred Sinowatz, sondern auch international als beispielhaft erachtet.<sup>303</sup>

Bereits kurz nach ihrer Verabschiedung hatten die Bestimmungen der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle eine intensive Versuchs- und Entwicklungsarbeit eingeleitet; mit dem zunehmenden Vertrauen der Schulpartner in die Versuchsmodelle stieg die Anzahl der teilnehmenden Schulen allein im allgemeinbildenden Schulwesen in nur acht Jahren von 482 auf 3303 Versuchsschulen im Schuljahr 1979/80.<sup>304</sup> Auch international fand das Schulversuchsprogramm große Beachtung und Anerkennung, wie unter anderem durch die positive Beurteilung im OECD-Prüfbericht des österreichischen Schulsystems von 1979.<sup>305</sup>

Da bis zum ursprünglichen Ende des Schulversuchszeitraums zwischen den beiden Großparteien kein Konsens in den Verhandlungen über die Übertragung der Schulversuche in das Regelschulwesen erzielt werden konnte, wurde der Zeitraum für die Versuchstätigkeit mit der Verabschiedung der 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle<sup>306</sup> am 29. April 1975 auf vier weitere Jahre bis

---

<sup>301</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.237f; vgl. BULANT (2002), S.43; vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST, ZENTRUM FÜR SCHULVERSUCHE UND SCHULENTWICKLUNG (1981), S.5 und S.19; vgl. ACHS (1979b), S.21.

<sup>302</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.238; vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST, ZENTRUM FÜR SCHULVERSUCHE UND SCHULENTWICKLUNG (1981), S.3.

<sup>303</sup> vgl. SINOWATZ (1978a), S.16; vgl. ROSENBERGER (1988), S.336; vgl. SINOWATZ (1976a), S.3; vgl. SINOWATZ (1979c), S.5.

<sup>304</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2004), S.176; vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST, ZENTRUM FÜR SCHULVERSUCHE UND SCHULENTWICKLUNG (1981), S.21; vgl. SCHNELL (1993), S.237.

<sup>305</sup> vgl. FISCHER (1993), S.129; vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST (1979), S.50.

<sup>306</sup> BGBl. 1975 / Nr. 323.

zum Schuljahr 1979/80 verlängert.<sup>307</sup> In einem weiteren Schritt wurde überdies der Schulversuchsbereich ausgeweitet und auch eine gesetzliche Grundlage zur Führung von Schulversuchen in Sonderschulen und im berufsbildenden Schulwesen geschaffen.<sup>308</sup> Nachdem die Zustimmung zur Verlängerung der Schulversuchsarbeit innerhalb der ÖVP bis zuletzt äußerst ungewiss war, war die letztliche Verabschiedung der Novelle vor allem Fred Sinowatz zu verdanken, der sich in unzähligen Verhandlungsrunden mit – wie er selbst betonte – aller Vehemenz für die Fortführung der Schulversuche eingesetzt hatte.<sup>309</sup> Gemäß seinem erklärten Ziel, die positiven Ergebnisse der Schulversuche im Sinne einer konsequenten und kontrollierten Neugestaltung in das Regelschulwesen zu überführen, hoffte Sinowatz, dass die Erkenntnisse der Versuchsarbeit bis zum neuerlichen Auslaufen des Schulversuchszeitraumes genügen würden, um in den parlamentarischen Verhandlungen einen Konsens bezüglich der Übertragung der Versuchsmodelle in den Regelunterricht zu erzielen.<sup>310</sup>

Als er Ende der siebziger Jahre jedoch voraussah, dass die Zeit trotz der schon fast zehn Jahre währenden Schulversuchstätigkeit bis Ende des Schuljahres 1979/80 nicht ausreichen würde, um die Zustimmung der ÖVP für eine generelle Übertragung der Schulversuche in das Regelschulwesen zu gewinnen, entschied sich Fred Sinowatz für die Verfolgung eines Zweistufenplanes.<sup>311</sup> So bemühte er sich sowohl um einen sofortigen Einbau jener Schulversuche in das Regelschulwesen, über deren Erfolg ein weitgehender bildungspolitischer Konsens bestand, als auch um eine weitere Verlängerung der übrigen Schulversuchen, um Zeit für weitere Verhandlungen zu gewinnen und so in einer zweiten Phase zur Überwindung der gegensätzlichen bildungspolitischen Standpunkte zu gelangen.<sup>312</sup>

Entsprechend diesem Vorhaben legte Sinowatz im Juni 1979 den Regierungsentwurf zu einer 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle<sup>313</sup> vor, welcher

---

<sup>307</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.235; vgl. FISCHER (1993), S.131; vgl. SCHNELL (1975a), S.10.

<sup>308</sup> vgl. SCHNELL (1975a), S.9f; vgl. SCHNELL (1993), S.235.

<sup>309</sup> vgl. FISCHER (1993), S.131; vgl. SCHNELL (1993), S.265; vgl. o.V.: Das „Schulversuchswerk“. Interview mit Minister Sinowatz über Schulpolitik, Gesamtschule und regionale Schulentwicklung. In: *Schulheft*, 3/1978, S.8.

<sup>310</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.271; vgl. SINOWATZ (1975b), S.4; vgl. SINOWATZ (1979b), S.3.

<sup>311</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.271f.

<sup>312</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.271f.

<sup>313</sup> BGBl. 1980 / Nr.142.

neben einer Verlängerung des Schulversuchszeitraumes um weitere zwei Jahre die Überführung der Schulversuche „Differenzierter Polytechnischer Lehrgang“ und „Fremdsprachliche Vorschulung in der Volksschule“ in das Regelschulwesen enthielt.<sup>314</sup> Nach intensiven Parteienverhandlungen konnte über alle Punkte des Gesetzesentwurfs – ausgenommen der Übernahme des Schulversuchs „Fremdsprachliche Vorschulung in der Volksschule“, welcher auf Verlangen der ÖVP ausgeklammert wurde – eine Einigung erzielt werden, sodass die 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle am 20. März 1980 einstimmig im Nationalrat beschlossen werden konnte.<sup>315</sup>

In seinen Bemühungen um einen Konsens in der Frage der Übertragung der übrigen Schulversuche in das Regelschulwesen war Fred Sinowatz allerdings nur bedingt erfolgreich. Speziell bei dem zentralen Konfliktpunkt in den Verhandlungen zur Schulreform, i.e. der Übernahme des Schulversuchs zur Integrierten Gesamtschule, gelang es dem Unterrichtsminister trotz unermüdlicher Verhandlungsbereitschaft nicht, den großen ideologischen Gegensatz zwischen SPÖ und ÖVP zu überwinden.<sup>316</sup>

Während die Einführung einer gemeinsamen Schule für Zehn- bis Vierzehnjährigen innerhalb der Volkspartei aufgrund der befürchteten Nivellierung des Bildungsniveaus und der Einschränkung der Wahlfreiheit mehrheitlich entschieden abgelehnt wurde, hatte die Überzeugung von der Notwendigkeit der Gesamtschule in der SPÖ eine lange Tradition. Die Forderung nach einer gemeinsamen Schule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen wurde nicht erst im Schulprogramm von 1969 erhoben, sondern findet sich bereits im sogenannten Linzer Programm von 1926.<sup>317</sup> Einer der glühendsten Verfechter des Abbaus der vertikalen Zweiteilung in Hauptschule und Unterstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schule war Fred Sinowatz, der in jahrelangen „diplomatischen“ Bemühungen keine Gelegenheit versäumte, sich für eine Realisierung des – wie er meinte – wichtigsten bildungspolitischen Ziels der Sozialdemokraten stark zu machen.<sup>318</sup> Spätestens nach der Veröffentlichung der positiven Ergebnisse der Evaluation des Schulversuchs „Integrierte

---

<sup>314</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.273; vgl. IRSCHIK; ACHS (1979), S.16.

<sup>315</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.272 und S.275; vgl. FISCHER (1993), S. 132.

<sup>316</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.279.

<sup>317</sup> vgl. GRATZENBERGER (1973), S.9f; vgl. ROSENBERGER (1988) S.333f; vgl. BULANT (2002), S.33f.

<sup>318</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.303.

Gesamtschule<sup>319</sup>, die den Leiter der wissenschaftlichen Begleituntersuchungen, Gottfried Petri, zu der Erklärung veranlassten, dass eine bundesweite Einführung der Gesamtschule möglich und vertretbar sei, war Sinowatz von der pädagogischen Überlegenheit der gemeinsamen Schule für Zehn- bis Vierzehnjährigen gegenüber des bestehenden zweigeteilten Systems überzeugt:<sup>320</sup> „[Die] bisherigen Ergebnisse sind [...] so eindeutig, dass man sagen kann, dass [...] Chancengleichheit, soziale Integration und individuelle Förderung des Einzelnen durch die Gesamtschule am ehesten gewährleistet scheint.“<sup>321</sup> Die wissenschaftlich nachgewiesenen Vorzüge des Schulmodells – vor allem die stärkere Rücksicht auf individuelle Begabungen und Leistungsfähigkeit der Schüler sowie die größere Bildungschancengleichheit<sup>322</sup> – waren für Sinowatz Ende der siebziger Jahre Grund genug, die politische Weichenstellung für die Umsetzung der Gesamtschule zu forcieren. So meinte er in einem Interview im Juli 1978: „Die allgemeine Einführung der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ist die jetzt fällige Entscheidung.“<sup>323</sup>

Nachdem allerdings bereits die Parteienverhandlungen über die Fortführung der Schulversuche Mitte der siebziger Jahre heftige Kontroversen über das Für und Wider der Einführung einer gemeinsamen Schule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen entfacht hatte, erreichte die bildungspolitische Auseinandersetzung über die Gesamtschule mit der Veröffentlichung der Schulversuchsergebnisse sowie der zunehmenden medialen Berichterstattung gegen Ende des Jahrzehnts ihren Höhepunkt.<sup>324</sup> Zwar gelang es SPÖ und ÖVP anlässlich der Verabschiedung der 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu verfassen, in dem auf die positiven Ergebnisse des Schulversuchs zur Integrierten Gesamtschule hingewiesen wurde; die Kernsätze des Antrages – „Damit kann die Schulversuchsphase als abgeschlossen gelten. Die Ergebnisse bilden eine geeignete Grundlage für eine politische Entscheidung bei der Übertragung der Schulversuche in das

---

<sup>319</sup> vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST, ZENTRUM FÜR SCHULVERSUCHE UND SCHULENTWICKLUNG, ABTEILUNG II (1979).

<sup>320</sup> vgl. ACHS (1979b), S.21.

<sup>321</sup> o.V.: Das „Schulversuchswerk“. Interview mit Minister Sinowatz über Schulpolitik, Gesamtschule und regionale Schulentwicklung. In: *Schulheft*, 3/1978, S.8.

<sup>322</sup> vgl. ACHS (1979b), S.21f; vgl. ACHS (1979a), S.11f.

<sup>323</sup> Sinowatz, in KELLER (1978), S.2.

<sup>324</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.260, S.271 und S.285

Regelschulwesen<sup>325</sup> – führten jedoch sofort wieder zu großen Meinungsverschiedenheiten.<sup>326</sup> Während nämlich die SPÖ diese Feststellung zum Anlass nahm, einen Parlamentsantrag auf Einführung der „Neuen Mittelschule“ als gemeinsame Schule aller Zehn- bis Vierzehnjährigen zu stellen, legitimierte die ÖVP mit dem Entschließungsantrag ihre Forderung nach einer grundlegenden Hauptschulreform.<sup>327</sup> In einem dementsprechenden Antrag im Nationalrat forderten die Abgeordneten der ÖVP mit der Einrichtung einer leistungsdifferenzierten Hauptschule zwar ebenfalls eine Umsetzung der Schulversuchsergebnisse, allerdings lediglich im Bereich der Hauptschulen.<sup>328</sup> So lagen Mitte 1980 im Parlament zwei Initiativanträge vor, die sich zwar auf denselben Entschließungsantrag beriefen, deren Zielsetzungen aber unterschiedlicher nicht hätten sein können.<sup>329</sup> Die parlamentarischen Verhandlungen zu einer weiteren Schulorganisationsgesetz-Novelle erwiesen sich vor diesem Hintergrund als äußerst schwierig und schon bald war Fred Sinowatz klar, dass trotz aller Bemühungen eine Verwirklichung der „Neuen Mittelschule“ ob des heftigen Widerstands der ÖVP vorerst nicht machbar sein würde.<sup>330</sup> Obwohl er nach wie vor von den Vorzügen einer gemeinsamen Schule für Zehn- bis Vierzehnjährige überzeugt war, sah er sich deshalb gezwungen, seine persönliche Auffassung zurückzustellen, um mit einer Kompromisslösung zumindest eine schrittweise Verbesserung des Bildungswesens zu ermöglichen.<sup>331</sup> Nachdem lange Zeit fraglich schien, ob die ÖVP überhaupt einem Kompromiss zustimmen würde, konnte mit der Beschlussfassung der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle<sup>332</sup> am 30. Juni 1982 zumindest ein Teil der Schulversuchsergebnisse in das Regelschulwesen übernommen werden.<sup>333</sup> Neben der Überführung einer Reihe von Schulversuchen in das Regelschulwesen – darunter jene zur Einrichtung von Vorschulklassen, zur Verankerung des Fremdsprachenunterrichts sowie der Verkehrserziehung als verbindliche Übungen in der Grundschule, zur Einführung von

---

<sup>325</sup> SCHNELL (1993), S.274.

<sup>326</sup> vgl. FISCHER (1993), S.132; vgl. SCHNELL (1993), S.274.

<sup>327</sup> vgl. FISCHER (1993), S.132; vgl. SCHNELL (1993), S.274 und S.279; vgl. SCHNELL (1980), S.4.

<sup>328</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.273 und S.279; vgl. SINOWATZ (1980), S.3.

<sup>329</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.279.

<sup>330</sup> vgl. SINOWATZ (1982), S.4.

<sup>331</sup> vgl. SINOWATZ (1982), S.4.

<sup>332</sup> BGBl. 1982 / Nr. 365.

<sup>333</sup> vgl. ACHS (1982), S.8.

Leistungsgruppen an den Berufsschulen sowie zur Einrichtung von Speziallehrgängen und Kollegs an Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen – konnten die sozialistischen Bildungspolitiker mit der Abschaffung der Aufnahmeprüfung in die Allgemeinbildenden Höheren Schulen und der vollständigen Angleichung des Hauptschullehrplans an jenen der Unterstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schulen auch im Mittelschulbereich einen kleinen Erfolg verbuchen.<sup>334</sup> Kern der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle stellte allerdings die von der ÖVP forcierte Hauptschulreform dar, mit der die Differenzierung nach separaten Klassenzügen aufgehoben und durch das, in den Schulversuchen zur Integrierten Gesamtschule erprobte Modell einer Leistungsdifferenzierung in den drei Hauptfächern Deutsch, Englisch und Mathematik ersetzt wurde.<sup>335</sup> Weiters räumte der Gesetzesbeschluss die Möglichkeit ein, zur Entwicklung neuer Lehrplaninhalte sowie zur Verbesserung didaktischer und methodischer Arbeitsformen Schulversuche zur „Inneren Schulreform“ durchzuführen.<sup>336</sup>

Trotz Enttäuschung über das Scheitern der Einführung der Gesamtschule sah Fred Sinowatz in der 7. Novelle einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des österreichischen Schulwesens.<sup>337</sup> Insbesondere in Anbetracht der erschwerenden Verfassungsumstände im schulischen Bereich maß er der Kompromisslösung große Bedeutung für die Neugestaltung der Bildungslandschaft zu.<sup>338</sup> So meinte er in einem Interview: „Es ist in Österreich nicht möglich, ein großes Konzept der Schulpolitik von heute auf morgen zu realisieren, sondern nur schrittweise in immerwährenden Bemühungen.“<sup>339</sup> Auf Vorwürfe, er hätte sich zu wenig energisch für eine Gesamtschullösung eingesetzt, entgegnete Sinowatz, dass ihm unter den gegebenen Umständen ein kleiner Reformschritt lieber sei, als zur Gänze auf die Weiterentwicklung des österreichischen Schulwesens zu verzichten.<sup>340</sup> Er war jedoch auch weiterhin

---

<sup>334</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.295f; vgl. SCHNELL (1981), S.4f; vgl. ACHS (1982), S.8-10.

<sup>335</sup> vgl. BULANT (2002), S.44; vgl. ACHS (1982), S.9; vgl. SCHNELL (1993), S.295.

<sup>336</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.297; vgl. ACHS (1982), S.10.

<sup>337</sup> vgl. SINOWATZ (1982), S.4.

<sup>338</sup> vgl. SINOWATZ (1982), S.4; vgl. o.V.: Sinowatz: Bin ein ehrlicher Makler. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1982, S.5.

<sup>339</sup> o.V.: Sinowatz: Bin ein ehrlicher Makler. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1982, S.5.

<sup>340</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.298f; vgl. SCHNELL (1981), S.4; vgl. SINOWATZ (1982), S.4.

davon überzeugt, „dass eine gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen nicht aufzuhalten sein [werde].“<sup>341</sup>.

Rückblickend stellten die Schulversuche zur Schulreform für Sinowatz in mehrerer Hinsicht eine große Errungenschaft dar. Neben dem Impuls für eine Verstärkung des Problembewusstseins für schulische Missstände und Fehlentwicklungen und für den Abbau von Misstrauen und Missverständnissen bei den unmittelbar an den Versuchen Beteiligten war für Sinowatz vor allem der durch die Schulversuchsarbeit initiierte geistige Anregungsprozess von entscheidender Bedeutung.<sup>342</sup> So meinte er: „Im Grunde genommen ist diese Mobilisierung der geistigen Bereitschaft in der Schule [...] das vielleicht Bedeutsamste.“<sup>343</sup>.

#### 3.1.2.4 Demokratisierung der Schule

Eine weitere bedeutende Errungenschaft der Amtszeit von Fred Sinowatz stellt die erstmalige gesetzliche Verankerung der „Schulpartnerschaft“ sowie der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte aller an der Schulgemeinschaft Beteiligten im Rahmen des Schulunterrichtsgesetzes dar, welche als erster wesentlicher Anstoß zur Demokratisierung des Schulwesens in die österreichische Schulgeschichte einging.<sup>344</sup>

Seit Beginn der Zweiten Republik war sowohl in der Lehrerbildung als auch in der pädagogischen Literatur immer wieder ein stärker nach partnerschaftlichem Muster gestaltetes Schulwesen gefordert worden; im schulischen Alltag war allerdings von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern zunächst lange Zeit kaum etwas zu spüren.<sup>345</sup> Erst mit der Verabschiedung des mehr als zehn Jahre lang diskutierten und in drei Entwürfen sorgfältig vorbereiteten Schulunterrichtsgesetzes<sup>346</sup> am 6. Februar 1974 schlug sich der Gedanke der Schulgemeinschaft mit Mitspracherechten

---

<sup>341</sup> SINOWATZ (1982), S.4.

<sup>342</sup> vgl. o.V.: Das „Schulversuchswerk“. Interview mit Minister Sinowatz über Schulpolitik, Gesamtschule und regionale Schulentwicklung. In: *Schulheft*, 3/1978, S.7f; vgl. o.V.: Minister Sinowatz: Taus ist keine Alternative. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1979, S.4.

<sup>343</sup> o.V.: Minister Sinowatz zieht Zwischenbilanz. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.6.

<sup>344</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.260; vgl. SCHNELL (1973), S.3; vgl. FISCHER (1993), S.130; vgl. HAWLICEK (2004), S.109.

<sup>345</sup> vgl. o.V.: Sinowatz: Ziel – Gemeinsame Schule. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1978, S.7; vgl. SCHNELL (1993), S.264.

<sup>346</sup> BGBl. 1974 / Nr. 139.



aller Beteiligten auch in der Gesetzgebung nieder.<sup>347</sup> Kernpunkte des Schulunterrichtsgesetzes – mit welchem erstmals seit der Monarchie der gesamte innere Schulbereich auf eine rechtliche Grundlage gestellt wurde<sup>348</sup> – und bis zuletzt Gegenstand intensiver Verhandlungen waren speziell jene Abschnitte, in denen die rechtlichen Rahmenbedingungen der „Schulpartnerschaft“ und der Schülermitbestimmung festgeschrieben sind.<sup>349</sup>

Als zentrales Organ zur Förderung und Festigung der Schulgemeinschaft wurde letztendlich der Schulgemeinschaftsausschuss festgelegt, welcher mit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. September 1974 an allen weiterführenden Schulen, i.e. Polytechnischen Lehrgängen, Berufsschulen, sowie Mittleren und Höheren Schulen ab der neunten Schulstufe, eingerichtet werden musste.<sup>350</sup> Die Mitglieder dieses Gremiums setzen sich drittelparitätisch aus je drei Lehrervertretern, Schülervertretern und Elternvertretern zusammen, wobei dem Schulleiter die Funktion des Ausschussvorsitzenden – allerdings ohne Stimmrecht – zukommt.<sup>351</sup> Neben Beratung und Beschlussfassung über wichtige Fragen der Erziehung und des Unterrichts obliegt dem Schulgemeinschaftsausschuss vor allem auch die Festlegung der konkreten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Schüler.<sup>352</sup> Laut Gesetz steht den Schülern ein grundsätzliches Mitverwaltungsrecht in Form der Mitgestaltung des Schullebens sowie der Vertretung ihrer Interessen zu, wobei Letzteres sowohl Mitwirkungsrechte bei der Vorbereitung von Entscheidungen<sup>353</sup> als auch Mitbestimmungsrechte, also das Recht unmittelbar an Entscheidungsfällungen<sup>354</sup> mitzuwirken, umfasst.<sup>355</sup> Zur Vertretung ihrer Interessen können Schüler ab der neunten Schulstufe sogenannte Schülervertreter, i.e. Klassensprecher, Abteilungssprecher und Schulsprecher,

---

<sup>347</sup> vgl. IRSCHIK (1974b), S.3.

<sup>348</sup> Von Sinowatz wurde das Schulunterrichtsgesetz deshalb auch als „Jahrhundertgesetz“ bezeichnet. (vgl. SINOWATZ (1975b), S.5.)

<sup>349</sup> vgl. RETTINGER (1974), S.7; vgl. HAWLICEK (2004), S.109; vgl. SINOWATZ (1975b), S.4.

<sup>350</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.264; vgl. RETTINGER (1974), S.7; vgl. SCHULSERVICE, BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT (1987), S.2.

<sup>351</sup> vgl. RETTINGER (1974), S.7; vgl. SCHULSERVICE, BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT (1987), S.2; vgl. IRSCHIK (1974b), S.4.

<sup>352</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.264; vgl. RETTINGER (1974), S.7.

<sup>353</sup> etwa durch das Recht auf Anhörung, auf Information, auf Abgabe von Vorschlägen, auf Teilnahme an einzelnen Punkten von Lehrerkonferenzen, etc. (vgl. RETTINGER (1974), S.7.)

<sup>354</sup> etwa bei der Hausordnung, der Versetzung, oder der Antragstellung auf Ausschluss eines Schülers. (vgl. RETTINGER (1974), S.7.)

<sup>355</sup> vgl. RETTINGER (1974), S.7; vgl. NOWOTNY (1972), S.10.

bestellen. Diese werden am Beginn eines jeden Unterrichtsjahres in einer freien, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl unter Aufsicht des Klassenvorstands respektive des Abteilungsleiters oder des Schulleiters ermittelt.<sup>356</sup> Einer besonderen Bestätigung, etwa durch den Schulleiter oder ähnliche Personen bedürfen die Schülervereine dabei nicht.<sup>357</sup>

Bildungspolitischer Grundgedanke des Unterrichtsministeriums hinter der Institutionalisierung der schulischen Zusammenarbeit und der Schülermitverwaltung war es, im Sinne der Gemeinschafts- und Demokratieerziehung ein Modell schulischer Kooperation zu verwirklichen, das den modernen Vorstellungen einer demokratischen Schule in einer demokratischen Gesellschaft entspricht.<sup>358</sup> Abgesehen von einer Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses der Schule erwartete man sich von der gesetzlichen Verankerung des Prinzips der „Schulpartnerschaft“ auch einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiet der Persönlichkeitsentwicklung und der politischen Bildung.<sup>359</sup> Man hoffte, dass die Schüler angesichts ihrer neuen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ihre bis dato eher passive Einstellung dem Schulgeschehen gegenüber ablegen und zu aktiven und mündigen Mitgestaltern des Schullebens heranreifen würden.<sup>360</sup> Am Tag der Verabschiedung des Schulunterrichtsgesetzes meinte Sinowatz deshalb: „Schülermitverwaltung ist kein Geschenk an die Schüler, sondern bringt die Last der Mitverantwortung [...] [Vor uns liegt] jetzt eine arbeitsreiche Realisierungsphase [...] unter gesteigerter Anteilnahme aller Beteiligten.“<sup>361</sup> Da ihm jedoch durchaus bewusst war, dass gesetzliche Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Gestaltung der Schulgemeinschaft allein nicht ausreichen und eine gelebte „Schulpartnerschaft“, wie sie der Gesetzesentwurf vorsieht, vor allem einen Lern- und Bewusstseinsbildungsprozess bei allen Beteiligten voraussetzt, hielt er im Bundesministerium ab Herbst 1976 sogenannte „Schulgemeinschaftsgespräche“ ab, bei denen den teilnehmenden

---

<sup>356</sup> vgl. RETTINGER (1974), S.7; vgl. NOWOTNY (1972), S.9f.

<sup>357</sup> vgl. NOWOTNY (1972), S.10; vgl. RETTINGER (1974), S.7.

<sup>358</sup> vgl. RETTINGER (1974), S.7; vgl. NOWOTNY (1972), S.9f.

<sup>359</sup> vgl. IRSCHIK (1974b), S.4; vgl. RETTINGER (1974), S.7.

<sup>360</sup> vgl. NOWOTNY (1972), S.9.

<sup>361</sup> Sinowatz, in RETTINGER (1974), S.8.

Schulpartnern konkrete Anregungen und Handreichungen für die Tätigkeit der Schulgemeinschaftsausschüsse gegeben wurden.<sup>362</sup>

In Ergänzung zu den Bestimmungen des Schulunterrichtsgesetzes wurde am 20. Jänner 1981 das so genannte Schülervertretungsgesetz<sup>363</sup> beschlossen, welches durch die gesetzliche Einrichtung von Schülerbeiräten bei den Schulbehörden erstmals eine rechtliche Grundlage für die überschulische Vertretung der Schülerinteressen auf Landes- und Bundesebene schuf.<sup>364</sup>

Die rechtliche Verankerung der überschulischen Schülervertretung war zu diesem Zeitpunkt von Schülervetretern und Jugendgruppen der politischen Parteien bereits seit längerer Zeit gefordert worden, vor allem, nachdem Fred Sinowatz schon im Jahr 1971 erstmals einen Bundesschülerbeirat im Unterrichtsministerium einberufen hatte und in den Folgejahren auch bei allen Landesschulräten Schülerbeiräte eingerichtet worden waren.<sup>365</sup> Nach einer fast zehnjährigen realpolitischen Bewährung des inoffiziellen „Pilotversuchs“ brachte das Schülervertretungsgesetz den Schülern nun erstmals auch einen gesetzlich Anspruch auf überregionale Schülerbeiräte mit der Möglichkeit, ihre Standpunkte zu vertreten, Anliegen und Beschwerden vorzubringen sowie Informationen einzufordern.<sup>366</sup> Abgesehen davon, dass die Schülerbeiräte mit Inkrafttreten des Gesetzes nicht mehr vom Wohlwollen der Schulbehörden abhängig waren, stand ihnen nun auch ein verbrieftes Beratungsrecht<sup>367</sup> sowie das Recht auf die persönliche Wahl ihrer Vertreter zu.<sup>368</sup>

Laut den gesetzlichen Bestimmungen können jährlich gegen Ende des Schuljahres aus allen Schulsprechern und deren Stellvertretern der weiterführenden Schulen je 12 bis 30 Vertreter in die Landesschülerbeiräte gewählt werden, wobei die Zusammensetzung der Mitglieder drittelparitätisch aus den Bereichen Allgemeinbildende Höhere Schulen, Berufsbildende Mittlere

---

<sup>362</sup> vgl. SINOWATZ (1979C), S.6; vgl. o.V.: Schulgemeinschaftsausschuß auf Bundesebene. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1976, S.8.

<sup>363</sup> BGBl. 1981 / Nr. 56

<sup>364</sup> vgl. ACHS (1981), S.6; vgl. NOWOTNY (1972), S.10.

<sup>365</sup> vgl. IRSCHIK; ACHS (1979), S.16; vgl. ACHS (1981), S.6; vgl. SCHNELL (1993), S.276f; vgl. NOWOTNY (1972), S.10.

<sup>366</sup> vgl. ACHS (1981), S.6.

<sup>367</sup> u.a. in grundsätzlichen Fragen des Unterrichts und der Erziehung, bei Gesetzen und Verordnungen, bei Bau und Ausstattung von Schulen. (vgl. ACHS (1981), S.6)

<sup>368</sup> vgl. ACHS (1981), S.6.

und Höhere Schulen sowie Berufsschulen erfolgt.<sup>369</sup> Jene drei Schulsprecher aus den obengenannten Bereichen, die die meisten Wahlstimmen auf sich vereinigen können, werden ferner auch als Landesschulsprecher in den Bundesschülerbeirat entsandt, der insgesamt aus 30 Mitgliedern<sup>370</sup> besteht.<sup>371</sup>

Für Unterrichtsminister Fred Sinowatz bedeutete die legislative Verankerung der überschulischen Schülervertretung nicht nur einen wesentlichen demokratiepolitischen Fortschritt, sondern vor allem auch die Erfüllung eines wichtigen pädagogischen Auftrags.<sup>372</sup> In einem Interview meinte er dazu: „Es gibt eigentlich keinen schulischen Bereich, der nicht in diesen Beiräten zur Diskussion gestellt werden könnte und wo nicht eine Antwort verlangt werden kann. Die Schüler haben hier die Möglichkeit der Einübung in die demokratischen Spielregeln unseres Landes.“<sup>373</sup>

Obwohl Sinowatz einräumte, mit den gesetzlichen Regelungen zur Schülermitverwaltung noch nicht das Optimum gefunden zu haben, bedeutete die gesetzliche Verankerung des partnerschaftlichen Prinzips sowohl auf schulischer als auch auf überschulischer Ebene für ihn einen historischen Augenblick auf dem Weg zu einer Demokratisierung der Schule.<sup>374</sup>

### 3.1.2.5 Grundsatz erlass „Politische Bildung“

Ein besonderes bildungspolitisches Anliegen von Fred Sinowatz war eine grundlegende Neugestaltung der politischen Bildung an den österreichischen Schulen. Nicht zuletzt auch aufgrund seines biographischen und beruflichen Hintergrundes war Sinowatz überzeugt, dass es für das Fortbestehen der österreichischen Demokratie unentbehrlich sei, den Schülern im Rahmen der politischen Bildung nicht nur grundlegende Einblicke in das Wesen einer demokratischen Gesellschaft zu vermitteln, sondern darüber hinaus auch zu politisch mündigen Staatsbürgern zu erziehen, die kritische

---

<sup>369</sup> vgl. SCHULSERVICE, BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT (1987), S.25; vgl. ACHS (1981), S.6.

<sup>370</sup> Zusätzlich zu den 27 Landesschulsprechern gehören dem Bundesschülerbeirat auch drei Vertreter aus dem Bereich der Zentrallehranstalten, i.e. Schulen die dem Unterrichtsministerium unterstehen, an. (vgl. SCHULSERVICE, BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT (1987), S.25; vgl. ACHS (1981), S.6.)

<sup>371</sup> vgl. SCHULSERVICE, BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT (1987), S.25; vgl. ACHS (1981), S.6.

<sup>372</sup> vgl. ACHS (1981), S.6.

<sup>373</sup> ACHS (1981), S.6.

<sup>374</sup> vgl. RETTINGER (1974), S.8.

Auseinandersetzungen mit politischen Überzeugungen und Inhalten nicht scheuen.<sup>375</sup>

Sein Ziel war eine politische Erziehungsarbeit, mit deren Hilfe in nachwachsenden Generationen das Bewusstsein für die demokratische Ordnung geschärft sowie der Wille geweckt wird, diese Ordnung nicht nur weiter zu festigen, sondern auch weiterzuentwickeln.<sup>376</sup>

Mit der Einrichtung einer Abteilung "Politische Bildung" im Unterrichtsministerium Anfang 1973 gab Sinowatz deshalb bereits früh den Anstoß zur Entwicklung einer Neukonzeption der politischen Erziehung, obzwar seine Bemühungen zunächst noch nicht von Erfolg gekrönt waren<sup>377, 378</sup>.

Wenngleich nämlich in der Politik zu Beginn der siebziger Jahre ein genereller Konsens bestand, dass die in der Ersten Republik etablierte Staatsbürgerkunde den zeitgemäßen pädagogischen und gesellschaftlichen Ansprüchen nicht mehr entsprach, gingen die (partei-)politischen Vorstellungen über die Inhalte einer politischen Erziehung in der Schule jedoch ebenso weit auseinander wie die Ansichten darüber, in welcher Form – ob als Pflichtgegenstand, Freigegegenstand oder Unterrichtsprinzip – politische Bildung im Schulwesen verankert werden sollte.<sup>379</sup> Darüber hinaus war auf vielen Seiten die Befürchtung groß, dass es durch den Ausbau von politischer Bildung in der Schule zu parteipolitischer Einflussnahme kommen würde.<sup>380</sup>

Dass es letztendlich dennoch gelang, die Frage der politischen Bildung aus dem Parteienstreit herauszulösen, ist vor allem Fred Sinowatz und seinem nachdrücklichen Bemühen um ein politisches Einvernehmen aller Beteiligten zu verdanken.<sup>381</sup> Nach zweijährigen intensiven Verhandlungen und Beratungen konnte so 1977 in dem von ihm initiierten Expertenkomitee, dem sowohl Vertreter aller parlamentarischen Fraktionen als auch Pädagogen, Politologen,

---

<sup>375</sup> vgl. SINOWATZ (1978b), S.5.

<sup>376</sup> vgl. SINOWATZ (1978b), S.5.

<sup>377</sup> Der im Zusammenhang mit der 5. Novellierung des Schulorganisationsgesetzes gestellte Antrag des Bundesministeriums auf Einführung eines Unterrichtsgegenstandes „Politische Bildung“ im Polytechnischen Lehrgang, in den achten Klassen der Allgemeinbildenden Höheren Schulen sowie berufsbildenden Schulen wurde 1975 zurückgestellt. (vgl. RETTINGER (1978), S.6.)

<sup>378</sup> vgl. RETTINGER (1978), S.6.

<sup>379</sup> vgl. FISCHER (1993), S.134; vgl. RETTINGER (1978), S.6.

<sup>380</sup> vgl. FISCHER (1993), S.134.

<sup>381</sup> vgl. FISCHER (1993), S.134.

Historiker, Lehrer und Schulaufsichtsbeamte angehörten, schließlich eine Einigung erzielt werden.<sup>382</sup>

Das Ergebnis dieses Einigungsprozesses war der mit 1. September 1978 in Kraft getretene Grundsatzерlass zur „Politischen Bildung“<sup>383</sup>, mit dem politische Erziehungsarbeit in den Schulen in Form eines grundlegenden Unterrichtsprinzips verankert wurde, welches in allen Unterrichtsgegenständen zum Tragen kommen sollte.<sup>384</sup> Entsprechend dem Grundanliegen des Erlasses – i.e. einer „Politisierung“ der Schule im Sinne des Abkommens von einer gefährlichen Abstinenzhaltung hin zur Ausformung eines kritischen Politikbewusstseins und einem Engagement für demokratische Werte<sup>385</sup> – sollte politische Bildung auf drei Ebenen erfolgen: der Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, der Vermittlung von Fähigkeiten und Einsichten sowie der Weckung von Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln.<sup>386</sup>

Um die Lehrer bei der unterrichtspraktischen Umsetzung des Unterrichtsprinzips zu unterstützen, ließ Sinowatz parallel zur Ausarbeitung des Grundsatzерlasses in Lehrer-Arbeitsgruppen für alle Schulbereiche, Klassen und Gegenstände konkrete Unterrichtsmodelle entwickeln, mit der zusätzlichen Vorgabe diese Handreichungen laufend zu ergänzen.<sup>387</sup> Als Begleitmaßnahme wurde ferner das Angebot an Lehrerfortbildungsveranstaltungen im Bereich der politischen Bildung stark ausgebaut.<sup>388</sup>

### 3.1.2.6 Weitere bildungspolitische Maßnahmen

Zu weiteren wichtigen Maßnahmen, die Fred Sinowatz als Unterrichtminister zu Wege brachte, zählte unter anderem die Aufhebung der Bestimmungen über die Geschlechtertrennung und damit die flächendeckende Einführung der Koedukation – i.e. der gemeinsamen Ausbildung von Jungen und Mädchen – im österreichischen Schulwesen.<sup>389</sup> Nachdem sie in vielen Schulen aus organisatorischen Gründen bereits fester Bestandteil der Schulwirklichkeit

---

<sup>382</sup> vgl. RETTINGER (1978), S.6; vgl. SCHNELL (1993), S.276.

<sup>383</sup> MVBl. 1978 / Nr. 113

<sup>384</sup> vgl. SINOWATZ (1979c), S.5; vgl. SCHNELL (1993), S.276.

<sup>385</sup> vgl. SINOWATZ (1978b), S.5.

<sup>386</sup> vgl. o.V.: Grundsatzерlaß: Politische Bildung in den Schulen. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1978, S.11f.

<sup>387</sup> vgl. SINOWATZ (1979c), S.5; vgl. RETTINGER (1978), S.6.

<sup>388</sup> vgl. RETTINGER (1978), S.6.

<sup>389</sup> vgl. FISCHER (1993), S. 131; vgl. SINOWATZ (1982), S.3.

geworden war, wurde die koedukative Erziehung mit der Verabschiedung der 5. Schulorganisationgesetz-Novelle im Jahr 1975 auch rechtlich als Grundsatz verankert.<sup>390</sup> Mit der legislativen Festschreibung der Koedukation im gesamten Schulwesen wurde nicht nur eine weitere wesentliche programmatische Forderungen der Sozialdemokratischen Partei verwirklicht, sondern auch ein Schlusspunkt unter eine mehr als 30 Jahre anhaltende politische Auseinandersetzung über die Geschlechtertrennung gesetzt, die 1962 beinahe zum Scheitern des großen Schulgesetzpaketes geführt hätte.<sup>391</sup>

Ebenso zu den bildungspolitischen Errungenschaften aus Sinowatz' Amtszeit zählt die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen.<sup>392</sup> Zwei Jahre, nachdem die Herabsetzung der Klassenschülerzahlen zur Verbesserung der pädagogischen Situation in den Schulen in einem gemeinsamen Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP als klares Ziel für die nächste Gesetzgebungsperiode festgelegt wurde, trat mit der Verabschiedung der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle eine wesentliche Verbesserung der Klassenschülerhöchstzahlen im Bereich der Pflichtschulen ein.<sup>393</sup> So galt ab dem Schuljahr 1985/86 anstelle der bisherigen Klassenschülerhöchstzahl 36 die Bestimmung, dass die Zahl der Schüler in Volksschulklassen 30 und in Hauptschulklassen 33 nicht übersteigen darf. An allgemeinen Sonderschulen wurde die Klassenschülerhöchstzahl von 18 auf 16 abgesenkt.<sup>394</sup>

Eine weitere wichtige Entwicklung, die sich in der Amtsperiode von Fred Sinowatz vollzog, war eine bundesweite Lehrplanreform mit dem Ziel, den Unterricht stärker an die Aufnahmefähigkeit und Fassungskraft, Individualität und Interessenslage der Schüler anzupassen und einen stärkeren Bezug zu Gesellschaft und Arbeitswelt herzustellen.<sup>395</sup>

Ebenfalls die Handschrift von Fred Sinowatz trägt der verstärkte Ausbau der Bildungsberatung sowie die Einführung einer Schulservicestelle, die mit 1. Jänner 1978 im Sinne einer Verbesserung der Kontakte zwischen Schule,

---

<sup>390</sup> vgl. o.V.: Aufforderung zum Vergleich. ÖVP-Wahlprogramm. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1979, S.20; vgl. FISCHER (1993), S.131.

<sup>391</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.266; vgl. FISCHER (1993), S.131; vgl. IRSCHIK (1974b), S.11; vgl. o.V.: Aufforderung zum Vergleich. ÖVP-Wahlprogramm. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1979, S.20; vgl. FISCHER (1993), S.131.

<sup>392</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2004), S.177.

<sup>393</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.274; vgl. FISCHER (1993), S.133.

<sup>394</sup> vgl. SCHNELL (1993), S.294; vgl. ACHS (1982), S.9f; vgl. FISCHER (1993), S.133.

<sup>395</sup> vgl. SCHNELL (1977), S.3; vgl. SCHNELL (1979), S.10.

Schulverwaltung, Lehrern, Eltern und Schülern im Unterrichtsministerium eingerichtet wurde.<sup>396</sup>

## 3.2 Kulturpolitik

Die Konzentration der zeitgenössischen medialen Berichterstattung und politischen Analyse auf sein bildungspolitisches Wirken lässt meist vergessen, dass es sich bei Fred Sinowatz auch um einen äußerst engagierten Kulturpolitiker handelte, der sein ganzes politisches Gewicht dafür einsetzte, die „überragende[...] politische[...] Bedeutung [der Kulturpolitik]“<sup>397</sup> aufzuzeigen und ihr einen entsprechenden Stellenwert im politischen Leben zukommen zu lassen.<sup>398</sup> Dabei verstand er es in seiner Amtszeit wie nur wenig andere vor und nach ihm, einen breiten öffentlichen Diskurs über Kunst und Kultur zu entfachen und durch dessen gekonnte Steuerung einen Konstitutionsprozess kulturpolitischer Maßnahmen in die Wege zu leiten, dessen Nachwirkungen in der österreichischen Kulturlandschaft bis heute spürbar sind.<sup>399</sup>

### 3.2.1 Kulturpolitisches Selbstverständnis

Das kulturpolitische Selbstverständnis von Fred Sinowatz beruhte auf einem weiten, umfassenden Kulturbegriff, welcher keine politische oder gesellschaftliche Lebensäußerung ausspart.<sup>400</sup> Kultur, so meinte er, „[...] ist etwas Essentielles: Es gibt kein Gesellschaftsmodell ohne kulturelle Durchdringung.“<sup>401</sup> In Anlehnung an Herbert Marcuses Definition von Kultur als „Möglichkeit einer Gesellschaft zu ihrer Humanisierung“, begriff Fred Sinowatz Kultur als Chance für eine permanente gesellschaftliche Evolution von Wohlfahrt und Wohlstand zu immateriellem Wohlbefinden und Lebensqualität.<sup>402</sup> Folgerichtig verstand er Kulturpolitik als eine sinnvolle Fortsetzung beziehungsweise Weiterentwicklung der Sozialpolitik, deren Ziel darin zu bestehen habe, jeden Einzelnen zu befähigen, sein Leben zu kultivieren, i.e.

---

<sup>396</sup> vgl. SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS (1978), S.37.

<sup>397</sup> SINOWATZ (1976b), S.9.

<sup>398</sup> vgl. WIMMER (2004), S.91; vgl. SINOWATZ (1976b), S.3.

<sup>399</sup> vgl. WIMMER (2004), S.91.

<sup>400</sup> vgl. WIMMER (2004), S.95; vgl. SINOWATZ (1976b), S.5.

<sup>401</sup> vgl. LINGENS (1995), S.141.

<sup>402</sup> vgl. SINOWATZ (1976b), S.3; vgl. FEYMANN (1999), S.198; vgl. BLECHA (2004), S.68; vgl. WIMMER (2004), S.93; vgl. HAWLICEK (2004), S.107.



über die materiellen Bedürfnisse hinaus sinnerfüllt zu gestalten.<sup>403</sup> Dementsprechend warnte er davor, die Bewältigung kulturpolitischer Aufgaben lediglich als „preziöse Spielerei [oder] Verzierung“<sup>404</sup> anzusehen und plädierte dafür, Kulturpolitik als grundlegendes Prinzip jeder Politik – insbesondere aber der Gesellschaftspolitik – zu begreifen:<sup>405</sup> „Kulturpolitik erfordert eine ganzheitliche Betrachtung gesellschaftlicher Fragen, [ist] also ein politisches Credo.“<sup>406</sup>

Im Zentrum seines kulturpolitischen Engagements stand – ganz nach seinem zentralen Postulat „Kultur für alle“ – die Bemühung, die bestehende Trennung von Kunst und Gesellschaft zu überwinden und möglichst alle Menschen, sowohl aktiv als auch passiv, in das kulturelle Geschehen mit einzubeziehen.<sup>407</sup> So forderte er: „Unsere große Zielsetzung muss es sein, dass das, was wir tun, nicht beschränkt bleibt auf die Kulturseiten, die nur von Wissenden für Wissende geschrieben werden, sondern dass wir diese Etikettierung der Kulturpolitik sprengen. Kulturpolitik heißt also auch nicht unter uns kulturpolitisch Interessierten zu bleiben, sondern vorzudringen mit unserer Arbeit in nicht interessierte Kreise [...].“<sup>408</sup> Auf den Vorwurf der kulturellen Leistungsfeindlichkeit und Gleichmacherei entgegnete er, dass er mit der weiten Öffnung des Zugangs zu Kunst und Kultur keineswegs eine Nivellierung sondern – ganz im Gegenteil – eine allgemeine Anhebung des Kulturniveaus in der Gesellschaft anstrebe und auch zu verwirklichen gedenke.<sup>409</sup>

Darüber hinaus bekannte sich Sinowatz offen zum Kulturpluralismus.<sup>410</sup> So trat er entschieden jeglicher Bevormundung der Kunst entgegen und setzte sich dafür ein, dass neben dem traditionellen Kulturschaffen auch zunehmend kritische und progressive künstlerische Ausdrucksformen in die staatliche Kunstförderungspraxis mit einbezogen wurden.<sup>411</sup>

---

<sup>403</sup> vgl. WIMMER (2004), S.93; vgl. HAWLICEK (2004), S.108; vgl. BLECHA (2004), S.68; vgl. SINOWATZ (1976b), S.6; vgl. FEYMANN (1999), S.198.

<sup>404</sup> SINOWATZ (1976b), S.5.

<sup>405</sup> vgl. SINOWATZ (1976b), S.5; vgl. WIMMER (2004), S.95.

<sup>406</sup> BLECHA (2004), S.68.

<sup>407</sup> vgl. WIMMER (2004), S.99; vgl. SINOWATZ (1976b), S.11 .

<sup>408</sup> SINOWATZ (1976b), S.9f.

<sup>409</sup> vgl. SINOWATZ (1976b), S.7.

<sup>410</sup> vgl. LINGENS (1995), S.149; vgl. WIMMER (2004), S.95.

<sup>411</sup> vgl. WIMMER (2004), S.95.

### 3.2.2 Kulturpolitische Maßnahmen

Trotz einem verhältnismäßig äußerst bescheidenen Instrumentarium und budgetären Spielraum, die im Kulturressort zur Bewältigung der kulturellen Belange zur Verfügung standen, gelang es Fred Sinowatz auch in seiner engeren Kompetenz als Kulturminister, einige Markensteine zu setzen, die weit über seine Amtszeit hinaus nachwirkten.<sup>412</sup> Einen der Höhepunkte der zahlreichen kulturpolitischen Maßnahmen von Fred Sinowatz stellt – in Anbetracht seines entschiedenen Engagements für ein Klima der Toleranz und Aufgeschlossenheit auch gegenüber Neuem und Ungewohntem in der Kunst – zweifelsohne die Verankerung der „Freiheit der Kunst“ in die Bundesverfassung dar.<sup>413</sup> Ab dem Jahr 1982 war darin nunmehr ausdrücklich festgelegt, dass „[das] künstlerische Schaffen, die Vermittlung von Kunst sowie deren Lehre [...] frei“<sup>414</sup> sei.<sup>415</sup>

Als weitere Errungenschaften seiner Amtszeit gelten jene kulturpolitischen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem im Jahr 1975 verabschiedeten Kulturpolitischen Maßnahmenkatalog des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst verwirklicht wurden.<sup>416</sup> Als grundlegende Zielsetzung des Maßnahmenkatalogs – welcher als Konsequenz der ernüchternden Ergebnisse einer IFES-Studie zur „Grundlagenforschung im kulturellen Bereich“<sup>417</sup> entwickelt worden war – galt die Verbesserung des Kulturverhaltens der Bevölkerung, weshalb das Hauptaugenmerk bei den besagten kulturpolitischen Maßnahmen nicht auf das künstlerische Schaffen selbst, sondern auf dessen Vermittlung gelegt wurde.<sup>418</sup> So wurde im Rahmen des Kulturpolitischen Maßnahmenkatalogs neben einer Verbesserung des Kulturmarketings – im Sinne einer verstärkten Anteilnahme der Bevölkerung am Kulturgesehen – insbesondere die Förderung bestehender Kulturinstitutionen und -projekte im Bereich der Jugend<sup>419</sup> sowie die Einrichtung einer als Vermittlungsstelle gedachten Kulturservicestelle zur Erleichterung der Begegnung zwischen

---

<sup>412</sup> vgl. SINOWATZ (1976b), S.9; vgl. WIMMER (2004), S.97.

<sup>413</sup> vgl. WIMMER (2004), S.95; vgl. FEYMANN (1999), S.199.

<sup>414</sup> Art.17a StGG.

<sup>415</sup> vgl. WIMMER (2004), S.95.

<sup>416</sup> vgl. WIMMER (2004), S.95.

<sup>417</sup> vgl. WIMMER (2004), S.97; vgl. SINOWATZ (1976b), S.12; vgl. FEYMANN (1999), S.200f.

<sup>418</sup> vgl. WIMMER (2004), S.95; vgl. SINOWATZ (1976b), S.12; vgl. FEYMANN (1999), S.200.

<sup>419</sup> Zu diesen Projekten zählen u.a. die „Musikalische Jugend“, das „Theater der Jugend“, die Aktion „Der gute Film“ und der „Buchklub der Jugend“.

Kunstschaffenden und dem Publikum – insbesondere dem jungen Publikum – vorangetrieben.<sup>420</sup> Alle diese Maßnahmen haben – rückblickend betrachtet – wesentlich dazu beigetragen, dass das bestehende Kulturangebot in Österreich von einem immer größeren Kreis der Bevölkerung wahrgenommen wird und in der heimischen Kulturlandschaft ein Kunst-Vermittlungsanspruch entstanden ist, der die Publikumspolitik der Kunst- und Kulturinstitutionen des Landes bis heute maßgeblich beeinflusst.<sup>421</sup>

Eine weitere wichtige kulturpolitische Entwicklung, die eindeutig die Handschrift von Fred Sinowatz trug, war die Etablierung einer neuen Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der österreichischen Kulturpolitik – insbesondere im Bereich der Kunstförderungspolitik. Entsprechend seiner entschiedenen Forderung nach einer Demokratisierung und einer erhöhten Transparenz in der Vergabe der bundesstaatlichen Fördermittel, wurde in seiner Amtszeit die Veröffentlichung jährlicher Kunstberichte und die zahlenmäßige Offenlegung aller Subventionsvorgänge veranlasst.<sup>422</sup> Darüber hinaus wurde ferner auch das Beiräte- und Jurywesen im Bereich der Kunstförderung ausgebaut, sowie die Erstellung neuer objektiver Kriterien für Subventionsvergaben forciert.<sup>423</sup>

---

<sup>420</sup> vgl. SINOWATZ (1976b), S.13; vgl. FEYMANN (1999), S.201; vgl. WIMMER (2004), S.98.

<sup>421</sup> vgl. WIMMER (2004), S.95 und S.98.

<sup>422</sup> vgl. WIMMER (2004), S.97; vgl. SINOWATZ (1976b), S.11.

<sup>423</sup> vgl. WIMMER (2004), S.97; vgl. SINOWATZ (1976b), S.11.

## 4. SINOWATZ ALS BUNDESKANZLER (1983-86) UND BUNDESPARTEIVORSITZENDER DER SPÖ (1983-88)

Nach dem ernüchternden Abschneiden der SPÖ bei den Nationalratswahlen 1983, bei denen die Sozialdemokraten zum ersten Mal seit zwölf Jahren die absolute Mehrheit im Parlament verloren hatten, kündigte Bruno Kreisky noch am Wahlabend des 24. Aprils seinen Rücktritt als Bundeskanzler sowie sein Ausscheiden aus seiner Funktion als SPÖ-Bundesparteivorsitzender an.<sup>424</sup> Kreiskys Wunschkandidat für seine Nachfolge an Partei- und Regierungsspitze war Fred Sinowatz, von dem er erwartete, dass er die Regierungs- und Parteigeschäfte in seinem Sinne weiterführen würde, dem er damit aber alles andere als ein leichtes politisches Erbe hinterließ.

Das nachfolgende Kapitel will mit dem von den Medien geprägten Bild des „überforderten Kanzlers“ Sinowatz aufräumen und die Amtszeit des zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzlers dieser Republik in Bezug auf die bestehenden gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung wesentlicher sach- und personalpolitischer Aspekte einer differenzierten und kritischen Betrachtung unterziehen.

### 4.1 „Das Erbe Kreiskys“: Die Rahmenbedingungen von Sinowatz Kanzlerschaft

Die Zeit, in der Fred Sinowatz auf ausdrücklichen Wunsch des Altkanzlers Bruno Kreisky dessen Nachfolge als Bundesparteivorsitzender und Bundeskanzler antrat, war gekennzeichnet durch ökonomische und gesellschaftspolitische Umbrüche und Veränderungen, weshalb die von ihm geführte Koalitionsregierung von Beginn an mit einer vielschichtigen Problemlage und äußerst ungünstigen Rahmenbedingungen konfrontiert war.<sup>425</sup> Der Tatsache, dass seine Kanzlerschaft mit großen Herausforderungen verbunden sein würde, war sich Sinowatz jedoch von Anfang an bewusst: Bereits in seiner Regierungserklärung wies er darauf hin, dass „[sein]

---

<sup>424</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.75-77.

<sup>425</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.526; vgl. PELINKA; Peter (2000), S.160.

Regierungsauftrag [...] in einer Zeit erteilt [wurde], die wahrscheinlich nicht frei ist von großen Problemen.<sup>426</sup>

Besonders die wirtschaftliche Entwicklung stellte die Bundesregierung vor eine harte Belastungs- und Bewährungsprobe: Nach einer langen Phase stetigen Wachstums fand das Zeitalter der Vollbeschäftigung mit dem im Zuge des zweiten Erdölschocks einsetzenden, weltweiten Konjunkturreinbruch in den achtziger Jahren ein jähes Ende.<sup>427</sup> Die Auswirkungen der globalen Rezession machten auch vor Österreich nicht Halt und schlugen sich neben steigenden Arbeitslosenzahlen auch in einem erhöhten sozialpolitischen Finanzierungsbedarf nieder.<sup>428</sup> Zwar blieb die Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich auf einem relativ niedrigen Niveau, von den Österreichern wurde sie im Eindruck der unter der Regierungszeit Bruno Kreiskys vorherrschenden relativen Vollbeschäftigung jedoch nichtsdestoweniger als äußerst schmerzhaft empfunden.<sup>429</sup>

Die zunehmende Besorgnis und Verunsicherung der österreichischen Bevölkerung ob der schmerzlichen Erkenntnis, „dass Österreich eben doch keine Insel der Seligen war“<sup>430</sup> blieb Fred Sinowatz nicht verborgen und veranlasste ihn bei seinem Regierungsantritt zu einer eindeutigen Absichtserklärung: „Es gilt, die Geißel der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und eine immer größer werdende Zahl von Menschen von der Sorge um Arbeitsplatz und Existenzsicherung zu befreien“.<sup>431</sup>

Als zusätzlicher Erschwernisfaktor für die wirtschaftspolitische Arbeit der neuen Bundesregierung stellte sich die Übernahme einer ganzen Reihe von ökonomischen Schwierigkeiten und ungelösten beziehungsweise in der „Ära Kreisky“ aufgeschobenen Problemen heraus, welche von unverkennbaren Strukturproblemen in der Verstaatlichten Industrie über Finanzierungsprobleme bei der Sozialversicherung bis hin zu einer bedrohlich hohen

---

<sup>426</sup> vgl. FISCHER (2004), S.33.

<sup>427</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.330.

<sup>428</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.330.

<sup>429</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.76.

<sup>430</sup> SINOWATZ (1985), S.15.

<sup>431</sup> vgl. SINOWATZ (1985), S.14f; vgl. FISCHER (2004), S.34.

Staatsverschuldung über die Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaates<sup>432</sup> reichte.<sup>433</sup> Im vollen Bewusstsein der dringend erforderlichen Sanierung des Staatshaushaltes, die sich aus dem ökonomischen Erbe Kreiskys ergab, – wobei eine rasche Eindämmung der Staatsverschuldung ebenso drängte wie eine umfassende Pensionsreform und einschneidende Strukturreformen in der Verstaatlichten Industrie<sup>434</sup> – versuchte Fred Sinowatz seine Regierungsmannschaft ebenso wie die Funktionäre seiner Partei von Beginn an auf eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur einzuschwören.<sup>435</sup>

Die ökonomische Krisensituation sollte jedoch nicht das einzige Problemfeld bleiben, mit dem Sinowatz im Laufe seiner Kanzlerschaft konfrontiert war. So begann sich parallel zum Wandel der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch ein tiefgreifender Umbruch in der politischen Landschaft beziehungsweise der politischen Kultur abzuzeichnen.<sup>436</sup>

Infolge des umfassenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses seit Ende der sechziger Jahre beschleunigte sich in der politischen Landschaft der Zweiten Republik die Ablöse der bis dato vorherrschenden Proporz- und Konkordanzdemokratie<sup>437</sup> durch eine politische Kultur des oppositionellen Stils.<sup>438</sup> Letztere zeichnete sich insbesondere durch eine deutliche Abnahme der Loyalitätsbindung der Wähler an eines der politisch-weltanschaulichen Lager sowie eine allmähliche Dekonzentration des Parteiensystems aus und resultierte neben der Formierung neuer Parteien beziehungsweise neuer politischer und sozialer Bewegungen außerhalb des Parteienspektrums insbesondere in einem deutlichen Rückgang bei den Mitgliederzahlen der beiden Großparteien sowie einer allgemein steigenden Politikverdrossenheit.<sup>439</sup> Neben dem österreichischen Parteiensystem erfuhr auch das Spektrum der

---

<sup>432</sup> Hervorgerufen wurde das hohe Budgetdefizit insbesondere durch die verabsäumten Sparperioden infolge des antizyklischen Einsatzes der Budgetmittel im Sinne der Keynesianischen Wirtschaftspolitik („deficit spending“). (vgl. AIGINGER (1995), S.270.)

<sup>433</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.526; vgl. FEYMANN (1999), S.229; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.72f; vgl. AIGINGER (1995), S.268.

<sup>434</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.229.

<sup>435</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.74.

<sup>436</sup> vgl. GUSENBAUER (2004), S.41; vgl. PELINKA Anton (1995), S.288.

<sup>437</sup> Gekennzeichnet war diese politische Kultur insbesondere von traditionellen politischen Lagerstrukturen sowie einem hohen Maß an Parteibindung und Wahlbeteiligung. (vgl. PELINKA Anton (1995), S.288f; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.125 und S.131.)

<sup>438</sup> vgl. PELINKA Anton (1995), S.288f; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.125 und S.131.

<sup>439</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.125f und S.131; vgl. PELINKA Anton (1995), S.288.

traditionellen politischen Konfliktlinien infolge des beschleunigten soziostrukturellen Wandels eine deutliche Veränderung, wie insbesondere die energiepolitischen Konflikte um das Kernkraftwerk Zwentendorf und das Wasserkraftwerk bei Hainburg zeigen<sup>440, 441</sup>

Als weitere Belastung für die Kanzlerschaft von Fred Sinowatz kristallisierte sich auch die äußerst geringe Popularität der von ihm angeführten Regierungskoalition in der österreichischen Bevölkerung heraus.<sup>442</sup> Wie repräsentative Meinungsumfragen belegten, sah sich die SPÖ-FPÖ Koalition von Beginn an mit bedenklich geringen Sympathiewerten konfrontiert, wobei dieser Umstand insbesondere auch von einer mehrheitlichen Ablehnung der Kleinen Koalition als Regierungsform an sich herrührte.<sup>443</sup> Erhebungen vor der Nationalratswahl 1983 zeigten nämlich, dass nicht nur ein Bündnis zwischen den Sozialdemokraten und der Freiheitlichen Partei sondern auch alle anderen Formen Kleiner Koalitionen in der Bevölkerung auf geringe Zustimmung stießen<sup>444</sup>: So gab etwa die Hälfte aller Wähler auf die Frage nach ihrem bevorzugten Regierungsbündnis an, eine Große Koalition jeder anderen Regierungsform vorzuziehen.<sup>445</sup>

Fred Sinowatz interpretierte diesen Umstand vor allem vor dem Hintergrund der langen Tradition Großer Koalitionen in Österreich: „Den Österreichern ist eben nach 1945 die Große Koalition in den Herzen und Hirnen verankert worden“<sup>446</sup>. Rückblickend räumte er ein, die negativen Auswirkungen der mangelnden Akzeptanz und Sympathie Kleiner Koalitionen in der Bevölkerung und der demoskopischen Außenseiterposition der SPÖ-FPÖ Koalition ganz speziell unterschätzt zu haben – zu Unrecht wie sich in den Folgejahren zeigen sollte.<sup>447</sup> Wie nämlich die erheblichen Stimmenverluste beider Regierungsparteien bei nahezu allen Zwischenwahlen im Zeitraum zwischen 1983 und 1986<sup>448</sup> belegen,

---

<sup>440</sup> Die politischen Konfliktlinien der Zweiten Republik wurden im Zuge der aufkeimenden Umweltbewegung in den siebziger und achtziger Jahren insbesondere um die Kontroverse Ökonomie vs. Ökologie erweitert. (vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.126.)

<sup>441</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.126.

<sup>442</sup> vgl. PELINKA Anton (1995), S.287; vgl. FEYMANN (1999), S.229.

<sup>443</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.253.

<sup>444</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.67 und S.75.

<sup>445</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.67.

<sup>446</sup> Sinowatz, in PELINKA Anton (1993), S.11.

<sup>447</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.529.

<sup>448</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.75-77.

vermochte die SPÖ-FPÖ Koalition ihre negative demoskopische Ausgangslage während ihrer gesamten Amtszeit nicht mehr wettzumachen.<sup>449</sup>

Erheblich verschärft wurde das negative Erscheinungsbild der neuen Bundesregierung in der Öffentlichkeit durch eine Reihe von Skandalen und personellen Affären – wie etwa dem Weinskandal, dem Fall der Wohngenossenschaft WBO, dem AKH-Skandal oder dem Fall Rablbauer – welche im ökonomischen Eigeninteresse der Medien von diesen bereitwillig aufgegriffen und äußerst kritisch rezipiert wurden.<sup>450</sup> Die vergleichsweise schonungslose Medienberichterstattung, bei der – selbst bei fehlender unmittelbarer Involvierung der Regierungsmitglieder – erstmals das Tabu einer frontalen Kritik auf die amtierende Bundesregierung überschritten wurde, überraschte die Repräsentanten der Kleinen Koalition und verstärkte die mehrheitliche Wahrnehmung innerhalb der Regierungsparteien, dass der Kleinen Koalition eine ihr grundsätzlich feindselig gesinnte Medienfront gegenüberstehen würde.<sup>451</sup> So schreiben viele der damaligen Regierungsmitglieder der fast geschlossen kritischen Medienberichterstattung – beziehungsweise der oftmals zitierten „schlechten Presse“<sup>452</sup> – rückblickend sogar einen wesentlichen Anteil an der zunehmenden öffentlichen Ablehnung sowie den mangelnden Erfolgen der Kleinen Koalition zu.<sup>453</sup>

Im Laufe seiner Amtszeit wurde insbesondere Fred Sinowatz selbst zunehmend zur Zielscheibe einer negativen Medienberichterstattung, da er aufgrund seiner fehlenden Leichtigkeit im medialen Umgang – im Gegensatz zu seinem Vorgänger Bruno Kreisky – in der medialen Selbstdarstellung der Regierungsarbeit zu weiten Teilen scheiterte.<sup>454</sup> Während er im direkten Kontakt mit der Bevölkerung mit seiner intelligenten Art und seinem umfangreichen Wissen glänzen und Eigenschaften wie Bodenständigkeit, Volksnähe, Verlässlichkeit und politische Erfahrung vermitteln konnte, wurden seine Stärken in der medialen Präsenz fast gänzlich von den von ihm vermittelten negativen Eigenschaften in den Hintergrund gedrängt.<sup>455</sup> So wurde die

---

<sup>449</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.526; vgl. PELINKA Anton (1993), S.67.

<sup>450</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.78f; vgl. CAMPBELL (1995), S.529; vgl. FEYMANN (1999), S.257.

<sup>451</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.78f; vgl. CAMPBELL (1995), S.529; vgl. FEYMANN (1999), S.257.

<sup>452</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.78; vgl. FEYMANN (1999), S.257.

<sup>453</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.78f.

<sup>454</sup> vgl. KREJCI (2004), S.125 und S.128; vgl. CAMPBELL (1995), S.529.

<sup>455</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.529; vgl. FEYMANN (1999), S.257; vgl. PELINKA Peter (2000), S.166.



nachdenkliche und zurückhaltende Art von Fred Sinowatz – die in diametralen Gegensatz zu dem Durchsetzungsvermögen und Weltgewandtheit signalisierenden Habitus seines Amtsvorgängers stand – von den Medien zunehmend als Führungsschwäche, mangelnde Entscheidungsfreudigkeit beziehungsweise Problemlösungskompetenz, Unsicherheit und Überforderung interpretiert und sein öffentliches Auftreten nahezu einhellig als unvorteilhaft kritisiert.<sup>456</sup>

Seine sichtlichen Schwierigkeiten im Umgang mit Presse und Fernsehen schlugen sich schon bald in seiner Außenwirkung nieder und die hohen Sympathiewerte, über die er sowohl während seiner Zeit im Burgenland als auch in seiner Funktion als Unterrichtsminister verfügt hatte, waren schon nach wenigen Monaten drastisch gesunken.<sup>457</sup> In verstärktem Maße musste Fred Sinowatz sich von den Medien auch an dem nach wie vor dominanten Schatten seines Vorgängers messen lassen, was den unsicheren und schwerfälligen Eindruck, den er medial oftmals hinterließ, ebenso verstärkte wie die zunehmende mediale Häme über sein äußeres Erscheinungsbild:<sup>458</sup> Ein Jahr nach dem Amtsantritt von Fred Sinowatz war etwa in einer Tageszeitung folgende Analyse zu lesen: „Kreiskys Worte kamen weich und wallend aus der Brust. [...] Die Worte aus Sinowatz Mund dagegen klingen immer etwas gequält. Mitunter sind sie derart verschachtelt aneinandergereiht, dass Sinowatz am Ende selber sagt, was er von dem Gesagten denkt: >Es ist alles sehr kompliziert<.“<sup>459</sup> Ein weiterer Journalist urteilte kurz zuvor ähnlich: „Vieles quält sich so mühsam aus ihm heraus, dass er seine Zuhörer zu hilflosen Mitleidenden macht. [...] Sorgenvoll ächzt und stöhnt es aus jeder [...] Silbe. Der Kanzler scheint seine Unsicherheit demokratisch mit uns teilen zu wollen.“<sup>460</sup> Im Gegensatz zu dem Medienliebling Bruno Kreisky, dessen vereinfachende und beruhigende Erklärungsmuster die Medien ebenso lieb gewonnen hatten wie seine oftmals unterhaltsamen Pressekonferenzen, schien sein Nachfolger den Journalisten nichts recht machen zu können: Während etwa das vorsichtige Austesten etwaiger Projekte auf ihre Kompromissfähigkeit bei Kreisky mediale

---

<sup>456</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.72 und S.75; vgl. CAMPBELL (1995), S.529; vgl. FEYMANN (1999), S.257; vgl. PELINKA Peter (2000), S.166.

<sup>457</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.257; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.75.

<sup>458</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.76; vgl. PELINKA Peter (2000), S.167.

<sup>459</sup> LEITGEB (1984), S.2, zit. nach KRIECHBAUMER (2008), S.76.

<sup>460</sup> POLZ (1984), S.1f, zit. nach KRIECHBAUMER (2008), S.75f.

Zustimmung fand, so wurde dieselbe Vorgangsweise bei Fred Sinowatz nur als Zögern oder Zaudern ausgelegt.<sup>461</sup>

Abgesehen von der zeitweise massiven medialen Kritik wurde Sinowatz sein Leben als Parteivorsitzender und Bundeskanzler auch von den zunehmend kritischen medialen Äußerungen seines Amtsvorgängers erschwert.<sup>462</sup> Wie sowohl Heinz Fischer als auch Franz Vranitzky bestätigten, ließ es sich Bruno Kreisky als sozialdemokratischer Ehrenvorsitzender nicht nehmen, sich immer wieder massiv in die Politik von Fred Sinowatz einzumischen und seine Kritik sofort entweder gegenüber Dritten oder in den Medien zum Ausdruck zu bringen.<sup>463</sup> So ließ er ihm etwa 1986 über die Medien ausrichten, es wäre besser gewesen, er hätte sich im Fernsehen weniger bedrückt und nicht so furchtbar belastet gezeigt von der Schwere seines Amtes.<sup>464</sup>

Obwohl er es sich in der Öffentlichkeit nicht anmerken ließ, litt Sinowatz unter derartigen medialen Abkanzelungen seines Vorgängers sehr, zumal er ja an dessen Nachfolge – wie er selbst oft genug betonte – in keinster Weise interessiert gewesen war, sondern diese primär aus Verantwortungsbewusstsein und Loyalität gegenüber Kreisky und nur auf dessen ausdrücklichen Wunsch angenommen hatte.<sup>465</sup>

Es war jedoch vor allem diese Loyalität dem Amtsvorgänger gegenüber, die zu Beginn seiner Amtszeit in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckte, dass Sinowatz in seiner Funktion lediglich als „Nachlassverwalter“ Kreiskys agierte und die ihn gänzlich im Schatten des Altkanzlers stehen ließ.<sup>466</sup>

Der Eindruck, dass Sinowatz von Bruno Kreisky nur als dessen „Testamentsvollstrecker“ eingesetzt wurde, entstand in erster Linie aus dem Grund, dass er die Leitung einer Regierung übernehmen musste, für die nicht

---

<sup>461</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.72 und S.104; vgl. PELINKA Peter (2000), S.166.

<sup>462</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.76.

<sup>463</sup> vgl. FISCHER (1998), S.344f; vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.543.

<sup>464</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.76.

<sup>465</sup> vgl. FISCHER (1998), S.348; vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.543; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.532f.

<sup>466</sup> vgl. PELINKA Anton (2004), S.9; vgl. CAMPBELL (1995), S.526.

er selbst die politischen Weichen gestellt hatte, sondern dessen strategischer Rahmen noch von seinem Vorgänger determiniert worden war.<sup>467</sup>

Entsprechend seinem taktischen Kalkül, das bürgerliche Lager durch eine Aufwertung der FPÖ zu spalten und so eine längerfristige sozialdemokratische Vorherrschaft sicherzustellen, hatte Bruno Kreisky eine Koalition mit der Freiheitlichen Partei nämlich bereits mehrere Jahre hindurch gezielt vorbereitet<sup>468</sup>, wodurch ihm eine Zusammenarbeit mit der FPÖ unter Obmann Friedrich Peter schon ab Anfang der siebziger Jahre als Alternativvariante für den Fall eines Verlustes der absoluten Mehrheit zur Verfügung stand.<sup>469</sup>

Nach Auffassung aller Beteiligten waren die politischen Weichen am Vorabend der Nationalratswahl am 24. April 1983 also bereits gestellt, wie auch die Darstellung Heinz Fischers – wonach Kreisky im Wahlkampffinale intern in Bezug auf die ÖVP gemeint habe: „Mit dieser Partei machen wir sicher keine Koalition“ – rückblickend bestätigt.<sup>470</sup> Wenngleich die diesbezüglichen Äußerungen der politischen Akteure in den Medien deutlich subtiler ausfielen und nach dem Wahltag offiziell Sondierungsgespräche zwischen allen drei im Parlament vertretenen Parteien stattfanden, war – spätestens nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses – auch der beobachtenden Öffentlichkeit klar, dass eine Koalition mit der ÖVP nicht zur Diskussion stand und die Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit der FPÖ zum Zeitpunkt der Sondierungsgespräche längst gefallen war.<sup>471</sup> Und tatsächlich hatte Bruno Kreisky bereits in der Wahlnacht sowohl gegenüber den führenden FPÖ-Funktionären Walter Grabher-Mayer und Norbert Steger als auch gegenüber seinen engsten Vertrauten innerhalb der SPÖ<sup>472</sup> seine feste Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, die SPÖ in eine Koalition mit der FPÖ zu führen.<sup>473</sup>

---

<sup>467</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.72; vgl. PELINKA Anton (2004), S.11; vgl. CAMPBELL (1995), S.520.

<sup>468</sup> So erbrachte Kreisky der FPÖ gegenüber u.a. zahlreiche vertrauensbildende Maßnahmen, wie etwa die auf die freiheitlichen Interessen zugeschnittene Wahlrechtsreform aus dem Jahr 1971. (vgl. PELINKA Anton (1995), S.280; vgl. PELINKA Anton (1993), S.15.)

<sup>469</sup> vgl. PELINKA Anton (2004), S.11; vgl. PELINKA Anton (1993), S.18 und S.22; vgl. PELINKA Peter (2000), S.159; vgl. FEYMANN (1999), S.223.

<sup>470</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.63; vgl. PELINKA Anton (1993), S.22; vgl. FISCHER (1998), S.311.

<sup>471</sup> vgl. FISCHER (1998), S.311; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.64; vgl. PELINKA Anton (1993), S.27; vgl. FEYMANN (1999), S.223.

<sup>472</sup> Zu diesen Vertrauten zählten u.a. Fred Sinowatz, Heinz Fischer, und Karl Blecha. (vgl. FISCHER (1998), S.312; vgl. FEYMANN (1999), S.222.)

<sup>473</sup> vgl. FISCHER (1998), S.312; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.64; vgl. PELINKA Anton (1995), S.280; vgl. FEYMANN (1999), S.222f; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.534..

Nachdem Kreisky seine Koalitionspräferenz auch im Parteivorstand durchsetzen konnte, übernahm er trotz seines Rücktritts als Bundeskanzler die leitende Verantwortung in den Regierungsverhandlungen und übergab seinem designierten Nachfolger Sinowatz nach einer auffallend kurzen Verhandlungsdauer den Vorsitz in einer von der SPÖ geführten Regierungskoalition.<sup>474</sup> Der zukünftige Kanzler selbst hatte zwar dem sozialdemokratischen Verhandlungsteam angehört, musste jedoch bei der Ausverhandlung jenes Regierungsprogrammes, welches er letztendlich verwirklichen sollte, die Letztverantwortung stets Bruno Kreisky überlassen.<sup>475</sup> Ebenso wie das Regierungsübereinkommen war auch die Zusammensetzung des sozialdemokratischen Regierungsteams noch weitgehend von den Vorstellungen Bruno Kreiskys bestimmt.<sup>476</sup> Besonders deutlich wurde die mangelnde Personalhoheit von Fred Sinowatz bei der Zusammenstellung seiner eigenen Regierungsmannschaft im Frühjahr 1983 anlässlich der Besetzung des Finanzministeriums – welche später eine symbolische Bedeutung für das sich zunehmend verschlechternde Verhältnis zwischen Kreisky und Sinowatz erlangen sollte.<sup>477</sup> Obgleich Sinowatz für die Funktion des Bundesministers für Finanzen eigentlich den damaligen Generaldirektor der Länderbank, Franz Vranitzky, vorgesehen hatte, verlangte Bruno Kreisky vor dem Hintergrund seiner Auseinandersetzung mit Hannes Androsch „mit ziemlichem Nachdruck“<sup>478</sup>, wie sich Heinz Fischer rückblickend erinnerte, dass der bisherige Finanzminister Herbert Salcher auch weiterhin als Finanzminister der Regierung angehören sollte.<sup>479</sup> Während nämlich Salcher als einer von Kreiskys engsten Vertrauten im innerparteilichen Konflikt stets loyal auf dessen Seite gestanden hatte, vermutete der Altkanzler bei Vranitzky ein Naheverhältnis zu Hannes Androsch und befürchtete im Falle dessen Ernennung zum Finanzminister eine massive bundespolitische Einflussnahme seines Gegenspielers.<sup>480</sup> Als sich auch ÖGB-Chef Anton Benya für eine personelle Kontinuität im Finanzministerium ausgesprochen hatte, beugte sich

---

<sup>474</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.28; vgl. FISCHER (1998), S.313; vgl. PELINKA Anton (2004), S.11.

<sup>475</sup> vgl. FISCHER (1998), S.313; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.65; vgl. FEYMANN (1999), S.223.

<sup>476</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.70f; vgl. FEYMANN (1999), S.239.

<sup>477</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.526; vgl. PELINKA Anton (1993), S.29.

<sup>478</sup> FISCHER (1998), S.319.

<sup>479</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.526; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.70; vgl. FISCHER (1998), S.318f.

<sup>480</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.526; vgl. PELINKA Anton (1993), S.29; vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.543f.

Sinowatz schließlich dem Wunsch seines Vorgängers.<sup>481</sup> Nachdem er Franz Vranitzky die Übernahme des Finanzministerpostens bereits angeboten hatte, musste er ihm kurzerhand wieder absagen. Vranitzky erinnert sich: „[...] Sinowatz hat mich [...] angerufen und gefragt, ob ich für die Funktion des Finanzministers zur Verfügung stehen würde. Ich habe ihm geantwortet, dass ich mir das einen Tag überlegen muss [...]. Am nächsten Tag rief mich Sinowatz an und sagte: >Vergiss es, der Kreisky ist dagegen.<“<sup>482</sup>

Obwohl aber sowohl die personelle Zusammensetzung der Regierungsmannschaft als auch die Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ nicht seinen persönlichen Wunschvorstellungen entsprachen, akzeptierte Sinowatz diese Weichenstellungen Kreiskys und versuchte seine Aufgabe dem Partei- und Regierungsauftrag entsprechend trotz schwieriger Rahmenbedingungen so gut wie möglich wahrzunehmen.<sup>483</sup>

## 4.2 Sachpolitik

### 4.2.1 Wirtschafts- und Finanzpolitik

Wie bereits angesprochen<sup>484</sup>, stellte sich insbesondere das ökonomische Erbe seines Vorgängers als schwere Belastungsprobe für Fred Sinowatz dar. So stand der neue Bundeskanzler und Parteivorsitzende 1983 vor der wenig reizvollen Aufgabe, den eigenen Funktionären klar zu machen, dass der Spielraum für eine Fortsetzung der antizyklischen beschäftigungspolitischen Maßnahmen angesichts der dramatisch steigenden Staatsverschuldung nicht mehr gegeben war und stattdessen dringend Maßnahmen zur Budgetsanierung gesetzt werden mussten.<sup>485</sup> Wenngleich Sinowatz bewusst war, dass die prekäre Lage des Staatshaushaltes keine weitere Fortführung des wirtschaftspolitischen Kurses seines Vorgängers erlaubte und ein Abschied vom Austrokeynesianismus angesichts der zunehmend gefährdeten Geldwertstabilität dringend notwendig war, war es ihm jedoch ein großes Anliegen, die wirtschaftspolitische Kurskorrektur konsensual – und dabei

---

<sup>481</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.224.

<sup>482</sup> Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.544.

<sup>483</sup> vgl. SORONICS (2004), S.87; vgl. PELINKA Anton (2004), S.11.

<sup>484</sup> siehe Kap.III.4.1

<sup>485</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.74 und S.330.

insbesondere ohne Konflikte mit der einflussreichen sozialistischen Gewerkschaft – umzusetzen, was ihre Realisierung deutlich erschwerte.<sup>486</sup>

Trotz schwieriger Umstände gelang es Sinowatz und seiner Regierungsmannschaft aber letztlich dennoch, sowohl eine Pensionsreform durchzusetzen als auch – durch den Beschluss eines Maßnahmenpaketes zur Budgetkonsolidierung im Herbst 1983 – die wachsende öffentliche Verschuldung einzudämmen und das Staatsbudget damit kurzfristig zu stabilisieren.<sup>487</sup> So konnte das prognostizierte Budgetdefizit für das Jahr 1983 durch die Fülle der im Paket vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen – wie etwa der zweiprozentigen Anhebung der Mehrwertsteuersätze, der Einführung einer reduzierten Zinsertragssteuer, der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und diverser Tarife, der Kürzung der monatlichen Wohnbeihilfe und der Geburtenbeihilfe sowie diversen Einsparungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst und in der Sozialversicherung – um ganze 25 Milliarden gesenkt werden.<sup>488</sup>

Obwohl langfristige Effekte der Konsolidierungsmaßnahmen angesichts mangelnder struktureller Reformen vorerst noch ausblieben, entwickelten sich die wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren in der Amtszeit von Fred Sinowatz durchaus positiv – was die Regierung, vor allem angesichts der angespannten internationalen Rahmenbedingungen, als kleinen Erfolg verbuchen konnte.<sup>489</sup>

Was der Kleinen Koalition allerdings nicht gelang, war eine erfolgreiche Sanierung der Verstaatlichten Industrie, deren De-facto-Insolvenz zur Jahreswende 1985/86 eines der wesentlichsten wirtschaftspolitischen Paradigmen der Zweiten Republik schwer erschütterte und einen massiven Vertrauensverlust in die sozialdemokratische Wirtschaftskompetenz hervorrief.<sup>490</sup>

---

<sup>486</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.74 und S.330f.

<sup>487</sup> vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.552f; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.333; vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. GUSENBAUER (2004), S.42.

<sup>488</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.333; vgl. KOSTELKA (1988), S.79.

<sup>489</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.334; vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. GUSENBAUER (2004), S.42; vgl. BLECHA (2004), S.69; vgl. SINOWATZ (1985), S.20 und S.27.

<sup>490</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.35; vgl. PELINKA Anton (1995), S.283.

#### 4.2.1.1 Die „VÖEST-Krise“

Die Verstaatlichte Industrie hatte – wegen oftmals blockierter Umstrukturierungs- beziehungsweise Modernisierungsmaßnahmen<sup>491</sup> – bereits länger mit Strukturproblemen zu kämpfen, als wesentliche Bereiche der ÖIAG im Sog der weltwirtschaftlichen Krisenstimmung in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in erhebliche wirtschaftliche Turbulenzen gerieten.<sup>492</sup> Zusätzlich zu den Folgen der jahrelangen Bürokratisierung und unterbliebenen Anpassung an die geänderten weltwirtschaftlichen Gegebenheiten<sup>493</sup> mussten die staatlichen Industriebetriebe nämlich nun zusätzlich auch noch die Auswirkungen der internationalen Stahlkrise tragen, was bei vielen der führenden Industriekonzerne, wie etwa der VÖEST Alpine oder der Chemie Linz, zu überstürzten Kompensationsstrategien<sup>494</sup> führten, die schließlich Ende 1985 das System der Verstaatlichten Industrie beinahe endgültig zum „Einsturz“ brachten.<sup>495</sup>

So musste der Vorstand des größten österreichischen Industriebetriebs, der VÖEST, mit der Bekanntgabe eines für das laufende Jahr zu erwartenden Defizits in der Höhe von über 6 Milliarden Schilling dem für den Komplex der Verstaatlichten Industrie zuständigen Bundesminister Lacina im November 1985 Unternehmensverluste eingestehen, welche in ihrem Ausmaß alle diesbezüglich gehegten Befürchtungen noch deutlich übertrafen.<sup>496</sup> Zusätzliche Dramatik erhielt diese Hiobsbotschaft, als darüber hinaus bekannt wurde, dass ein Großteil des Milliardendefizits durch fehlgeschlagene Ölspekulationen der VÖEST-Tochtergesellschaft Intertrading verursacht wurde, mit denen das

---

<sup>491</sup> Bereits in den siebziger Jahren war die Verflechtung von Parteipolitik und Management in den verstaatlichten Industriebetrieben so weit fortgeschritten, dass umfassende Reformmaßnahmen nicht greifen konnten. (vgl. CAMPBELL (1995), S.528.)

<sup>492</sup> vgl. VRANITZKY (2004), S.50f; vgl. FEYMANN (1999), S.247.

<sup>493</sup> etwa die Negation betriebswirtschaftlicher Parameter durch Standort- und Beschäftigungsgarantien sowie den Ausgleich der Unternehmensverluste durch Zuschüsse aus dem Bundesbudget (vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.35; vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.547.)

<sup>494</sup> so etwa das übereilte Umsteigen auf neue Technologien oder die Beteiligung an Spekulationsgeschäften (vgl. AIGINGER (1995), S.269; vgl. PELINKA Peter (1988), S.118.)

<sup>495</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.89; vgl. VRANITZKY (2004), S.50f; vgl. PELINKA Peter (1988), S.118; vgl. AIGINGER (1995), S. 269.

<sup>496</sup> PELINKA Peter (2000), S.164; vgl. KOSTELKA (1988), S.89; vgl. PELINKA Anton (1993), S. 50; vgl. FEYMANN (1999), S.247.

Management offenbar versuchen hatte, die massiven Unternehmensverluste auszugleichen.<sup>497</sup>

Als diese Spekulationsverluste bekannt wurden, ließ Minister Lacina als Eigentümerversorger zwar mit Unterstützung von Bundeskanzler Sinowatz und Finanzminister Vranitzky<sup>498</sup> über Nacht mit sofortiger Wirkung den gesamten VÖEST-Vorstand abberufen, an der schweren Legitimationskrise, in die die Sozialdemokratische Partei – als geistiger Hauptträger des Prinzips der Verstaatlichten Industrie – durch die „VÖEST-Krise“ nunmehr geraten war, konnte dies jedoch auch nichts mehr ändern.<sup>499</sup> Wenngleich es sich in diesem Fall eher um ein Versagen privatwirtschaftlich agierender Manager ohne öffentliche Kontrolle handelte, richtete sich die öffentliche Empörung nichtsdestoweniger gegen die im Rahmen des gemischtwirtschaftlichen Systems salonfähig gewordene „Verpolitisierung“ der Industrie und in weiterer Folge gegen die für diese Philosophie als hauptverantwortlich gesehene SPÖ.<sup>500</sup> Die Schwere der politischen und wirtschaftlichen Erschütterung, welche die Krise des einstigen Prestigeunternehmens der Verstaatlichten Industrie ausgelöst hatte, stellte Bundeskanzler Sinowatz zweifelsohne vor eine seiner größten politischen Belastungsproben.<sup>501</sup> So war er angesichts des politischen und medialen Kreuzfeuers damit beschäftigt, einerseits den Fortbestand des Unternehmens und somit den Erhalt möglichst vieler der betroffenen Arbeitsplätze sicherzustellen, andererseits aber die Parameter für eine grundlegende Reform der Verstaatlichten Industrie vorzugeben und diese Kursänderung auch gegenüber der Opposition, dem Betriebsmanagement sowie seiner eigenen Partei durchzusetzen.<sup>502</sup>

---

<sup>497</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.247; vgl. PELINKA Peter (1988), S.118; vgl. PELINKA Peter (2000), S.164f; vgl. KOSTELKA (1988), S.89; vgl. PELINKA Anton (1993), S.50; vgl. CAMPBELL (1995), S.528.

<sup>498</sup> Im Rahmen einer großen Regierungsumbildung wurde Franz Vranitzky von Bundeskanzler Sinowatz am 3. September 1984 anstelle Ferdinand Salchers mit der Führung des Finanzministeriums betraut. (siehe Kap.III.4.4)

<sup>499</sup> vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.540f; vgl. Lacina, in KRIECHBAUMER (2008), S.563f; vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. PELINKA Anton (1993), S.50 UND S.52; vgl. KOSTELKA (1988), S.89; vgl. PELINKA Peter (2000), S.165.

<sup>500</sup> vgl. PELINKA Peter (1988), S.118; vgl. PELINKA Anton (1993), S.50f.

<sup>501</sup> vgl. VRANITZKY (2004), S.51; vgl. KREJCI (2004), S.127.

<sup>502</sup> vgl. VRANITZKY (2004), S.51; vgl. KREJCI (2004), S.127; vgl. GUSENBAUER (2004), S.42.



Trotz massiver Kritik und teils heftigen Widerstands von der ÖVP und den Betriebsräten<sup>503</sup> gelang es Sinowatz gemeinsam mit Vranitzky und Lacina aber letztendlich doch, mit der Umsetzung einer gesetzlichen Initiative zur Beendigung des Personalproporz in der öffentlichen Wirtschaft sowie der Erstellung eines umfassenden Sanierungs- und Privatisierungskonzeptes für die Verstaatlichten Industrie erste Schritte in Richtung jener umfassenden Strukturreform zu setzen, mit dessen Realisierung unter Bundeskanzler Vranitzky letzten Endes die dauerhafte Erhaltung einer zukunftsfähigen österreichischen Industrie gewährleistet werden konnte.<sup>504</sup> Sinowatz selbst konnte als Bundeskanzler die „Früchte“ dieser Arbeit allerdings nicht mehr ernten.<sup>505</sup>

#### 4.2.2 Umwelt- und Energiepolitik

Einen weiteren Schwerpunkt der Regierungsarbeit bildete die Umwelt- und Energiepolitik, welche im Rahmen der breiten Ökologiediskussion im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Zwentendorf und dem Bekanntwerden der rapiden Zunahme der Waldschäden in der österreichischen Bevölkerung seit Beginn der achtziger Jahre zunehmend an Bedeutung gewonnen hatte.<sup>506</sup> Ein Jahr nach seinem Amtsantritt bekräftigte Sinowatz die hohe Priorität, die der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt in der Regierungsarbeit eingeräumt werde: „Diese Bundesregierung ist sich der Tragweite ihrer umweltpolitischen Verantwortung voll und ganz bewusst. [Der] Kampf gegen das Waldsterben, [der] Kampf gegen Wasser- und Luftverschmutzung, [der] Kampf gegen Naturzerstörung und Umweltbedrohung [ist] die Herausforderung unserer Zeit, [und muss für uns das] nationale[...] Anliegen schlechthin [sein].“<sup>507</sup>

Im Bewusstsein um die große umweltpolitische Herausforderung und das steigende Umweltbewusstsein der Bevölkerung ließ die Bundesregierung im Laufe ihrer Amtszeit zahlreiche Gesetze verabschieden und verwirklichte somit

---

<sup>503</sup> Beide fürchteten im Zuge einer Neustrukturierung an Einfluss zu verlieren. (vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.548; vgl. Lacina, in KRIECHBAUMER (2008), S.564.)

<sup>504</sup> vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.547f; vgl. GUSENBAUER (2004), S.42; vgl. VRANITZKY (2004), S.51.

<sup>505</sup> vgl. KREJCI (2004), S.127.

<sup>506</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.249; vgl. GLATZ (1988), S.407.

<sup>507</sup> SINOWATZ, Fred: Schwerpunkte der Regierungsarbeit. Erklärung vor dem Nationalrat am 24.5.1984, zit. nach FEYMANN (1999), S.249.

einige weitreichende Maßnahmen, mit denen der erhebliche umweltpolitische Nachholbedarf, welcher noch Ende der siebziger Jahre im Vergleich zu vielen anderen Ländern Europas bestand, weitgehend ausgeglichen werden konnte.<sup>508</sup> Zu den bemerkenswertesten, weil wirkungsvollsten umweltpolitischen Maßnahmen der Regierung Sinowatz-Steger zählte zweifelsohne das Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Schadstoffemissionen des KFZ-Verkehrs, mit dessen Umsetzung Österreich innerhalb Europas eine Vorreiterrolle einnahm und innerhalb von kurzer Zeit eine entscheidende Verbesserung der Luftqualität erzielte.<sup>509</sup> So konnte durch die gesetzlich vorgeschriebene Einführung des umweltfreundlichen Katalysators und bleifreien Normalbenzins der Ausstoß von Schwefeldioxidemissionen in einem Zeitraum von nur etwas mehr als zwei Jahren von 440.000 auf 290.000 Tonnen reduziert werden.<sup>510</sup>

Dominiert wurde das (tages)politische Geschehen im Bereich der Energie- und Umweltpolitik unter der Kanzlerschaft von Fred Sinowatz jedoch weniger von der oben umrissenen Maßnahmenoffensive als von zwei Auseinandersetzungen – i.e. der neuerlichen Kontroverse um die Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf und den Konflikt um die Errichtung eines Wasserkraftwerks bei Hainburg – welche große mediale und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen.<sup>511</sup>

#### 4.2.2.1 Die Auseinandersetzung um das AKW Zwentendorf

Sieben Jahre, nachdem infolge des negativen Ausgangs der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf das sogenannte „Atomsperrgesetz“ verabschiedet wurde, stand die Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung von Kernenergie in Österreich infolge des zunehmenden Drucks seitens der Sozialpartnerschaft Anfang 1985 erneut auf der politischen Tagesordnung.<sup>512</sup>

Im Verlauf der achtziger Jahre hatten sich, vor dem Hintergrund der drastisch gestiegenen Aufwendungen für Energieimporte infolge des zweiten

---

<sup>508</sup> vgl. GLATZ (1988), S.407.

<sup>509</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.249; vgl. GLATZ (1988), S.407.

<sup>510</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.249; vgl. GLATZ (1988), S.407.

<sup>511</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.528.

<sup>512</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. PELINKA Anton (1993), S.44.

Ölpreisschocks 1979/80 und der hohen Instandhaltungskosten des fertig gestellten Kernkraftwerkes, in allen drei damaligen Parlamentsparteien jene Stimmen vermehrt, die für eine neuerliche Abstimmung über die Inbetriebnahme Zwentendorfs plädierten.<sup>513</sup> Auch Fred Sinowatz machte keinen Hehl daraus, dass seiner Ansicht nach das Kernkraftwerk aus volkswirtschaftlichen Gründen doch noch in Betrieb genommen werden sollte.<sup>514</sup> So erklärte er 1984 vor dem Nationalrat: „Ich möchte [...] darauf verweisen, dass das Kernkraftwerk Zwentendorf bisher fast 10 Milliarden Schilling gekostet hat und dass im Falle einer Nichtinbetriebnahme diese Milliarden als verlorener Aufwand zu betrachten wären.“<sup>515</sup> Aufgrund der strikten Anti-Atom-Linie der FPÖ<sup>516</sup> und der zwiespältigen Haltung der ÖVP, die zwar prinzipiell atomfreundlich eingestellt war<sup>517</sup>, jedoch aus strategischen Überlegungen die politische Verantwortung der Regierung überlassen wollte, waren die Voraussetzungen für das Zustandekommen einer neuerlichen Volksabstimmung allerdings nicht die Besten.<sup>518</sup> Der von Arbeitgebern ebenso wie Arbeitnehmern ausgehende sozialpartnerschaftliche Druck veranlasste Fred Sinowatz Anfang 1985 jedoch, trotz geringer Erfolgsaussichten eine parlamentarische Abstimmung über die Durchführung einer erneuten Volksabstimmung zu initiieren.<sup>519</sup> Um Zwentendorf aus der parteipolitisch verfahrenen Situation herauszulösen, schlug Fred Sinowatz allerdings eine Aufhebung des Klubzwangs bei der bevorstehenden Abstimmung im Nationalrat vor und forderte ÖVP und FPÖ zu derselben Vorgangsweise auf.<sup>520</sup> Während sich jedoch die ÖVP weigerte, die Abstimmung für ihre Abgeordneten freizugeben, erwies sich die von Heinz Fischer erdachte Taktik für die FPÖ als Königsweg:<sup>521</sup> Durch das freie Abstimmungsverhalten bei der von der SPÖ

---

<sup>513</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.527; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.273 und S.275.

<sup>514</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. FEYMANN (1999), S.234.

<sup>515</sup> SINOWATZ, Fred: Schwerpunkte der Regierungsarbeit. Erklärung vor dem Nationalrat am 24.5.1984, zit. nach FEYMANN (1999), S.234.

<sup>516</sup> Der strikte Anti-AKW-Kurs der FPÖ war auch der Grund, weshalb die Frage nach der Nutzung der Atomenergie im Regierungsprogramm ausgespart worden war. (vgl. PELINKA Anton (1993), S.44.)

<sup>517</sup> Vor allem im Bereich des Wirtschaftsbundes und der Industriellenvereinigung wurde die friedliche Nutzung der Kernkraft stark befürwortet. (vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.276; vgl. KOSTELKA (1988), S.86.)

<sup>518</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.276; vgl. FEYMANN (1999), S.234.

<sup>519</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.44.

<sup>520</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.278 UND S.281.

<sup>521</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.87; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.283.

initiierten Abstimmung über eine Aufhebung des „Atomsperrgesetzes“ am 21. März 1985 – welche mit 91 zu 90 Stimmen zwar wie erwartet eine relative Mehrheit, jedoch bei weitem nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit brachte – konnte nämlich sowohl eine optische Niederlage der SPÖ vermieden und damit das Koalitionsklima gewahrt, als auch das Image der FPÖ als konsequente Anti-Atom-Partei aufrechterhalten werden.<sup>522</sup>

Mit dem Ergebnis der parlamentarischen Abstimmung war Zwentendorf als politisches Thema vom Tisch, was rückblickend gesehen auch die SPÖ begünstigte, da sie im öffentlichen Ansehen nicht in jenem Ausmaß zu einer Pro-Atom-Partei wurde, wie dies bei einer neuerlichen Volksabstimmung zur Inbetriebnahme Zwentendorfs zwangsläufig der Fall gewesen wäre.<sup>523</sup> Vor allem angesichts der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April des Folgejahres und der überaus großen Erregung und Betroffenheit, die diese in der Bevölkerung hervorrief, kann dieser Verlauf für die Sozialdemokraten durchaus als glücklich betrachtet werden.<sup>524</sup>

#### 4.2.2.2 Der Konflikt um Hainburg

Zu der noch nicht ausgestandenen Auseinandersetzung um das „Atomsperrgesetz“ und das AKW Zwentendorf gesellte sich mit dem Konflikt um den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg unter der Kanzlerschaft von Sinowatz ein weiterer energiepolitischer Brandherd.

Nachdem erste Planungsschritte zum Bau einer zusätzlichen Donaustaufstufe bei Hainburg – zur Verringerung der stark gestiegenen Auslandsabhängigkeit der österreichischen Energieversorgung – von den Donaukraftwerken bereits Anfang der achtziger Jahre in Angriff genommen wurden, wurde die Errichtung des Wasserkraftwerkes 1983 auch in das Regierungsprogramm der Kleinen Koalition aufgenommen.<sup>525</sup> So heißt es im Regierungsübereinkommen zwischen FPÖ und SPÖ: „Es besteht Übereinstimmung, das Donaukraftwerk im Raume von Hainburg zu bauen.“<sup>526</sup> Auch in seiner Regierungserklärung brachte Fred

---

<sup>522</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.44; vgl. CAMPBELL (1995), S.528; vgl. KOSTELKA (1988), S.86f; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.285.

<sup>523</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.44; vgl. KOSTELKA (1988), S.87.

<sup>524</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.87.

<sup>525</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.294; vgl. FISCHER (1998), S.364; vgl. CAMPBELL (1995), S.528.

<sup>526</sup> o.V.: SPÖ-FPÖ Arbeitsübereinkommen. In: KOHL, Andreas; STIRNEMANN, Alfred (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1984*. München/Wien, 1985, S.523.

Sinowatz das Bestreben der Regierung, den Ausbau der Wasserkraft als wichtigste Basis der heimischen Stromversorgung weiterzuführen und insbesondere den Donauausbau mithilfe der Errichtung eines Kraftwerkes bei Hainburg voranzutreiben, deutlich zum Ausdruck.<sup>527</sup> Als sich im Laufe des Jahres 1983 der zunächst auf regionale Bürgerinitiativen beschränkte Widerstand gegen den Kraftwerksbau allmählich aus seiner lokalen Begrenztheit löste, schwor Sinowatz die Bundesregierung darauf ein, keinen Zweifel an der Errichtung des Donaukraftwerkes Hainburg aufkommen zu lassen.<sup>528</sup> Entsprechend dieser Vorgabe sprachen sich sowohl Vizekanzler Steger als auch Kanzler Sinowatz im Frühjahr 1984 unter Berufung auf den wirtschaftlichen und ökologischen Nutzen des Projekts einstimmig für den Bau Hainburgs aus.<sup>529</sup> In einer Erklärung vor dem Nationalrat ließ Sinowatz nochmals mit Nachdruck verlauten, dass die Regierung auch in Zukunft nicht auf Großkraftwerke verzichten können<sup>530</sup>: „Wenn wir umweltfeindliche Energie durch umweltfreundliche Energie substituieren wollen, wenn wir alte umweltfeindliche Kraftwerke der Nachkriegsgeneration stilllegen wollen, dann werden wir auf den Ausbau der Wasserkräfte, die unbestritten umweltfreundlichste Form der Energiegewinnung, nicht verzichten können.“<sup>531</sup> Trotz einhelliger Bemühungen konnte die Regierung jedoch nicht verhindern, dass der Widerstand gegen Hainburg durch die massive mediale Unterstützung – insbesondere von Österreichs größter Boulevardzeitung<sup>532</sup> – auf immer breiteres Interesse innerhalb der Bevölkerung stieß und sich im Verlauf des Jahres 1984 zu einer bundesweiten Protestbewegung ausweitete.<sup>533</sup> Im Frühsommer kam es, parallel zur Formierung der so genannten „Plattform gegen Hainburg“ rund um den Nobelpreisträger Konrad Lorenz zur Bildung eines überparteilichen Personenkomitees zur Einleitung des „Konrad-Lorenz-Volksbegehrens“ gegen den Kraftwerksbau sowie für eine Wende in der Energie- und Umweltpolitik, welches sich rasch zum eigentlichen Sprachrohr

---

<sup>527</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.297.

<sup>528</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.299; vgl. VRANITZKY (2004), S.51.

<sup>529</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.302.

<sup>530</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.249.

<sup>531</sup> SINOWATZ, Fred: Schwerpunkte der Regierungsarbeit. Erklärung vor dem Nationalrat am 24.5.1984, zit. nach FEYMANN (1999), S.249.

<sup>532</sup> i.e. der „Kronen Zeitung“

<sup>533</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.299.

der Widerstandsbewegung entwickelte.<sup>534</sup> Als Startschuss für das Volksbegehren wurde Mitte Mai eine vielbeachtete „Pressekonferenz der Tiere“ inszeniert, bei der mehrere Prominente als Tiere verkleidet gegen den Bau des Kraftwerkes auftraten.<sup>535</sup> Mit Fortdauer und zunehmender Emotionalisierung der Auseinandersetzung geriet die Kontroverse um den Bau von Hainburg auch zunehmend in das Spannungsfeld von Regierung und Opposition – nicht zuletzt aufgrund des massiven Drucks der Gewerkschaft, die gemeinsam mit Wirtschafts- und Industrievertretern zu den Kraftwerksbefürwortern zählte.<sup>536</sup> Ihren endgültigen Höhepunkt erreichte die Kontroverse schließlich mit der Besetzung der Hainburger Au infolge der heftig umstrittenen naturschutzbehördlichen und wasserrechtlichen Genehmigung des Kraftwerksbaus durch den niederösterreichischen Landesrat Brezovsky und der daraufhin erteilten Rodungsbewilligung im Dezember 1984.<sup>537</sup> Anschließend an einen von der Protestbewegung organisierten Sternmarsch in das Augebiet am 8. Dezember, bei der an die 8.000 Menschen gegen den Kraftwerksbau protestieren, schlugen einige hundert Kraftwerksgegner in der Stopfenreuther Au ihre Zelte auf und erzwangen am 10. Dezember zunächst eine kurzfristige Einstellung der Rodungsarbeiten.<sup>538</sup> Weitere Rodungsversuche sowie die massive mediale Berichterstattung darüber bewirkten in den darauf folgenden Tagen einen immer größeren Zulauf für die Aubesetzer, sodass schlussendlich mehrere tausend Kraftwerksgegner in der Au campierten, die eine von der Regierung beabsichtigte gewaltfreie Räumung des Augebietes nach gescheiterten Verhandlungen am 17. Dezember unmöglich machten.<sup>539</sup> Eine daraufhin von wütenden Arbeitergewerkschaftern am folgenden Tag geplante Großdemonstration in der Stopfenreuther Au – und damit einen voraussichtlich gewaltsamen Zusammenstoß zwischen Kraftwerksgegnern und -befürwortern – konnte Fred Sinowatz mit erheblichem persönlichen Einsatz in einem vermittelnden Gespräch mit ÖGB-Präsident Benya gerade noch verhindern;

---

<sup>534</sup> vgl. WELAN (2005), S.29; vgl. STENITZER (1994), S.14.

<sup>535</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.300; vgl. STENITZER (1994), S.16.

<sup>536</sup> vgl. WELAN (2005), S.29; vgl. STENITZER (1994), S.5.

<sup>537</sup> vgl. STENITZER (1994), S.77f und 83; vgl. CAMPBELL (1995), S.528.

<sup>538</sup> vgl. WELAN 2005, S.29f; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.307.

<sup>539</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.308f; vgl. FISCHER (1998), S.368.

dem Druck der Gewerkschaft, statt der Gegendemonstration eine polizeiliche Räumung zu erwirken, konnte er sich jedoch nicht mehr entziehen.<sup>540</sup>

Am 19. Dezember erteilte die Regierung der Exekutive schließlich einen Räumungsbefehl, der zum bisher brutalsten Polizeieinsatz in der Au mit teilweise blutigen Zusammenstößen zwischen Exekutivbeamten und Aubesetzern führte und der die Bevölkerung endgültig in zwei Lager zu spalten drohte – wie auch Fred Sinowatz erkennen musste.<sup>541</sup> Bis zu den dramatischen Ereignissen des 19. Dezembers hatte Sinowatz das Potential der neuen sozialen Bewegungen zwar registriert, sich aber in seinen Entscheidungen noch an den sozialpartnerschaftlichen Rahmenbedingungen orientiert.<sup>542</sup> Als die Gegensätze jedoch offensichtlich unüberbrückbar geworden waren und Sinowatz erkannte, dass die Regierung ihren ursprünglichen Beschluss – i.e. das Donaukraftwerk bei Hainburg zu bauen – nur unter erheblichen politischen Kosten durchsetzen können würde, entschloss er sich mit der Verordnung eines sogenannten „Weihnachtsfriedens“, i.e. einer Aussetzung der Rodungen und polizeilichen Räumungsversuche bis zum 3. Jänner, die höchst angespannte Situation zu entschärfen.<sup>543</sup> Vor dem Jahreswechsel entschied Sinowatz in Absprache mit seinen engsten Vertrauten innerhalb der Partei<sup>544</sup> den Baustopp des Kraftwerkes entgegen den Gewerkschaftsinteressen auf unbestimmte Zeit zu verlängern, was letztlich einer Rücknahme des Baubeschlusses gleichkam<sup>545</sup>.<sup>546</sup> Rückblickend begründete Sinowatz diesen Entschluss damit, dass es ihm in erster Linie darum gegangen sei, die Situation nicht eskalieren zu lassen und die drohende gesellschaftliche Polarisierung im Land zu verhindern.<sup>547</sup> Diese Entscheidung stieß zwar – vor allem innerhalb der Gewerkschaft – auch auf viel Kritik, demoskopisch gesehen wirkte sich die

---

<sup>540</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.310; vgl. STRÖER (2004), S.82.

<sup>541</sup> vgl. WELAN 2005, S.30; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.310; vgl. FISCHER (1998), S.368f; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.538.

<sup>542</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.317.

<sup>543</sup> vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.538; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.310f; vgl. PELINKA Anton (2004), S.14; vgl. FEYMAN (1999), S.250.

<sup>544</sup> i.e. den Angehörigen des sogenannten „Siebenerkomitees“, Leopold Gratz, Heinz Fischer, Karl Blecha, Josef Wille, Fritz Marsch und Peter Schieder (siehe Kap.III.4.4) (vgl. FEYMAN (1999), S.250.)

<sup>545</sup> Eine endgültige Beruhigung der Situation trat Anfang Jänner ein, als der Verwaltungsgerichtshof einer Beschwerde gegen den Wasserrechtsbescheid aufschiebende Wirkung zuerkannte, womit das Kraftwerksprojekt seine Rechtsgrundlage verlor und die Bau- und Rodungsarbeiten gestoppt werden mussten. (vgl. WELAN (2005), S.30.)

<sup>546</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.43; vgl. FEYMAN (1999), S.250.

<sup>547</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.43.

Konsensbereitschaft des Bundeskanzlers in dieser Angelegenheit jedoch durchaus positiv aus<sup>548</sup>: Nachdem er im Dezember 1984, dem Höhepunkt der Auseinandersetzung, noch einen massiven Imageverlust hatte hinnehmen müssen, stiegen seine Umfragewerte im Jänner 1985 wieder deutlich an, während sich der Zuspruch zu den Grünparteien VGÖ und ALÖ etwas reduzierte.<sup>549</sup>

Rückblickend lässt sich sagen, dass Sinowatz mit seinem Einlenken in dieser sensiblen Angelegenheit der Ökologiebewegung nach Zwentendorf zwar ihren zweiten großen politischen Erfolg ermöglichte, seiner Partei jedoch langfristig gesehen einen aufreibenden Richtungsstreit zwischen Ökonomie und Ökologie ersparte.<sup>550</sup> Somit sicherte er den Sozialdemokraten nicht nur eine gute Gesprächsbasis mit der bald darauf gegründeten einheitlichen Grünpartei, sondern sorgte auch dafür, dass viele umweltbewegte Menschen innerhalb der SPÖ ihrer Partei auch weiterhin die politische Treue halten konnten.<sup>551</sup>

### 4.3 Regierungszusammenarbeit und Koalitionsklima

Als Kreisky vor seinem Abgang von der politischen Bühne im Frühjahr 1983 die letzten Vorkehrungen für die Bildung einer Kleinen Koalition vornahm, rief diese politische Weichenstellung in den Reihen der Sozialdemokraten alles andere als Begeisterung hervor.<sup>552</sup>

Im Gegensatz zur FPÖ, die in der Regierungsbeteiligung eine einmalige Möglichkeit sah, nach Jahrzehnten der politischen Isolation aus dem „Ghetto des deutschnationalen Lagers“<sup>553</sup> auszubrechen und sich als liberale, nach beiden Seiten des politischen Spektrums offene Regierungspartei nach dem Muster der FDP zu profilieren, konnte die überwiegende Mehrheit der SPÖ einer Zusammenarbeit mit der Freiheitlichen Partei vergleichsweise wenig Positives abgewinnen.<sup>554</sup> Während die FPÖ das Ergebnis der Regierungsverhandlungen mit einem einstimmigen Beschluss des

---

<sup>548</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.250; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.314.

<sup>549</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.314 und S.317.

<sup>550</sup> vgl. PELINKA Anton (2004), S.14; vgl. PELINKA Anton (1993), S.43.

<sup>551</sup> vgl. PELINKA Anton (2004), S.14.

<sup>552</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.25.

<sup>553</sup> PELINKA Anton (1993), S.15.

<sup>554</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.64; vgl. PELINKA Anton (1995), S.281; vgl. PELINKA Anton (1993), S.32.



Parteivorstandes absegnete, musste in der SPÖ zur Legitimation des Verhandlungsergebnisses erst ein außerordentlicher Bundesparteitag einberufen werden, bei dem die große innerparteiliche Skepsis deutlich zu spüren war.<sup>555</sup> Dem Großteil der traditionell antifaschistisch eingestellten SPÖ-Funktionäre waren vor allem die deutschnationalen Wurzeln des zukünftigen Koalitionspartners sowie die nationalsozialistische Vergangenheit etlicher Funktionäre ein Dorn im Auge. Trotz aller Bemühungen der neuen Parteiführung um eine liberale Akzentuierung blieb die Wahrnehmung der FPÖ als Heimstätte ehemaliger Nationalsozialisten in den Köpfen vieler Sozialdemokraten fest verankert.<sup>556</sup>

Dass sich der große Vorbehalt beziehungsweise die Abwehrhaltung gegenüber der FPÖ in den Kreisen der Funktionäre nicht im Abstimmungsergebnis niederschlug und die Bildung einer Kleinen Koalition auf dem Parteitag letztlich mit überwältigender Mehrheit<sup>557</sup> gebilligt wurde, war lediglich taktischen Überlegungen und nüchternem politischen Kalkül zuzuschreiben, wie die Debatten auf dem Parteitag deutlich belegen.<sup>558</sup> Sieht man von den Wortmeldungen Bruno Kreiskys, der sich vehement für eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen aussprach, und einiger weniger führender Parteifunktionäre wie Leopold Gratz oder Anton Benya ab, konnte man nämlich grundsätzlich von keiner Seite enthusiastische Zustimmung für die Bildung einer SPÖ-FPÖ Regierung vernehmen.<sup>559</sup> Da man sich in der SPÖ in den dreizehn Jahren Alleinregierung jedoch bereits zu sehr an die führende Regierungsrolle gewöhnt hatte und – wie es Sinowatz ausdrückte – „[...] möglichst rasch die Regierungsarbeit fortsetzen und sie weitgehend nach [den eigenen] Vorstellungen gestalten [wollte]“<sup>560</sup>, akzeptierten die Delegierten die Weichenstellung Kreiskys gegenüber den Alternativen Große Koalition oder

---

<sup>555</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.71; vgl. PELINKA Anton (1993), S.30f; vgl. FEYMANN (1999), S.225.

<sup>556</sup> vgl. PELINKA Anton (1995), S.280; vgl. PELINKA Peter (2000), S.160; vgl. PELINKA Anton (1993), S.13 und S.16.

<sup>557</sup> Von 554 stimmberechtigten Delegierten stimmten bei zwei Enthaltungen nur 18 gegen den Antrag der Parteiführung, die Koalitionsbildung mit der FPÖ zu befürworten. (vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.71; vgl. PELINKA Anton (1993), S.31.)

<sup>558</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.71; vgl. PELINKA Anton (1993), S.16 und S.31; vgl. FEYMANN (1999), S.228.

<sup>559</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.31; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.71.

<sup>560</sup> Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.534.

Gang in die Opposition als das kleinste politische Übel.<sup>561</sup> Auch Sinowatz selbst sah die Kleine Koalition nicht wie Kreisky als strategische Option, sondern primär vor dem pragmatischen Hintergrund, dass das Bündnis mit der kleinen 5-Prozent-Partei FPÖ der SPÖ sowohl in sachpolitischer als auch in personalpolitischer Hinsicht – in Hinblick auf die Aufgabe von Ressorts – wesentlich weniger „kosten“ würde als eine Mehrheitsbildung mit der beinahe gleich starken ÖVP.<sup>562</sup>

Wenngleich man sich des Mangels an politischen Alternativen bewusst war, blieb die Kleine Koalition für die Mehrheit der SPÖ-Funktionäre – vor allem für viele Gewerkschaftsfunktionäre und die „Parteilinke“ – jedoch stets ein notwendiges Übel, das man nur als Übergangsphase bis zur Korrektur des „Betriebsunfalles“ – i.e. dem Verlust der absoluten Mehrheit – bei den nächsten Nationalratswahlen auf sich zu nehmen bereit war.<sup>563</sup>

Aller Reserviertheit innerhalb seiner Partei zum Trotz bekräftigte Fred Sinowatz bei seiner Regierungserklärung im Mai 1983 die „feste Absicht der beiden Regierungsparteien, sachlich und loyal zusammenzuarbeiten [...]“<sup>564</sup>, ein Bekenntnis, an dessen Aufrichtigkeit er während seiner Amtszeit keinerlei Zweifel zuließ.

Entsprechend seiner Auffassung, dass es eine seiner Hauptaufgaben als Bundeskanzler sei, in der Regierung für ein einträgliches Arbeitsklima und ein gutes Einvernehmen unter den Mitgliedern des Kabinetts zu sorgen, bemühte sich Sinowatz unermüdlich – oder „wie Sisyphus“<sup>565</sup>, wie Heinz Fischer es ausdrückte – vertrauensvolle Zusammenarbeit zu predigen, Missverständnisse aufzuklären und Meinungsverschiedenheiten zu schlichten und so das neue politische Geflecht allen Misserfolgen und Fehlentwicklungen zum Trotz zusammenzuhalten.<sup>566</sup> Ein besonders gutes Verhältnis entwickelte Sinowatz zu Vizekanzler Norbert Steger, der rückblickend über ihn sagt: „[Er] stand stets zur

---

<sup>561</sup> vgl. PELINKA Anton (1995), S.281; vgl. PELINKA Anton (1993), S.13 und S.17; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.534..

<sup>562</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.17 und S.97f; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.66; vgl. CAMPBELL (1995), S.526.

<sup>563</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.71; vgl. PELINKA Anton (1993), S.32.

<sup>564</sup> SINOWATZ (1983), S.6.

<sup>565</sup> FISCHER (1988), S.355

<sup>566</sup> vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.534f; vgl. FISCHER (1998), S.355; vgl. VRANITZKY (2004), S.53.

Kleinen Koalition, wie er überhaupt nie unanständig war. Ich habe große Hochachtung vor ihm.<sup>567</sup> Doch nicht nur zwischen den zwei Parteivorsitzenden, sondern auch unter den restlichen Regierungsmitgliedern herrschte ein gutes Arbeitsklima; die konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit sowie die korrekten persönlichen Beziehungen über die Fraktionsgrenzen hinweg wurden von den politischen Akteuren rückblickend stets hervorgehoben.<sup>568</sup>

Trotz einträglichen Arbeitsverhältnisses und der durchwegs guten persönlichen Beziehungen zwischen den Regierungsmitgliedern bemängelten jedoch die freiheitlichen Kabinettsmitglieder, allen voran Norbert Steger, rückblickend die mangelnde Sensibilität der SPÖ für die notwendigen Profilierungsinteressen der FPÖ und kritisierten die Selbstverständlichkeit, mit der die Sozialdemokraten ihre eigenen politischen Ziele in den Vordergrund stellten.<sup>569</sup> Tatsächlich fiel es Steger als Führer einer 5-Prozent-Partei von Beginn an schwer, die freiheitlichen Interessen gegenüber einer Partei durchzusetzen, die sich im Eindruck der langen Jahre der Sozialistischen Alleinregierung mehrheitlich nach wie vor verhielt, als wäre sie im Besitz der absoluten Mehrheit.<sup>570</sup> Die Tatsache, dass viele innerhalb der SPÖ von der Vorstellung geprägt waren, die Kleine Koalition sei eine Fortsetzung der sozialistischen Alleinregierung mit anderen Mitteln, bestätigten mit Franz Vranitzky und Fred Sinowatz rückblickend auch die führenden sozialistischen Akteure der Kleinen Koalition<sup>571</sup>: So meinte etwa Sinowatz: „Der SPÖ fehlten nur wenige Mandate zur absoluten Mehrheit und wir meinten, dass uns diese Stärke legitimiert, als führende Kraft in der Regierung zu wirken.“<sup>572</sup> Wie sich schon im Arbeitsübereinkommen der Kleinen Koalition<sup>573</sup> zeigte, versuchten die Sozialdemokraten – entsprechend ihrer Prämisse, einen möglichst geringen politischen Preis für die Kleine Koalition zu

---

<sup>567</sup> Steger, in KRIECHBAUMER (2008), S.580.

<sup>568</sup> vgl. FISCHER (1998), S.336; vgl. PELINKA Anton (1993), S.66.

<sup>569</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.40; vgl. FEYMANN (1999), S.234f.

<sup>570</sup> vgl. LUTHER (1995), S.554; vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.555f; vgl. FEYMANN (1999), S.235.

<sup>571</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.40; vgl. FEYMANN (1999), S.235; vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.555f; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.534.

<sup>572</sup> Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.534.

<sup>573</sup> Das Arbeitsübereinkommen von SPÖ und FPÖ war über weite Strecken, teilweise sogar wörtlich, dem Wahlprogramm der SPÖ entnommen. (vgl. KOSTELKA (1988), S.78.)

zahlen – die FPÖ von Beginn möglichst eng an ihre eigenen Zielinteressen anzubinden und ihnen nur wenig inhaltlichen Spielraum zu gewähren.<sup>574</sup>

Symptomatisch für die sozialdemokratische Dominanz der Regierungspolitik waren insbesondere die Turbulenzen rund um die vom Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer ausgelöste Diskussion um die „Ladenöffnungszeiten“ am 8. Dezember 1984, in deren Folge die FPÖ, vor allem deren Obmann, Vizekanzler Steger, einen erheblichen Imageverlust hinnehmen musste.<sup>575</sup> Ihre anfänglichen Hoffnungen, sich neben der als „Sozialpartei“ agierenden SPÖ als „Wirtschaftspartei“ profilieren zu können und damit zu einer ernsthaften Konkurrenz für die ÖVP heranzuwachsen, mussten die freiheitlichen Regierungsmitglieder somit bereits relativ früh begraben, insbesondere als die SPÖ auch in weiteren sensiblen Streitfragen, wie im Konflikt um Hainburg oder bei der „VÖEST-Krise“, weitgehend ohne Einbindung ihres Koalitionspartners agierte.<sup>576</sup> In der öffentlichen Wahrnehmung wurde die Kleine Koalition in weiterer Folge kaum noch als Partnerschaft zweier Parteien aufgefasst, sondern lediglich als „sozialistische Koalitionsregierung“ betrachtet, und die FPÖ-Regierungsmannschaft geriet als „willfähiges Anhängsel der SPÖ“ in erhebliche Akzeptanzschwierigkeiten.<sup>577</sup> Als die FPÖ infolge ihrer fehlenden Profilierungsmöglichkeiten in der Wählergunst bedrohlich absackte, sah sich Vizekanzler Steger einer massiven innerparteilichen Kritik durch den rechts-nationalen Flügel unter Führung des Kärntner Landesparteiobmannes Jörg Haiders ausgesetzt, der – gestärkt durch den Erfolg bei den Kärntner Landtagswahlen im September 1984 – nicht nur den Parteiobmann selbst, sondern auch dessen sozialliberalen Profilierungskurs und damit die Koalitionsregierung insgesamt in der Öffentlichkeit zunehmend in Frage stellte.<sup>578</sup>

---

<sup>574</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.78; vgl. CAMPBELL (1995), S.529; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.68.

<sup>575</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.234; vgl. CAMPBELL (1995), S.529; vgl. Steger, in KRIECHBAUMER (2008), S.580f.

<sup>576</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.529; vgl. FEYMANN (1999), S.234f; vgl. PELINKA Anton (1993), S.39f, S.42-44 und S.50; vgl. Steger, in KRIECHBAUMER (2008), S.580-586.

<sup>577</sup> vgl. PELINKA Anton (1995), S.281; vgl. PELINKA Anton (1993), S.40; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.68

<sup>578</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.78; vgl. CAMPBELL (1995), S.529; vgl. PELINKA Anton (1993), S.34.

Rückblickend geben viele der damals führenden sozialdemokratischen Regierungsmitglieder<sup>579</sup> zu, dass es – insbesondere angesichts der weiteren Entwicklungen in der FPÖ und deren Auswirkungen auf die Bundesregierung – ein taktischer Fehler gewesen sei, Vizekanzler Steger und seiner Regierungsmannschaft gegen die FPÖ-interne Opposition nicht stärkere Entfaltungsmöglichkeiten zugestanden zu haben.<sup>580</sup> So gestand unter anderem Fred Sinowatz: „Im Nachhinein betrachtet, muss man der SPÖ [...] vorwerfen, dass sie dem kleinen Regierungspartner zu wenig Raum zur Entfaltung gelassen hat. [...]“<sup>581</sup>

Auf sozialdemokratischer Seite wiederum rief im Jänner 1985 der Handschlag zwischen dem freiheitlichen Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager und dem vorzeitig aus italienischer Kriegsgefangenschaft entlassenen ehemaligen SS-Offizier Walter Reder große innerparteiliche Entrüstung hervor, wurde dieser Handschlag doch von vielen Funktionären innerhalb der SPÖ als Provokation und Zeichen eines Zugeständnisses an die überwunden geglaubte nationalsozialistische Vergangenheit der FPÖ gesehen.<sup>582</sup> Zwar konnte die durch die „Affäre Reder-Frischenschlager“ ausgelöste Regierungskrise durch das vermittelnde Eingreifen von Fred Sinowatz und eine entschuldigende Erklärung Frischenschlagers oberflächlich vorerst bewältigt werden, die Bereitschaft innerhalb der SPÖ, die Kleine Koalition fortzusetzen beziehungsweise die FPÖ als längerfristigen Regierungspartner zu akzeptieren, hatte sich jedoch deutlich verringert.<sup>583</sup> Nachdem sich die Freiheitlichen in der „Affäre Reder-Frischenschlager“ in den Augen vieler Sozialdemokraten nicht als jene liberale Partei erwiesen hatte, als die Kreisky sie 1983 dargestellt hatte, begann man sich zunehmend nach alternativen Regierungsvarianten

---

<sup>579</sup> u.a. Franz Vranitzky, Heinz Fischer und Fred Sinowatz. (vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.555f; vgl. FISCHER (1988), S.337; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.534.)

<sup>580</sup> vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.555f; vgl. FISCHER (1988), S.337; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.534; vgl. PELINKA Peter (2000), S.172.

<sup>581</sup> SINOWATZ, Fred: Beobachter und Mitgestalter der Politik in der Zweiten Republik. Unveröffentlichtes Manuskript, zit.nach FEYMAN (1999), S.235.

<sup>582</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.236; vgl. PELINKA Anton (1995), S.282; vgl. VRANITZKY (2004), S.52; vgl. PELINKA Anton (1993), S.46.

<sup>583</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.46 und S.52; vgl. PELINKA Anton (1995), S.282.

umzusehen, wobei für viele Funktionäre wieder die Option einer Großen Koalition in den Mittelpunkt rückte.<sup>584</sup>

#### 4.4 Parteiinterne Personalpolitik und Führungsarbeit

Bruno Kreisky hatte Fred Sinowatz vor allem aus zwei Gründen zu seinem Nachfolger erwählt: Einerseits hoffte er, dass dieser in seiner „burgenländischen Breite“ – wie Kreisky es oft auszudrücken pflegte – ein Wählerpotential weit über die Reihen der SPÖ hinaus generieren könnte, andererseits erwartete er von dem parteiintern über eine hohe Akzeptanz verfügenden Sinowatz, dass er in einer – für die SPÖ – äußerst turbulenten und schwierigen Phase die wichtige Funktion einer Integrationsfigur übernehmen und die Partei zusammenhalten beziehungsweise vor Flügelkämpfen bewahren würde.<sup>585</sup>

Und tatsächlich war Fred Sinowatz von Beginn an nicht nur als Bundeskanzler, sondern vor allem auch als Parteivorsitzender gefordert.<sup>586</sup> In seinem ersten Amtsjahr wurde seine innerparteiliche Führungskompetenz insbesondere durch die drohende Eskalation des Konflikts zwischen Bruno Kreisky und Hannes Androsch auf die Probe gestellt, die die SPÖ zunehmend in zwei Lager spaltete.<sup>587</sup> Als die Atmosphäre innerhalb der SPÖ nach der Übergabe einer Sachverhaltsdarstellung über mögliche Steuerhinterziehungen Androschs an die Staatsanwaltschaft durch Finanzminister Herbert Salcher im Sommer 1984 einmal mehr zum Zerreißen angespannt war, entschloss sich Fred Sinowatz, der innerparteilichen Krisenstimmung mit einer Umbildung des sozialdemokratischen Teils der Bundesregierung entgegenzusteuern.<sup>588</sup>

Angesichts der innerparteilichen Turbulenzen schien für ihn nun die Zeit gekommen zu sein, die bereits länger vorbereitete Umstrukturierung seiner Regierungsmannschaft umzusetzen, und so nahm er am 3. September 1984 eine der umfassendsten Regierungsumbildungen in der Geschichte der Zweiten

---

<sup>584</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.52; vgl. FEYMANN (1999), S.237.

<sup>585</sup> vgl. FISCHER (1998), S.312; vgl. FEYMANN (1999), S.222; vgl. PELINKA Peter (2000), S.159; vgl. CAMPBELL (1995), S.526.

<sup>586</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.82.

<sup>587</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.239; vgl. PELINKA Anton (1993), S.35; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.82.

<sup>588</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.80-82; vgl. FEYMANN (1999), S.239; vgl. PELINKA Anton (1993), S.35; vgl. PELINKA Peter (1988), S.159; vgl. CAMPBELL (1995), S.527.

Republik vor.<sup>589</sup> Die zwei wesentlichsten Veränderungen betrafen das Finanzministerium, in das anstelle Herbert Salchers der von Sinowatz bereits 1983 favorisierte Franz Vranitzky berufen wurde, und das Außenministerium, dessen Leitung von Erwin Lanc auf den damaligen Wiener Bürgermeister und engen Freund von Sinowatz, Leopold Gratz, übertragen wurde.<sup>590</sup> Darüber hinaus wurde Unterrichtsminister Helmut Zilk – der die Nachfolge von Gratz im Wiener Rathaus antrat – vom Salzburger SPÖ-Vorsitzenden Herbert Moritz, Familienministerin Elfriede Karl von der damaligen Wiener Vize-Bürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner und Verkehrsminister Karl Lausecker von Ferdinand Lacina abgelöst.<sup>591</sup> Letzterer erhielt zudem die Zuständigkeit für die „Öffentliche Wirtschaft“ beziehungsweise die Verstaatlichte Industrie, weshalb er neben Bundeskanzler Sinowatz und Finanzminister Vranitzky zum einflussreichsten Regierungsmitglied aufstieg.<sup>592</sup> Die „Aufwertung“ des als „links“ eingestuften Lacina wurde von Sinowatz bewusst eingesetzt, um den linken Parteiflügel – der aufgrund des Ausscheidens der zwei Vertrauensmänner Kreiskys, Salcher und Lanc, Grund zur innerparteilichen Kritik hätte haben können – zu beruhigen.<sup>593</sup>

Trotz ihres beträchtlichen Ausmaßes wurde die Regierungsumbildung im Parteivorstand jedoch mit nur einer Gegenstimme<sup>594</sup> angenommen, und auch in der Bevölkerung riefen die personellen Neuerungen durchwegs positive Reaktionen hervor.<sup>595</sup> Lediglich der gewählte Zeitpunkt der Abberufung Salchers – i.e. just nachdem sich dieser in der Partei aufgrund seines Verhaltens in der Causa Androsch unbeliebt gemacht hatte – warf in der Öffentlichkeit einen Schatten auf die sonst makellose Optik der personellen Weichenstellung von Fred Sinowatz.<sup>596</sup>

Sinowatz selbst hingegen bestritt jeglichen kausalen Zusammenhang zwischen der Ablöse Salchers und dessen „Strafanzeige“ gegen Androsch und

---

<sup>589</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.239; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.538.

<sup>590</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.239f; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.83; vgl. CAMPBELL (1995), S.527; vgl. PELINKA Peter (2000), S.161f.

<sup>591</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.239f; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.83; vgl. CAMPBELL (1995), S.527.

<sup>592</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.83; vgl. PELINKA Anton (1993), S.36f.

<sup>593</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.161f; vgl. PELINKA Anton (1993), S.37; vgl. CAMPBELL (1995), S.527.

<sup>594</sup> i.e. von Josef Cap (vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.83.)

<sup>595</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.83; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.83; vgl. FEYMAN (1999), S.241.

<sup>596</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.35f; vgl. CAMPBELL (1995), S.527; vgl. FEYMAN (1999), S.239f.

interpretierte die Zuspitzung des Konflikts zwischen Salcher und Androsch lediglich als unmittelbaren Anlass der personellen Umstrukturierung<sup>597</sup>: „[...] [Natürlich] versuchte ich, den Konflikt so weit wie möglich zu entschärfen, doch die Regierungsumbildung [...] hatte weiter gehende Beweggründe als die Haltung Salchers in der Causa Androsch.“<sup>598</sup> Sinowatz gab an, die Umbildung des Kabinetts insbesondere vor dem Hintergrund einer neuen Grundstimmung in der Politik vorgenommen zu haben; mit den personellen Neuerungen habe er in erster Linie den Anforderungen eines neuen politischen Zeitgeistes, in dem verstärkt auf Wirtschaftskompetenz sowie eine gewisse Distanz zur Partei gesetzt werde, entsprechen wollen.<sup>599</sup> Die für Sinowatz bedeutendste personelle Veränderung war dementsprechend die Bestellung Franz Vranitzkys, der als ehemaliger Bankmanager sowie Politiker ohne Funktionärstätigkeit innerhalb der SPÖ in den Augen des Kanzlers die Personifizierung der neuen politischen Generation darstellte.<sup>600</sup>

Neben strategisch-politischen Beweggründen, wie unter anderem bei der Berufung von Franz Vranitzky, kamen in der Regierungsumbildung jedoch auch persönliche Motive zum Tragen.<sup>601</sup> So bekannte Sinowatz rückblickend: „Ein besonderes Anliegen war es mir außerdem, Leopold Gratz mit der Leitung des Außenministeriums zu beauftragen. Ich schätzte ihn, den ich schon seit vielen Jahren kannte, ob seiner Intelligenz und Offenheit besonders hoch ein.“<sup>602</sup>

Nicht zuletzt wollte der Kanzler mit der Umstrukturierung der SPÖ-Fraktion in der Bundesregierung in der Öffentlichkeit aber auch seine eigene Führungsrolle beziehungsweise seine Handlungsfähigkeit als Vorsitzender von Regierung und Partei unter Beweis stellen – was ihm auch zweifelsohne gelang.<sup>603</sup> So ist die Signalwirkung, die Sinowatz mit dieser personellen Weichenstellung in der Öffentlichkeit erzeugte, in ihrer unmittelbaren Bedeutung für das Image des Kanzlers und der Regierung rückblickend gar nicht hoch genug

---

<sup>597</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.35; vgl. CAMPBELL (1995), S.527; vgl. FEYMANN (1999), S.239; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.82.

<sup>598</sup> Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.536.

<sup>599</sup> vgl. Sinowatz, in PELINKA Anton (1993), S.36; vgl. FEYMANN (1999), S.240; vgl. SINOWATZ, Fred: Rede vor dem Parteirat der SPÖ in Wien Oberlaa am 13.9.1984, zit. nach FEYMANN (1999), S.241.

<sup>600</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.527;

<sup>601</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.35; vgl. FEYMANN (1999), S.240.

<sup>602</sup> Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.537f.

<sup>603</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.37; vgl. FEYMANN (1999), S.241.



einzuschätzen.<sup>604</sup> Mit der Regierungsumbildung gelang Sinowatz ein äußerst publikumswirksamer personeller und ideologischer Befreiungsschlag von der „Ära Kreisky“, mit dem sich die Partei vorsichtig von den zunehmend unpopulären Maximen der Kreisky'schen Politik distanzierte.<sup>605</sup> Im Jahr nach seinem Amtsantritt konnte sich Fred Sinowatz damit endgültig dem dominanten Schatten seines Amtsvorgängers entziehen und sowohl als Kanzler als auch als Parteivorsitzender sein eigenes politisches Profil entwickeln.<sup>606</sup> Anton Pelinka zufolge war Sinowatz in diesen Tagen „[...] die entscheidende Figur – vielleicht stärker als je zuvor, vielleicht stärker auch als je danach.“<sup>607</sup> Mit dem dringend notwendig gewordenen Emanzipationsschritt vom Altkanzler Kreisky fühlte Sinowatz sich selbst und seine Partei, die dieses Pronomen nun auch tatsächlich verdiente, gestärkt und bekräftigte im medialen Rückenwind: „Das ist mein Wunschteam, mit dem ich in die nächsten Wahlen gehen will.“<sup>608</sup> Wie nicht zuletzt die dadurch hervorgerufene zunehmende Entfremdung zwischen Sinowatz und Kreisky zeigt, war die SPÖ mit der Regierungsumbildung im Spätsommer 1984 eindeutig von einer „Kreisky-Partei“ zu einer „Sinowatz-Partei“ geworden.<sup>609</sup>

Neben der Personalpolitik erfuhr auch die Führungsarbeit innerhalb der SPÖ unter Fred Sinowatz eine entscheidende Wende. Während die Parteigremien unter Kreisky zu bloßen Vollzugsorganen degradiert schienen, setzte sein Nachfolger – wie einst Bruno Pittermann – wieder mehr auf kollektive Führung und Teamarbeit und erfuhr ob dieses Stils in der SPÖ zeitlebens eine sehr große Wertschätzung.<sup>610</sup> Zur internen Entscheidungsfindung und Beratung über „Fragen politischer Strategie“ rief Sinowatz Ende 1983 das sogenannte „Siebenerkomitee“ ins Leben – ein informelles, aber bis zu Sinowatz Rücktritt als Parteivorsitzender regelmäßiges konsultiertes Gremium, dem neben dem

---

<sup>604</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.84f; vgl. PELINKA Anton (1993), S.36f; vgl. FEYMANN (1999), S.240.

<sup>605</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.82-84.

<sup>606</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.36; vgl. PELINKA Anton (1995), S.281; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.82.

<sup>607</sup> PELINKA Anton (1993), S.36.

<sup>608</sup> Sinowatz, in o.V.: Sinowatz: Mit Wunschteam auch in die nächste Wahl. In: *Arbeiterzeitung* vom 4. September 1984, S.1.

<sup>609</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.38;

<sup>610</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.526.

Kanzler die Minister Leopold Gratz, Heinz Fischer und Karl Blecha, Klubobmann Sepp Wille sowie die zwei neu bestellten Zentralsekretäre Peter Schieder und Fritz Marsch angehörten.<sup>611</sup> Darüber hinaus beriet sich Sinowatz stets in einer informellen Gesprächsrunde mit seinen engsten Vertrauten, i.e. Blecha, Gratz und Fischer.<sup>612</sup> Laut Fischer gab es während Sinowatz Kanzlerschaft „[...] kaum eine Woche [...], in der wir nicht zwei- bis dreimal zusammengetroffen sind, und kaum ein wichtiges politisches Problem, über das wir nicht ausführlich diskutiert haben.“<sup>613</sup>

Dem kollektiven Führungsstil von Fred Sinowatz – der sich auf den Kommunikationsfluss und die Koordination innerhalb der SPÖ äußerst positiv auswirkte – lag sein komplexes Weltverständnis zugrunde, demzufolge großen politischen Herausforderungen in Phasen vielfältiger Umbrüche nur mit einem pluralistischen kooperativen Regierungsstil erfolgreich begegnet werden könne.<sup>614</sup>

Was Fred Sinowatz überdies von seinem Vorgänger im Amt des Bundesparteivorsitzenden unterschied, war sein feines Gespür für die organisatorischen und programmatischen Schwächen seiner Partei, und so ist es nicht verwunderlich, dass er die geänderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen während seiner Amtszeit zum Anlass nahm, in der SPÖ einen umfassenden inhaltlichen und organisatorischen Erneuerungsprozess einzuleiten.<sup>615</sup> Die Notwendigkeit einer Parteireform durchzog wie ein roter Faden seine Reden; bereits in seiner Antrittsrede als Parteivorsitzender 1983 signalisierte er eine diesbezügliche Aufbruchsstimmung<sup>616</sup>: „Wir müssen eine offene Partei bleiben, redebereit, diskussionsfähig, offen für neue Strömungen, offen selbst für Provokationen, und wir müssen peinlich bemüht sein um politische Moral und persönliche Integrität der Partei.“<sup>617</sup> Die SPÖ solle „[...] eine Partei der Zukunft bleiben

---

<sup>611</sup> vgl. FISCHER (1998), S.345f und S.364; vgl. CAMPBELL (1995), S.527; vgl. PELINKA Anton (1993), S.67.

<sup>612</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.527; vgl. PELINKA Anton (1993), S.67.

<sup>613</sup> FISCHER (1998), S.315.

<sup>614</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.527; vgl. PELINKA Anton (1993), S.67; vgl. FEYMANN (1999), S.258.

<sup>615</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.124 und S.131f; vgl. LACINA (2004), S.28; vgl. GUSENBAUER (2004), S.43.

<sup>616</sup> vgl. LACINA (2004), S.28; vgl. KOSTELKA (1988), S.81; vgl. HAWLICEK (2004), S.110.

<sup>617</sup> Sinowatz, in HAWLICEK (2004), S.110.

[...]“<sup>618</sup>forderte er, die „[...] nicht mit der Sprache von gestern das Vorgestern [erklärt]“<sup>619</sup>. Entsprechend seiner Erkenntnis, dass die politische Blütezeit der klassischen Lagerparteien vorüber war, rief Sinowatz seine Partei auch später immer wieder dazu auf, sich ideologisch und programmatisch den neuen gesellschaftlichen Schichten der „politischen und ökonomischen Mitte“ zu öffnen, warnte jedoch gleichzeitig eindringlich vor der Abkehr in politische Gesichtslosigkeit und unverbindlichen Populismus<sup>620</sup>: So sprach er 1986 auf dem SPÖ-Bundesparteitag: „[...] Dialogfähigkeit heißt heute Auseinandersetzung mit allen neuen sozialen Gruppierungen [...] aber dabei gilt natürlich [...] dass wir unglaublich werden, wenn wir uns anbieten. [...] [Wir] müssen den durch unsere Politik entstandenen soziologischen Wandel zur Kenntnis nehmen durch eine Politik für die groß gewordene gesellschaftliche Mitte.“<sup>621</sup>

Gemäß seiner Forderung, dass die Sozialdemokratie imstande sein müsse, Antworten auf die Fragen der Zukunft zu geben, initiierte Sinowatz im Herbst 1984 mit der „Perspektiven 90“-Diskussion unter dem Motto „Das Morgen fängt heute an“ eine breit angelegte Zukunftsdiskussion, die – als ideologisch-programmatische Grundlage für die als notwendig erachtete Neuorientierung der Sozialdemokratie – die Parteiarbeit bis zu den Nationalratswahlen 1986 prägen sollte.<sup>622</sup> Darüber hinaus konnte er in seiner Amtszeit als Bundespartei vorsitzender auch eine Modernisierung des innerparteilichen Informationssystems sowie die viel beachtete Quotenregelung für weibliche Funktionsträger in der Partei zustande bringen.<sup>623</sup>

Als er 1988 schließlich auch den Parteivorsitz niederlegte, konnte er seinem Nachfolger eine konsolidierte und gefestigte Partei übergeben, was rückblickend angesichts des sich vollziehenden politischen und gesellschaftlichen Wandels keineswegs als selbstverständlich erachtet werden kann.<sup>624</sup>

---

<sup>618</sup> Sinowatz, in BLECHA (2004), S.70.

<sup>619</sup> Sinowatz, in BLECHA (2004), S.70.

<sup>620</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.124; vgl. BLECHA (2004), S.70.

<sup>621</sup> Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.124.

<sup>622</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.241f; vgl. BLECHA (2004), S.70; vgl. KOSTELKA (1988), S.83; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.124 und S.132.

<sup>623</sup> vgl. BLECHA (2004), S.70; vgl. KOSTELKA (1988), S.83.

<sup>624</sup> vgl. BLECHA (2004), S.70.

## EXKURS: DIE „WALDHEIM-AFFÄRE“

In den an Skandalen und Korruptionsfällen nicht armen achtziger Jahren hinterließ die im Rahmen des Bundespräsidentenschaftswahlkampfes 1986 losgetretene Debatte um die Wehrmachtsvergangenheit des ÖVP-Kandidaten und ehemaligen UNO-Generalsekretärs Dr. Kurt Waldheim besonders tiefe Spuren in der politischen Landschaft Österreichs.<sup>625</sup>

Da die sogenannte „Waldheim-Affäre“ – aufgrund der bereits angesprochenen Häufung politischer Affären und Skandale ab Mitte der achtziger Jahre<sup>626</sup> – in eine Phase zunehmender globaler Aufmerksamkeit für die politischen Vorkommnisse in Österreich fiel, sorgte der ab Anfang 1986 zunehmend an Brisanz gewinnende Fall nicht nur national sondern auch international für großes Aufsehen.<sup>627</sup>

Obwohl bereits 1970, anlässlich Waldheims erster Kandidatur für das Präsidentschaftsamt im Jahr 1971, Gerüchte über Waldheims Kriegsvergangenheit aufgetaucht waren<sup>628</sup>, hatten diese bis zu seiner erneuten Kandidatur im Jahr 1986 sowohl national als auch international kaum Beachtung gefunden.<sup>629</sup> Auch auf seine neuerliche Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der ÖVP im März 1985 hatten die Mutmaßungen über seine Vergangenheit offenkundig keinen Einfluss: Angesichts seiner langjährigen und erfolgreichen internationalen Karriere als Diplomat<sup>630</sup> erschien Waldheim der Volkspartei trotz allem als idealer Kandidat für das Präsidentenamt, und so präsentierte ihn die Parteispitze bereits vierzehn Monate vor den Präsidentschaftswahlen – am 3. März 1985 – als ihren

---

<sup>625</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.261; vgl. GEHLER (1996), S.614.

<sup>626</sup> In diesem Zusammenhang sei insbesondere die „Affäre Reder-Frischenschlager“ im Jahr 1985 erwähnt, mit dessen weltweitem Medienecho international der Eindruck entstand, Österreich hätte ein Problem mit seiner Vergangenheitsbewältigung. (vgl. vgl. FEYMANN (1999), S.261.)

<sup>627</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.261; vgl. GEHLER (1996), S.614.

<sup>628</sup> Das Salzburger Volksblatt hatte am 24. Oktober 1970 einen Beitrag über Waldheims mögliche Mitgliedschaft bei einer SS-Reiterstandarte veröffentlicht. (vgl. GEHLER (1996), S.617.)

<sup>629</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.261; vgl. GEHLER (1996), S.614; vgl. PELINKA Peter (2000), S.184.

<sup>630</sup> Nach Kriegsende war Kurt Waldheim unter anderem als Botschaftssekretär in Paris und als Botschafter in Kanada sowie als Botschafter bei den Vereinten Nationen tätig gewesen. Bevor er von 1972 bis 1981 als UNO-Generalsekretärs fungierte, hatte er zudem von 1968 bis 1970 das Amt des Außenministers unter Bundeskanzler Josef Klaus übernommen. (vgl. GEHLER (1996), S.617.)

Kandidaten für das höchste Staatsamt.<sup>631</sup> Die Umfragewerte gaben der ÖVP Recht:<sup>632</sup> So lag Kurt Waldheim aufgrund seines hohen Bekanntheitsgrades und seines vermeintlich guten internationalen Images seit Verkündung seiner Kandidatur in allen Umfragen deutlich vor seinem Gegenkandidaten, dem von der SPÖ nominierten Gesundheitsminister Dr. Kurt Steyrer<sup>633</sup>, und ging somit als klarer Favorit in die letzte Phase des Präsidentschaftswahlkampfes.<sup>634</sup>

Nachdem es zunächst den Anschein hatte, als würde auf die Bevölkerung ein vergleichsweise langer, aber ruhiger Wahlkampf zukommen, erfuhr die Wahlkampfstimmung drei Monate vor der für den 8. Mai angesetzten Wahlentscheidung eine dramatische Wende<sup>635</sup>: So begann der für das österreichische Nachrichtenmagazin „Profil“ arbeitende Journalist Hubertus Czernin, der mit Genehmigung Waldheims in dessen Wehrstammkarte Einsicht genommen hatte, Anfang März eine wöchentliche Artikelserie über die Kriegsvergangenheit Waldheims zu veröffentlichen, in der er insbesondere auf die in dessen Wehrstammkarte vermerkte SA- und NSDStB-Mitgliedschaft hinwies.<sup>636</sup>

Die Aufregung über den Inhalt der Wehrstammkarte sowie über die in weiterer Folge auftauchenden Hinweise auf Waldheims Tätigkeit als deutscher Wehrmachtsoffizier am Balkan war groß, zumal der Präsidentschaftskandidat die Zeit seiner Stationierung in Südosteuropa bis zum damaligen Zeitpunkt in seinen Lebensläufen und seiner biographischen Darstellung weitgehend unerwähnt gelassen beziehungsweise nur unvollständig dargestellt hatte.<sup>637</sup> So hatte er wiederholt angegeben nach einer Beinverletzung im Dezember 1941 nicht mehr „kriegsdienstverwendungsfähig“ gewesen und erst nach Abschluss

---

<sup>631</sup> vgl. FEYMAN (1999), S.261; vgl. GEHLER (1996), S.618; vgl. PELINKA Peter (2000), S.168; vgl. KOSTELKA (1988), S.90; vgl. FISCHER (1998), S.386; vgl. Sinowatz, in: KRIECHBAUMER (2008), S.539f.

<sup>632</sup> vgl. GEHLER (1996), S.618; vgl. FEYMAN (1999), S.261; vgl. PELINKA Anton (1993), S.52.

<sup>633</sup> Nach der frühzeitigen Bekanntgabe der Kandidatur Waldheims entschied sich auch die SPÖ zu einer raschen Nominierung und machte am 25. April 1985 Steyrer als ihren Präsidentschaftskandidaten bekannt. (vgl. FEYMAN (1999), S.261; vgl. GEHLER (1996), S.618; vgl. PELINKA Peter (2000), S.168; vgl. KOSTELKA (1988), S.90; vgl. FISCHER (1998), S.386; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.539f.)

<sup>634</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.52; vgl. GEHLER (1996), S.618; vgl. FISCHER (1998), S.387.

<sup>635</sup> vgl. FISCHER (1998), S.387f; vgl. PELINKA Peter (2000), S.168.

<sup>636</sup> vgl. GEHLER (1996), S.619f; vgl. FISCHER (1998), S.388; vgl. PELINKA Peter (2000), S.184; vgl. FEYMAN (1999), S.261.

<sup>637</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.90; vgl. GEHLER (1996), S.618; vgl. FISCHER (1998), S.388; vgl. PELINKA Peter (2000), S.168f; vgl. FEYMAN (1999), S.261.

seines Jusstudiums 1944 wieder einberufen worden zu sein, während er in Wirklichkeit aber bereits im März 1942 als Ordonanzoffizier zur Heeresgruppe E unter Generaloberst Alexander Löhr nach Saloniki versetzt worden war.<sup>638</sup>

Besondere Dramatik erfuhr die Debatte um Waldheims Vergangenheit und damit auch der Präsidentschaftswahlkampf allerdings erst, als zahlreiche ausländische – hauptsächlich amerikanische – Printmedien und Organisationen das Thema aufgriffen und massiv verbreiteten.<sup>639</sup> Die vielfach ungerechtfertigten Vorwürfe gegen den Präsidentschaftskandidaten, die letztlich bis zur vermeintlichen Beteiligung an Kriegsverbrechen reichten, wurden immer umfangreicher und machten eine seriöse und differenzierte Betrachtung der Sachlage zunehmend unmöglich.<sup>640</sup> An der vordersten Front jener, die die Enthüllungen über die Kriegsvergangenheit von Kurt Waldheim vorantrieben, befand sich insbesondere der Jüdische Weltkongress in New York, der den Österreichern im Falle einer Wahlentscheidung für Waldheim mit Konsequenzen drohte und in der zweiten Märzhälfte sogar dessen Aufnahme in die „watch list“ des amerikanischen Justizministeriums beantragte.<sup>641</sup>

Nachdem Waldheim Anfang März in einem Interview für die ORF-Pressesendung zunächst alle Vorwürfe und Behauptungen über seine verborgene NS-Vergangenheit zurückwies und dahinter eine monatelang geplante, großangelegte und zentral gesteuerte „Verleumdungskampagne“ währte, verteidigte er sich schließlich auch mit jenem verhängnisvollen Satz – er sei bei der Deutschen Wehrmacht als Soldat eingerückt „wie hunderttausende Österreicher auch, die ihre Pflicht erfüllt haben“<sup>642</sup> –, der ihm später vielfach zur Last gelegt wurde<sup>643</sup>

Zunächst profitierte Waldheim allerdings noch von dieser unglücklich gewählten Rechtfertigung, da sich dadurch ein Großteil der Wehrmachtsgeneration – weit über das traditionelle Wählerpotential der Volkspartei hinaus – persönlich angesprochen und – somit ebenfalls angegriffen – fühlte.<sup>644</sup>

---

<sup>638</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.90; vgl. GEHLER (1996), S.618f; vgl. FISCHER (1998), S.388f; vgl. PELINKA Peter (2000), S.168f.

<sup>639</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.90; vgl. FISCHER (1998), S.393.

<sup>640</sup> vgl. GEHLER (1996), S.631; vgl. FISCHER (1998), S.393.

<sup>641</sup> vgl. GEHLER (1996), S.622f und S.625;

<sup>642</sup> Waldheim, in GEHLER (1996), S.622.

<sup>643</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.90; vgl. GEHLER (1996), S.622; vgl. FEYMANN (1999), S.262; vgl. PELINKA Peter (2000), S.184.

<sup>644</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.262; vgl. PELINKA Peter (2000), S.171.

Zusammen mit den von einigen ausländischen Medien sowie dem WJC-Präsidenten Edgar Bonfman heftig vorgebrachten Attacken auf den Präsidentschaftskandidaten bewirkte Waldheims Aussage über die „Pflichterfüllung“ einen großen Mitleids- und Solidarisierungseffekt, der die österreichische Bevölkerung zuletzt derart polarisierte, dass aus dem Wahlkampf zwischen Waldheim und Steyrer ein Wahlkampf für oder gegen Waldheim wurde.<sup>645</sup>

Die ÖVP-Wahlkampfleitung reagierte auf die vermeintliche „Diffamierungskampagne“ gegen ihren Kandidaten mit der Forcierung einer „Jetzt-erst-recht“-Stimmung – sinnbildlich hierfür ihr Plakat „Wir Österreicher wählen wen wir wollen – jetzt erst recht Waldheim“ – in der Bevölkerung, durch die es ihr gelang, die Angriffe auf Waldheim in einen taktischen Vorteil umzuwandeln.<sup>646</sup> Der heftig attackierte Kurt Waldheim konnte von der stark emotionalisierten Atmosphäre, die so in der letzten Phase des Wahlkampfes erzeugt wurde, profitieren und wurde am 8. Juni von der österreichischen Bevölkerung mit sicherem Abstand zu seinem Kontrahenten Kurt Steyrer zum Bundespräsidenten gewählt.<sup>647</sup>

Die SPÖ hingegen musste nicht nur eine bittere Wahlniederlage hinnehmen, sondern sie musste sich von der ÖVP noch dazu den Vorwurf gefallen lassen, Urheber beziehungsweise Drahtzieher der „internationalen Kampagne“ gegen Waldheim gewesen zu sein.<sup>648</sup> Insbesondere in Fred Sinowatz beziehungsweise in dessen Kabinettschef Hans Pusch hatten jene politischen Kreise, die die inner- und außerösterreichischen Debatten um Kurt Waldheim als Ergebnis von „Nestbeschmutzung“ betrachteten, bald die Hauptschuldigen gefunden. Der Rücktritt des Bundeskanzlers nach dem Wahlsieg Waldheims wurde dabei von vielen als klares Schuldeingeständnis interpretiert.<sup>649</sup>

---

<sup>645</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.262; vgl. GEHLER (1996), S.627 UND S.658; vgl. FISCHER (1998), S.400.

<sup>646</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.90; vgl. GEHLER (1996), S.622; vgl. PELINKA Peter (2000), S.184

<sup>647</sup> vgl. GEHLER (1996), S.628f; vgl. VRANITZKY (2004), S.50; vgl. PELINKA Peter (2000), S.184.

<sup>648</sup> vgl. KOSTELKA (1988), S.90.

<sup>649</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.172 und S.184; vgl. PELINKA Peter (1988), S.120; vgl. FEYMANN (1999), S.262.

Obwohl Sinowatz eine Beteiligung an der Inszenierung einer „Anti-Waldheim-Kampagne“ stets bestritt, blieb er auch nach der Präsidentschaftswahl und seiner Amtsniederlegung 1986 von der „Waldheim-Affäre“ verfolgt<sup>650</sup>:

Nachdem Journalist Alfred Worm im April 1986 im „Profil“ davon berichtet hatte, dass Sinowatz bereits vor Auftauchen der ersten Presseberichte über Waldheims Wehrmachtsvergangenheit im Rahmen einer Sitzung des burgenländischen Landesparteivorstandes am 28. Oktober 1985 angekündigt hätte, die Öffentlichkeit zu gegebener Zeit, also im kommenden Wahlkampf, über die „braune Vergangenheit“ Waldheims aufklären zu wollen, entschloss sich Sinowatz 1987, den Verfasser wegen übler Nachrede zu verklagen.<sup>651</sup> Aufgrund einer Alfred Worms Darstellung bestätigenden handschriftlichen Aufzeichnung der damaligen burgenländischen SPÖ-Klubobfrau Otilie Matysek wurde dieser jedoch freigesprochen, worauf gegen Sinowatz seinerseits ein Strafverfahren wegen falscher Zeugenaussage eingeleitet wurde, in dessen Folge er am 16. April 1991 in zweiter Instanz für schuldig befunden und zu einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde.<sup>652</sup>

Während für die ÖVP sowie für einen Großteil der Bevölkerung Sinowatz Schuld an der Inszenierung einer internationalen „Diffamierungskampagne“ gegen Waldheim mit seiner rechtskräftigen Verurteilung als erwiesen galt, bestreiten Sinowatz und die beteiligten SPÖ-Funktionäre bis heute die Aussagekraft des Prozessurteils und verweisen in diesem Zusammenhang auf die schiefe Optik, wonach der zuständige Richter Sinowatz auf Basis einer einzigen Zeugenaussage<sup>653</sup> – jener der mittlerweile zur SPÖ-Dissidentin gewordenen Otilie Matysek – verurteilte, obwohl zuletzt selbst der – freilich weisungsgebundene – Oberstaatsanwalt auf einen Freispruch aus Mangel an Beweisen plädierte.<sup>654</sup>

---

<sup>650</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.172; vgl. FEYMANN (1999), S.262; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.540.

<sup>651</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.172; vgl. CAMPBELL (1995), S.530; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.166; vgl. FEYMANN (1999), S.264; vgl. GEHLER (1996), S.660.

<sup>652</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.173; vgl. PELINKA Anton (1993), S.98; vgl. CAMPBELL (1995), S.530; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.166; vgl. GEHLER (1996), S.659f.

<sup>653</sup> Alle anderen Mitglieder des burgenländischen Parteivorstandes sagten geschlossen zu Sinowatz Gunsten aus, nach Auffassung des Richters waren sie jedoch alle in ihrer Aussage vor Gericht unglaubwürdig. (vgl. FEYMANN (1999), S.266; vgl. PELINKA Peter (2000), S.173.)

<sup>654</sup> vgl. GEHLER (1996), S.660; vgl. PELINKA Peter (2000), S.173; vgl. FEYMANN (1999), S.266; vgl. VRANITZKY (2004), S.50.



Unabhängig davon, wer die Debatte um die Kriegsvergangenheit von Kurt Waldheim letztlich initiiert hatte, die prinzipielle Bedeutung und Gesamtwirkung der Causa Waldheim blieb dieselbe, demonstrierte sie doch, wie sehr in Österreichs Gesellschaft nach 1945 eine grundsätzliche und selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus unterblieben war.<sup>655</sup> Während die „Waldheim-Affäre“ – in deren Rahmen viele historische Tabus<sup>656</sup> aufbrachen – im Inland den Beginn eines fühlbaren Rechtsrucks im öffentlichen Diskurs sowie einer Freilegung bewältigt geglaubter Ideologiepotentiale darstellte, von der die FPÖ unter Jörg Haider in unmittelbarer Folge stark profitieren konnte, führte sie auf internationaler Ebene zu einer zunehmenden Isolation Österreichs, vor allem, als das amerikanische Justizministerium am 27. April 1987 entschied, Kurt Waldheim auf die „watch list“ zu setzen und dem Bundespräsidenten somit die Einreise in die USA auf Lebzeiten verwehrte.<sup>657</sup> Auf der anderen Seite stellte die Causa Waldheim aber auch eine klare Zäsur im öffentlichen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit dar und kann somit als Ausgangspunkt der in weiterer Folge einsetzenden breiten gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Rolle Österreichs in der Zeit des Nationalsozialismus betrachtet werden.<sup>658</sup>

---

<sup>655</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.169 und S.184f.

<sup>656</sup> wie etwa Antisemitismus, die Rolle Österreichs im Rahmen des NS-Regimes oder die „Pflichterfüllung“ der Wehrmachtsgeneration (vgl. PELINKA Peter (1988), S.119; vgl. PELINKA Peter (2000), S.169.)

<sup>657</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.169; vgl. PELINKA Peter (1988), S.119; vgl. FEYMANN (1999), S.262; vgl. GEHLER (1996), S.628, S.632 und S.659.

<sup>658</sup> vgl. VOCELKA (2004), S.303.

## 5. RÜCKZUG AUS DER POLITIK

Die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten im Frühsommer 1986 führte in direkter Folge zu einer entscheidenden Wende in der österreichischen Innenpolitik: So zog Fred Sinowatz nach dem für die SPÖ überaus enttäuschenden Ergebnis der Präsidentschaftswahl<sup>659</sup> die politischen Konsequenzen und setzte innerparteilich unmittelbar nach Bekanntwerden der Wahlniederlage von Kurt Steyrer im Alleingang seinen Rückzug von der Regierungsspitze zugunsten von Finanzminister Franz Vranitzky durch, der damit quasi über Nacht zum Bundeskanzler avancierte.<sup>660</sup>

Bereits nach dem ersten Wahlgang am 4. Mai, bei dem Steyrer rund 6 Prozentpunkte hinter Waldheim lag, hatte Sinowatz im engsten Führungskreis anklingen lassen, dass er im Falle einer deutlichen Wahlniederlage – laut seiner Definition ein Sieg Waldheims mit mehr als 52 Prozent der Wählerstimmen – sein Amt als Bundeskanzler zurücklegen und Franz Vranitzky als seinen Nachfolger vorschlagen werde.<sup>661</sup> Als das Ergebnis des zweiten Wahlganges am 8. Mai – bei dem sich 53,89 Prozent der Wähler für Waldheim und nur 46,11 Prozent für Steyrer entschieden hatten – schließlich eine eindeutige Überschreitung dieser Schmerzgrenze brachte, beschloss Sinowatz noch am Wahlabend seine innerparteiliche Ankündigung wahrzumachen.<sup>662</sup> Heinz Fischer erinnert sich: „[Er] sagte uns noch am Wahlabend, dass er wisse, was er nun zu tun habe [...]“<sup>663</sup>.

Nachdem sich Sinowatz in einem Gespräch mit Vranitzky noch einmal<sup>664</sup> vergewissert hatte, dass dieser das Angebot, seine Nachfolge anzutreten, nicht ausschlagen würde, konfrontierte er das Parteipräsidium bereits am Tag nach

---

<sup>659</sup> Der Sieg Kurt Waldheims bei der Bundespräsidentenwahl 1986 bedeutete die erste Niederlage für einen von den Sozialdemokraten nominierten Präsidentschaftskandidaten in der Nachkriegsgeschichte. (vgl. PELINKA Peter (1988), S.120.)

<sup>660</sup> vgl. PELINKA Peter (2000), S.172 und S.192; vgl. PELINKA Anton (2004), S.12; vgl. GEHLER (1996), S.629; vgl. KOSTELKA (1988), S.91.

<sup>661</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.102f.

<sup>662</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.103; vgl. FISCHER (1998), S.402.

<sup>663</sup> FISCHER (1998), S.402.

<sup>664</sup> Laut der Darstellung Heinz Fischers hatte Sinowatz Vranitzky bereits vor der Bundespräsidentenwahl von seinem Vorhaben informiert, im Falle einer Wahlniederlage zu seinen Gunsten einen Wechsel an der Regierungsspitze durchführen zu wollen. (vgl. FISCHER (1998), S.402.)

der Wahl mit seinem Entschluss, mit sofortiger Wirkung als Bundeskanzler zurückzutreten und schlug vor, das Kanzleramt an Franz Vranitzky zu übergeben.<sup>665</sup>

Die Wahlniederlage von SPÖ-Kandidat Kurt Steyrer war jedoch – wie vereinzelt vermutet – keineswegs die Ursache, sondern lediglich der unmittelbare Anlass für den von Sinowatz herbeigeführten Wechsel an der Spitze der Bundesregierung.<sup>666</sup>

Das tatsächliche Motiv für Sinowatz Rücktrittsüberlegungen stellte das demoskopische und mediale Dauertief dar, in das die SPÖ um die Jahreswende 1985/86 geraten war.<sup>667</sup> Vor dem Hintergrund der katastrophalen Sympathiewerte – seit 1986 mussten die Sozialdemokraten in den Meinungsumfragen sogar den Verlust ihrer relativen Mehrheitsposition hinnehmen – reifte in Sinowatz bereits zu Jahresbeginn der Entschluss, diese für die SPÖ negative Entwicklung – in deren Zuge sich nicht nur das linke Segment der Wählerlandschaft sondern auch die politische Mitte, die Kreisky einst die absolute Mehrheit gebracht hatte, von der Partei abzuwenden drohte – mit einem Führungswechsel an der Regierungsspitze zu stoppen.<sup>668</sup> Rückblickend konstatierte er: „Es war [...] nicht dieses Wahlergebnis, auch nicht Hainburg oder die Verstaatlichte [...] was mich bewog, einen Wechsel an der Spitze der Regierung vorzubereiten. [...] Es war die Erkenntnis, dass eine bestimmte Periode der Politik in Österreich zu Ende ging, und jene Generation von Politikern, die noch von den Jahren des Wiederaufbaues geprägt war, [...] nicht mehr imstande war, die neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten voll zur Kenntnis zu nehmen und danach eine umfassende politische Strategie zu gestalten. [...]“<sup>669</sup>

Ausgehend von seiner Einsicht, dass die im Rahmen des gesellschaftlichen Wandels bevorstehende Neuformierung der Wählerlandschaft nicht nur nach

---

<sup>665</sup> vgl. FISCHER (1998), S.402; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.103f; vgl. Vranitzky, in KRIECHBAUMER (2008), S.554.

<sup>666</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.55; vgl. Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.541; vgl. SINOWATZ, Fred: Beobachter und Mitgestalter der Politik in der Zweiten Republik. Unveröffentlichtes Manuskript, zit. nach FEYMANN (1999), S.259.

<sup>667</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.520 und S.529; vgl. PELINKA Anton (1993), S.54; vgl. FEYMANN (1999), S.255.

<sup>668</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.53f und S. 78; vgl. FEYMANN (1999), S.255.

<sup>669</sup> SINOWATZ (1996), S.141f, zit. nach FEYMANN (1999), S.255f.

einem neuen politischen Stil, sondern auch nach einem neuen Politikertypus verlange, der auch den geänderten gesellschaftlichen und medialen Rahmenbedingungen entspräche, begann er mit der Amtsübergabe an Franz Vranitzky gezielt einen Generationenwechsel vorzubereiten, in der Hoffnung, damit den drohenden Erosionsprozess der SPÖ aufhalten zu können.<sup>670</sup>

Der junge und politisch unverbrauchte, modern denkende und vor allem telegen wirkende Finanzminister verkörperte aus Sicht von Fred Sinowatz den „Typ der Zeit“<sup>671</sup>, der als Vertreter einer neuen politischen Generation die „Zeitenwende“ in der österreichischen Politik am besten meistern können würde.<sup>672</sup> Als wirtschaftspolitisch versierter Politiker der „sozialdemokratischen Mitte“ sollte Vranitzky – so die Überlegung von Fred Sinowatz – sowohl enttäuschte SPÖ-Sympathisanten zurückgewinnen als auch bürgerliche Wechselwähler, die der SPÖ unter Sinowatz verloren gegangen waren, ansprechen und so dafür sorgen, dass die Sozialdemokraten ihre Führungsposition bei der nächsten Nationalratswahl behaupten würden.<sup>673</sup>

Wohl wissend, dass die Nominierung von Vranitzky – aufgrund dessen beruflichen Backgrounds<sup>674</sup> sowie seiner Distanz zu den sozialistischen Basisorganisationen – parteiintern keineswegs unumstritten sein würde und insbesondere beim linken Flügel der Partei sowie bei Altkanzler und SPÖ-Ehrenvorsitzendem Bruno Kreisky mit einiger Skepsis aufgenommen werden würde, beschränkte er sich in der Vorbereitung seines Abgangs bis zuletzt ganz gezielt auf Vieraugen Gespräche mit seinem gewünschten Nachfolger, um niemandem die Gelegenheit zu geben, den Führungswechsel zu verhindern.<sup>675</sup>

Die Tatsache, dass Kreisky, als Sinowatz ihn einige Stunden vor seinem Rücktritt als Bundeskanzler von seinem Entschluss informierte, selbst zu diesem Zeitpunkt noch versuchte, ihn von seinem Abgang und der Nominierung Vranitzkys abzuhalten, bestätigte ihn im Nachhinein in dieser Vorgangsweise.<sup>676</sup>

---

<sup>670</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.102; vgl. GUSENBAUER (2004), S.43.

<sup>671</sup> RAUSCHER (1987), S.81, zit. nach KRIECHBAUMER (2008), S.102.

<sup>672</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.530; vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.102.

<sup>673</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.102 und S. 104.

<sup>674</sup> Franz Vranitzky war vor seinem Einstieg in die Politik in leitender Funktion in verschiedenen österreichischen Banken, sowie danach als Mitarbeiter im Büro von Finanzminister Androsch tätig gewesen. (vgl. CAMPBELL (1995), S.530.)

<sup>675</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.102 und S.106; vgl. PELINKA Anton (1993), S.54f; vgl. FEYMANN (1999), S.255; vgl. CAMPBELL (1995), S.530.

<sup>676</sup> vgl. PELINKA Anton (1993), S.55; vgl. FISCHER (1998), S.407; vgl. FEYMANN (1999), S.254f.

Obwohl er ursprünglich auch den Verzicht auf den Parteivorsitz erwogen hatte, behielt Sinowatz zunächst noch seine Funktion als Bundesparteivorsitzender, um Vranitzky, der über keine politische Hausmacht verfügte, innerparteilich Rückendeckung zu geben, und profilierte sich damit einmal mehr als Garant für die Einheit der Partei.<sup>677</sup>

Als Sinowatz Vranitzky letztendlich anlässlich eines Sonderparteitages am 11. Mai 1988 auch die Führung der Parteigeschäfte übergab, wurde er von der Delegiertenversammlung mit minutenlangem Applaus verabschiedet.<sup>678</sup> Durch seine im Alleingang vorgenommene personelle Weichenstellung – sich von der Regierungsspitze zurückzuziehen und Vranitzky als seinen Nachfolger zu forcieren – konnte er die politische Wettbewerbssituation der SPÖ für die kommenden Nationalratswahlen entscheidend verbessern und somit in einer äußerst schwierigen Entwicklungsphase der Partei den Grundstein dafür legen, dass diese unter der Führung Vranitzkys die Herausforderungen des neuen politischen „Zeitalters“ meistern und ihren Führungsanspruch bis zum Ende der neunziger Jahre behaupten konnte.<sup>679</sup> Durch seine selbstlose und vorausblickende Entscheidung war es Sinowatz gelungen, seine Partei ohne gröbere interne Auseinandersetzungen behutsam von der „Ära Kreisky“ zur „Ära Vranitzky“ zu führen, womit er seine politische Aufgabe als erfüllt ansah.<sup>680</sup>

Obwohl er seine Kanzlerschaft im Nachhinein als abenteuerreichen Abschnitt und wertvolle Erfahrung bezeichnete, war es für Fred Sinowatz – wie er selbst sagte – keine schwere Entscheidung, aus der Politik auszuscheiden<sup>681</sup>: „Nein – ich war alles nur kein Sesselkleber [...]“<sup>682</sup> betonte er. „Mir [...] fiel dieser Schritt nicht schwer, weil die Übernahme der Funktion des Bundeskanzlers nicht meinen persönlichen Wünschen entsprochen hatte und weil für mich klar war, dass meine Aufgabe darin bestand, den Übergang von der „Ära Kreisky“ in eine neue, zeitgemäße Regierungsperiode zu organisieren.“<sup>683</sup>

---

<sup>677</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.102f; vgl. CAMPBELL (1995), S.530.

<sup>678</sup> vgl. FEYMANN (1999), S.256.

<sup>679</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.104; vgl. CAMPBELL (1995), S.530; vgl. PELINKA Anton (1993), S.101; vgl. FEYMANN (1999), S.259.

<sup>680</sup> vgl. GUSENBAUER (2004), S.43; vgl. FEYMANN (1999), S.256; vgl. PELINKA Anton (2004), S.13 .

<sup>681</sup> vgl. CAMPBELL (1995), S.530; vgl. FEYMANN (1999), S.284.

<sup>682</sup> Sinowatz, in FEYMANN (1999), S.284.

<sup>683</sup> Sinowatz, in KRIECHBAUMER (2008), S.542.

## IV. RESÜMEE

In der öffentlichen Beurteilung seines politischen Wirkens und Vermächnisses wurde – und wird – Fred Sinowatz vielfach und zu Unrecht unterschätzt; glaubt man der Einschätzung des Historikers und Politologen Robert Kriechbaumer, so zählt der ehemalige Bundeskanzler gar zu den am meisten unterschätzten Politikern der Zweiten Republik.<sup>684</sup>

Wesentlich verantwortlich für diese Geringschätzung ist nicht nur die vielfach undifferenzierte Medienberichterstattung der damaligen Zeit, sondern auch die Darstellung seines politischen Wirkens in der historischen beziehungsweise politischen Analyse, in der dieses nicht selten ausschließlich auf die Jahre seiner Kanzlerschaft reduziert wird. Die vielen unbestreitbaren Erfolge, die Sinowatz im Laufe seiner politischen Tätigkeit vor seiner Zeit als Bundeskanzler erzielen konnte, werden durch diese eindimensionale Betrachtungsweise oftmals in den Hintergrund gedrängt.

Dabei hatte sich Fred Sinowatz zuvor nicht nur in der burgenländischen Landespolitik – als Schöpfer und Mitgestalter eines neuen „Burgenlandbewusstseins“ ebenso wie als Reformers und Integrationsfigur der SPÖ-Burgenland –, sondern auch in der Bundespolitik einen Namen gemacht. Als langjähriger Unterrichtsminister, dem es durch die Initiierung einer regen Reformtätigkeit und eines richtungsweisenden Schulbauprogramms gelang, mehr Chancengleichheit im Bildungswesen zu schaffen, hat er die österreichische Bildungslandschaft entscheidend beeinflusst und kann mit Recht als einer der großen Bildungspolitiker der Zweiten Republik bezeichnet werden.

Darüber hinaus konnte sich Fred Sinowatz auch in seiner so viel kritisierten Doppelfunktion als Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzender der SPÖ profilieren, vor allem die innerparteiliche Entwicklung hat er in dieser Zeit stärker geprägt als gemeinhin bekannt.

---

<sup>684</sup> vgl. KRIECHBAUMER (2008), S.103.

Als Garant für die Einheit der Partei, der die SPÖ in einer für sie überaus turbulenten und schwierigen Entwicklungsphase zusammenhalten konnte, sowie als „Übergangskanzler“, der die Sozialdemokratie mit dem vorausblickenden Aufbau seines Nachfolgers behutsam von der historischen „Ära Kreisky“ in die „Ära Vranitzky“ zu führen vermochte, erlangte Sinowatz für seine Partei entscheidende Bedeutung. Insbesondere in dieser Funktion als „Brückenbauer“ zwischen Bruno Kreisky und Franz Vranitzky konnte er wesentlich dazu beitragen, dass der unvermeidbare Einbruch der SPÖ nach dem Abgang des „Sonnenkönigs“ Kreiskys ein verhältnismäßig sanfter war.

Gelingen konnte Sinowatz dies nur, weil er sich zeit seines politischen Lebens nie in den Mittelpunkt gestellt hatte und für sein politisches Handeln nie seine eigenen persönlichen Beweggründe ausschlaggebend waren. Stets bescheiden, hat er sich nie in ein politisches Amt gedrängt, übte die ihm übertragenen Funktionen aber immer gewissenhaft und mit viel persönlichem Einsatz und Pflichtbewusstsein gegenüber der Partei und den Menschen des Landes aus. Für all jene, für die Politik vor allem den Einsatz von Macht symbolisiert, hat Sinowatz somit demonstriert, dass politischer Erfolg auch auf Sachlichkeit, gegenseitigem Respekt und Menschlichkeit basieren kann.

„In seiner Gesamtpersönlichkeit [– um erneut Robert Kriechbaumer zu zitieren –] verdiente und verdient er [dafür], sowohl in der historischen Analyse wie im Spannungsfeld der politischen Kontroverse, Hochachtung und Respekt [...]“<sup>685</sup> – und zwar deutlich mehr als ihm darin bislang zuteil wurde.

---

<sup>685</sup> KRIECHBAUMER (2008), S.104.

# QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## MONOGRAPHIEN, FESTSCHRIFTEN UND AUFSÄTZE IN SAMMELBÄNDEN

**AIGINGER**, Karl: Von der Mitte aus, auf dem Weg nach vorne. Österreichs Wirtschaft in den 1980er und 1990er Jahren. In: SIEDER, Reinhard; STEINERT, Heinz; TÁLOS, Emmerich (Hrsg.): *Österreich 1945-1995*. Gesellschaft Politik Kultur. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 60. Wien, 1995, S.268-278.

**BLECHA**, Karl: Der Wahlkämpfer und Parteireformer. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): *„Brücken bauen“*. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.65-70.

**BRITZ**, Nikolaus (Hrsg.): *Das burgenländische Jahrzehnt des Dr. Fred Sinowatz*. Beiträge des Genannten, erschienen in der sozialdemokratischen „Burgenländischen Freiheit“ 1961 bis 1971. Mattersburg, 1979, (zit. 1979a).

**BRITZ**, Nikolaus: Einführung in Leben und publizistisches Wirken des Jubilars. In: BRITZ, Nikolaus (Hrsg.): *Das burgenländische Jahrzehnt des Dr. Fred Sinowatz*. Beiträge des Genannten, erschienen in der sozialdemokratischen „Burgenländischen Freiheit“ 1961 bis 1971. Mattersburg, 1979, S.7-37, (zit. 1979b).

**BULANT**, Thomas: *100 Jahre Sozialdemokratische Schulpolitik im Spiegel ihrer Programme*. Schulpolitische Retrospektive zum 100. Geburtstag der österreichischen Sozialdemokratie. Wien, 2002.

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN; BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST** (Hrsg.): *10 Jahre Schulbuchaktion*. Wien, 1982.

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST** (Hrsg.): *Bildungsbericht 1979*. OECD-Prüfung des österreichischen Schulsystems. Wien, 1979.



**BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST** (Hrsg.): *Schulversuche*. Bericht des Bundesministers für Unterricht und Kunst an den Nationalrat. Wien, 1980.

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST, ZENTRUM FÜR SCHULVERSUCHE UND SCHULENTWICKLUNG** (Hrsg.): *Bessere Schulen für Österreichs Kinder*. Eine kurze Einführung in die Schulversuchsarbeit. Wien, 1981.

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST, ZENTRUM FÜR SCHULVERSUCHE UND SCHULENTWICKLUNG, ABTEILUNG II** (Hrsg.): *Evaluation der Schulversuche im Bereich der Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen*. Gesamtbericht über die erste Evaluationskohorte. Teil 1: Lernerfolgsvergleiche, Schülerlaufbahnen. Arbeitsberichte II/11. Graz, 1979.

**CAMPBELL**, David F.J.: Fred Sinowatz. In: DACHS, Herbert; GERLICH, Peter; MÜLLER, Wolfgang C. (Hrsg.): *Die Politiker*. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien, 1995, S.520-532.

**DACHS**, Herbert; **GERLICH**, Peter; **MÜLLER**, Wolfgang C. (Hrsg.): *Die Politiker*. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien, 1995.

**FEYMANN**, Walter: *Fred Sinowatz*. Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Eisenstadt, 1999.

**FEYMANN**, Walter: *Theodor Kery*. Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Eisenstadt, 1993.

**FISCHER**, Heinz: *Die Kreisky-Jahre*. 1967-1983. Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Band 5. Wien, 1993.

**FISCHER**, Heinz: *Reflexionen*. Wien, 1998.

**FISCHER**, Heinz: Staatsmann in einer komplexen Welt. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.31-37.

**FISCHERLEHNER**, Franz: *Bildung für die Gesellschaft von morgen*. Schulprogramm der SPÖ. Beschlossen vom Parteirat der SPÖ am 22. November 1969. Wien, 1969.

**FRÖHLICH-SANDNER**, Gertrude: Lieber Fred! In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.115-118.

**FRÖSCHL**, Erich; **MESNER**, Maria; **ZOITL**, Helge (Hrsg.): *Die Bewegung*. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich. Wien, 1990.

**GEHLER**, Michael: „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“. Die Waldheim-Affäre 1986-1992. In: GEHLER, Michael; SICKINGER, Hubert (Hrsg.): *Politische Affären und Skandale in Österreich*. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur/Wien/München, 1996<sup>2</sup>, S.614-665.

**GEHLER**, Michael; **SICKINGER**, Hubert (Hrsg.): *Politische Affären und Skandale in Österreich*. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur/Wien/München, 1996<sup>2</sup>.

**GEHMACHER**, Ernst: *Die Schule im Spannungsfeld von Schülern, Eltern und Lehrern*. Eine Studie des Instituts für empirische Sozialforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst. Wien, 1979.

**GLATZ**, Harald: Die Umweltpolitik der SPÖ. In: PELINKA, Peter; STEGER, Gerhard (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Staatspartei*. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien, 1988, S.403-410.

**GRATZ**, Leopold: Ein verlässlicher Partner für die Welt. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.57-62.

**GUSENBAUER**, Alfred: Ein großer Politiker der Zweiten Republik. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.39-45.

**HAWLICEK**, Hilde: Mehr Chancengleichheit in Österreich. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.105-112.

**KIENZL**, Heinz: Der Beste, den Österreich hatte. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.73-76.

**KOSTELKA**, Peter: Die kleine Koalition (1983 bis 1986). In: PELINKA, Peter; STEGER, Gerhard (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Staatspartei*. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien, 1988, S.75-93.

**KREJCI**, Herbert: Ich grüße Sie vom anderen Ufer. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.121-129.

**KRIECHBAUMER**, Robert: *Die Ära Kreisky*. Österreich 1970-1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironismus. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Band 22. Wien/Köln/Weimar, 2004.

**KRIECHBAUMER**, Robert: *Zeitenwende*. Die SPÖ-FPÖ Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironismus. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Band 33. Wien/Köln/Weimar, 2008.

**LACINA**, Ferdinand: Ein „Roter“ in der Politik. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.23-28.

**LINGENS**, Peter Michael: *Begegnungen*. Wien, 1995.

**LUTHER**, Kurt Richard: Norbert Steger. In: DACHS, Herbert; GERLICH, Peter; MÜLLER, Wolfgang C. (Hrsg.): *Die Politiker*. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien, 1995, S.548-557.

**MATZENAUER**, Hans; **OLECHOWSKI**, Richard; **RETTINGER**, Leopold; **SCHNECK**, Peter (Hrsg.): *Die Schulreform geht weiter*. Vorträge und Diskussionen anlässlich des Symposiums zum 50. Todestag von Otto Glöckel. Wien/München, 1985.

**MÜCK**, Werner: *Österreich*. Das war unser Jahrhundert. Wien, 1999.

**MÜLLER**, Wolfgang C.: Bruno Kreisky. In: DACHS, Herbert; GERLICH, Peter; MÜLLER, Wolfgang C. (Hrsg.): *Die Politiker*. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien, 1995, S.353-365.

**NISSL**, Hans; **PELINKA**, Anton; **TOTH**, Wilhelm; **VRANITZKY**, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004.

**NISSL**, Hans: Burgenländer mit Leib und Seele. In: NISSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.17-20.

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR SCHUL- UND SPORTSTÄTTENBAU** (Hrsg.): *Schulbau in Österreich von 1945 bis heute*. Horn/Wien, 1982.

**PELINKA**, Anton: Der Mann mit dem Augenmaß. In: NISSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.9-15.

**PELINKA**, Anton: *Die Kleine Koalition*. In: SIEDER, Reinhard; STEINERT, Heinz; TÁLOS, Emmerich (Hrsg.): *Österreich 1945-1995*. Gesellschaft Politik Kultur. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 60. Wien, 1995, S.279-289.

**PELINKA**, Anton: *Die kleine Koalition*. SPÖ-FPÖ. 1983-1986. Studien zu Politik und Verwaltung, Band 48. Wien/Köln/Graz, 1993.

**PELINKA**, Anton: Kurt Waldheim. In: DACHS, Herbert; GERLICH, Peter; MÜLLER, Wolfgang C. (Hrsg.): *Die Politiker*. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien, 1995, S.586-593.

**PELINKA**, Peter; **STEGER**, Gerhard (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Staatspartei*. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien, 1988.

**PELINKA**, Peter: *Eine kurze Geschichte der SPÖ*. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen. Wien, 2005.

**PELINKA**, Peter: *Österreichs Kanzler*. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel. Wien, 2000.

**PELINKA**, Peter: *Sozialdemokratie in Österreich*. Hundert Jahre seit Hainfeld: Die Entwicklung einer Bewegung von Victor Adler bis Franz Vranitzky. Wien, 1988.

**PERSCHY**, Jakob: Es zählt, was bleibt. Kulturpolitische Maßnahmen und ihre Ergebnisse. In: WIDDER, Roland (Hrsg.): *Burgenland*. Vom Grenzland im Osten zum Tor in den Westen. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Band 6/5. Wien/Köln/Weimar, 2000, S.179-215.

**RAUSCHER**, Hans: Vranitzky. Eine Chance. Wien, 1987, zit. nach: KRIECHBAUMER, Robert: *Zeitenwende*. Die SPÖ-FPÖ Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironismus. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Band 33. Wien/Köln/Weimar, 2008

**ROSENBERGER**, Fritz: Konsens in kleinen Schritten. Sozialistische Schulpolitik in der Zweiten Republik. In: PELINKA, Peter; STEGER, Gerhard (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Staatspartei*. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien, 1988, S.327-338.

**SCHNELL**, Hermann: *Bildungspolitik in der Zweiten Republik*. Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte der Arbeiterbewegung. Wien/Zürich, 1993.

**SCHULSERVICE, BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT** (Hrsg.): *Gemeinsam geht's besser*. Schulpartnerschaft nützt allen. Grundlagen nach der 4. Schulunterrichtsgesetz-Novelle. Wien, 1987.

**SIEDER**, Reinhard; **STEINERT**, Heinz; **TÁLOS**, Emmerich (Hrsg.): *Österreich 1945-1995*. Gesellschaft Politik Kultur. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 60. Wien, 1995.

**SINOWATZ**, Fred: *Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz am 31. Mai 1983*. Österreich-Dokumentationen. Wien, 1983.

**SINOWATZ**, Fred: *Kulturpolitik für alle*. Rede bei der Bundesbildungskonferenz 1976. Zeitdokumente, Band 3. Wien, 1976, (zit. 1976b).

**SINOWATZ**, Fred: *Mutig in die neuen Zeiten*. Rede des Parteivorsitzenden vor dem 29. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 12. November 1985 in der Wiener Stadthalle. Wien, 1985.

**SINOWATZ**, Fred: 10 Jahre danach. In: KECK, Edi u.a. (Hrsg.): *Die ersten 10 Jahre Franz Vranitzky*. Wien, 1996, zit. nach: FEYMANN, Walter: *Fred Sinowatz*. Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Eisenstadt, 1999.

**SORONICS**, Franz: Den Menschen in dankbarer Erinnerung sein. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): *„Brücken bauen“*. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.85-88.

**SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS** (Hrsg.): *Jahrbuch 1978*. Bereit für die 80er Jahre. Bericht an den 24. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ. Wien, 1978.

**SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS** (Hrsg.): *Jahrbuch 1979*. Weiter auf dem österreichischen Weg mit der SPÖ. Bericht an den 25. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ. Wien, 1979.

SPÖ-FPÖ Arbeitsübereinkommen. In: KOHL, Andreas; STIRNEMANN, Alfred (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1984*. München/Wien, 1985, S.519-529.

**STENITZER**, Elisabeth: *Der Konflikt um Hainburg*. Eine Chronologie der Ereignisse und deren Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Wien, Univ., Dipl.-Arb., 1994.

**STRÖER**, Alfred: Sozialistische Gewerkschafter als Helfer beim Aufbau eines modernen Burgenlandes. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): *„Brücken bauen“*. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.79-82.

**TEUSCHLER**, Christine; **STREIBEL**, Andreas: Die Parteien im Burgenland seit 1945. In: WIDDER, Roland (Hrsg.): *Burgenland*. Vom Grenzland im Osten zum Tor in den Westen. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Band 6/5. Wien/Köln/Weimar, 2000, S.429-502.

**TOTH**, Wilhelm: Deshalb liebe ich das Leben. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): *„Brücken bauen“*. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.143-152.

**VOCELKA**, Karl: *Geschichte Österreichs*. Kultur – Gesellschaft – Politik. Heyne Sachbuch, Band 19/827. München, 2004<sup>3</sup>.

**VRANITZKY**, Franz: Ein Kontrapunkt zur schrillen Welt. In: NIESSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): *„Brücken bauen“*. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.47-53.

**WIDDER**, Roland (Hrsg.): *Burgenland*. Vom Grenzland im Osten zum Tor in den Westen. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Band 6/5. Wien/Köln/Weimar, 2000, (zit. 2000a).

**WIDDER**, Roland: Politik im Burgenland nach 1945: Stile und Stationen. In: WIDDER, Roland (Hrsg.): *Burgenland. Vom Grenzland im Osten zum Tor in den Westen*. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Band 6/5. Wien/Köln/Weimar, 2000, S.359-428, (zit. 2000b).

**WIMMER**, Michael: Die Fähigkeit, das Leben glücklich zu gestalten. In: NISSL, Hans; PELINKA, Anton; TOTH, Wilhelm; VRANITZKY, Franz (Hrsg.): „*Brücken bauen*“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag. Graz, 2004, S.91-101.

## ARTIKEL IN PERIODIKA, FACHJOURNALEN, ZEITSCHRIFTEN UND TAGESZEITUNGEN

**ACHS**, Oskar: Schülervertretungsgesetz beschlossen. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1981, S.6.

**ACHS**, Oskar: Warum Neue Mittelschule? In: *Freie Lehrerstimme*, 5/1979, S.11-12 und S.26, (zit. 1979a).

**ACHS**, Oskar: Was die wissenschaftliche Überprüfung des Schulversuchs Gesamtschule ergab. In: *Freie Lehrerstimme*, 5/1979, S.21-22, (zit. 1979b).

**ACHS**, Oskar: Welche Änderungen bringt die 7. SchOG-Novelle? In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1982, S.8-10.

Aufforderung zum Vergleich. ÖVP-Wahlprogramm. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1979, S.20 und S.26.

Das „Schulversuchswerk“. Interview mit Minister Sinowatz über Schulpolitik, Gesamtschule und regionale Schulentwicklung. In: *Schulheft*, 3/1978, S.7-12.

Exklusivinterview mit Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky. In: *Freie Lehrerstimme*, 5/1973, S.3-5.

**GRATZENBERGER**, Franz: Gesamtschule in Österreich. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1973, S.8-9.



Grundsatzenerlaß: Politische Bildung in den Schulen. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1978, S.11-14.

**HLADEJ**, Hubert: Wirtschaftliche Aspekte des Schulbuchs. In: *Schulheft*, 1/1979, S.16-19.

**IRSCHIK**, Erich: Die 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1974, S.11, (zit. 1974a).

**IRSCHIK**, Erich: Das neue Schulunterrichtsgesetz – ein Beitrag zur inneren Schulreform. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1974, S.3-4, (zit. 1974b).

**IRSCHIK**, Erich; **ACHS**, Oskar: Neue Schulgesetze im Werden. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1979, S.16.

**KELLER**, Ilse: 80er Jahre Prüfstein für Schulpolitik. In: *Arbeiterzeitung* vom 19. Juli 1978, S.2.

**KREISKY**, Bruno: Weiter für die bessere Bildungspolitik!. In: *Freie Lehrerstimme*, 4/1975, S.3

Kultur und Schule: Projekte und Grundsätze. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1976, S.5-6.

**KUTALEK**, Norbert: Einige grundsätzliche Probleme der politischen Bildung. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1978, S.9-10 und S.20.

**LANZELSDORFER**, Friederike: Chancengleichheit durch die Vorschulklasse?. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1973, S.7.

**LEITGEB**, Gerd: Ein Volkskanzler ist er nicht geworden. In: *Kurier* vom 27. Mai 1984, S.2, zit. nach: **KRIECHBAUMER**, Robert: *Zeitenwende*. Die SPÖ-FPÖ Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironismus. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Band 33. Wien/Köln/Weimar, 2008.

**MAYER**, Ernst: Schulversuche an der allgemeinbildenden höheren Schule. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1973, S.10-11.

Minister Sinowatz: Taus ist keine Alternative. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1979, S.4-5.

Minister Sinowatz zieht Zwischenbilanz. Exklusiv-Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.4-6.

Minister Sinowatz zur Schulpolitik. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 5/1979, S.10.

Minister Zilk: Schule mit Leben erfüllen. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1983, S.4-6.

**NOWOTNY**, Ernst: Schulunterrichtsgesetz und Schülermitverwaltung. In: *Freie Lehrerstimme*, 4/1972, S.9-10.

Parlamentsbericht: Schulversuch Gesamtschule. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1980, S.17-18.

Parlamentsbericht über Schulversuche veröffentlicht. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1980, S.7.

**POLZ**, Hermann: Ein Bild vom Kanzler. In: *Oberösterreichische Nachrichten* vom 10. März 1984, S.1-2, zit. nach: KRIECHBAUMER, Robert: *Zeitenwende*. Die SPÖ-FPÖ Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironismus. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Band 33. Wien/Köln/Weimar, 2008.

**RETTINGER**, Leopold: Die Entstehung des Grundsatzerlasses „Politische Bildung“. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1978, S.6.

**RETTINGER**, Leopold: Schülermitverwaltung – ein Kernpunkt des Schulunterrichtsgesetzes. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1974, S.7-8.

**RIEDER**, Albert: Zur pädagogischen Bedeutung der Schulbuchaktion. In: *Freie Lehrerstimme*, 4/1973, S.10.

**SATZKE**, Klaus: Anmerkungen zum gegenwärtigen Stand der Schulversuchsarbeit. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1974, S.11-12.

**SCHNELL**, Hermann: 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle: Ein weiterer Schritt der Bildungsreform. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.9-10, (zit. 1975a).

**SCHNELL**, Hermann: Fünf Jahre sozialistische Schulpolitik. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.3, (zit. 1975b).

**SCHNELL**, Hermann: Gesamtschule – weiterhin wichtigstes Anliegen. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1981, S.4-5.

**SCHNELL**, Hermann: Initiativantrag Neue Mittelschule im Parlament. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1980, S.4-5.

**SCHNELL**, Hermann: Österreichs Schule im Umbruch. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1973, S.3-4.

**SCHNELL**, Hermann: Sozialistische Bildungspolitik in den achtziger Jahren. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1979, S.9-10.

**SCHNELL**, Hermann: Ziele der Lehrplanreform. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1977, S.3.

Schulbuchaktion nicht mehr wegzudenken. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.7.

Schulgemeinschaftsausschuß auf Bundesebene. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1976, S.8.

Schulverhandlungen: Sinowatz kompromißbereit. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1981, S.8.

**SINOWATZ**, Fred: Das Schulbuch – ein Beitrag zur Chancengleichheit. In: *Schulheft*, 1/1979, S.5-9, (zit. 1979a).

**SINOWATZ**, Fred: Fünf Jahre Bildungspolitik für Österreich: Von der Improvisation zur Konzeption. In: *Freie Lehrerstimme*, 4/1975, S.5, (zit. 1975a).

**SINOWATZ**, Fred: Gegen Emotionen und Verunsicherung. In: *Freie Lehrerstimme*, 5/1976, S.3, (zit. 1976a).

**SINOWATZ**, Fred: Mehr Qualität für die Schule. In: *Freie Lehrerstimme*, 5/1977, S.3.

**SINOWATZ**, Fred: Nachwahlbetrachtung. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1979, S.3, (zit. 1979b).

**SINOWATZ**, Fred: Österreichs Schulbilanz `79. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1979, S.5-6, (zit. 1979c).

**SINOWATZ**, Fred: Otto Glöckel – Der Schulmann und Politiker. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1974, S.3 und S.21.

**SINOWATZ**, Fred: Parteiprogramm und Schule. In: *Freie Lehrerstimme*, 4/1978, S.15-16, (zit. 1978a).

**SINOWATZ**, Fred: Perspektiven nach der Wahl. In: *Freie Lehrerstimme*, 5/1975, S.4, (zit. 1975b).

**SINOWATZ**, Fred: Schule und politische Bildung. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1978, S.5, (zit. 1978b).

**SINOWATZ**, Fred: Sozialistische Schulpolitik und 7. SchOG-Novelle. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1982, S.3-4.

**SINOWATZ**, Fred: Vor der Entscheidung um neue Schulgesetze. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1980, S.3.

**SINOWATZ**, Fred: Weiter für eine sozialistische Bildungspolitik. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1975, S.3, (zit. 1975c).

Sinowatz: Bin ein ehrlicher Makler. Interview. In: *Freie Lehrerstimme*, 1/1982, S.4-6 und S.8.

Sinowatz: Mit Wunschteam auch in die nächste Wahl. In: *Arbeiterzeitung* vom 4. September 1984, S.1.

Sinowatz: Ziel – Gemeinsame Schule. In: *Freie Lehrerstimme*, 3/1978, S.7.

Schulbaukonzept. In: *Freie Lehrerstimme*, 4/1974, S.5.

**STEINKELLNER**, Karl: Schulreform aus der Sicht des Landkindes. In: *Freie Lehrerstimme*, 2/1975, S.12.

**WELAN**, Manfred: Der Kampf ums Recht am Beispiel Hainburgs. In: *Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung*, 1/2005, S.29-31.

## ARTIKEL AUS DEM INTERNET

Trauer um Fred Sinowatz (12.8.2008), Online im WWW unter URL:

<http://burgenland.orf.at/stories/299635/> [Stand: 8.3. 2010].

## UNVERÖFFENTLICHTE QUELLEN

**SINOWATZ**, Fred: Beobachter und Mitgestalter der Politik in der Zweiten Republik. Unveröffentlichtes Manuskript, zit. nach: FEYMANN, Walter: *Fred Sinowatz*. Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Eisenstadt, 1999.

**SINOWATZ**, Fred: Politik für Österreich unter neuen Bedingungen. Rede auf dem Parteitag der SPÖ am 29.10.1983, zit. nach: FEYMANN, Walter: *Fred Sinowatz*. Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Eisenstadt, 1999.

**SINOWATZ**, Fred: Rede vor dem Parteirat der SPÖ in Wien Oberlaa am 13.9.1984, zit. nach: FEYMANN, Walter: *Fred Sinowatz*. Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Eisenstadt, 1999.

**SINOWATZ**, Fred: Schwerpunkte der Regierungsarbeit. Erklärung vor dem Nationalrat am 24.5.1984, zit. nach: FEYMANN, Walter: *Fred Sinowatz*.

Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Eisenstadt, 1999.

# ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit dem politischen Wirken und Vermächtnis des ehemaligen sozialdemokratischen Bundeskanzlers Dr. Fred Sinowatz (1929-2008) auseinander.

Ausgehend von einer kurzen biographischen Darstellung sowie einem Einblick in sein politisches Grundverständnis werden die Stationen seiner politischen Laufbahn – i.e. sein langjähriges Wirken in der burgenländischen Kommunal- und Landespolitik (1954-71), seine Verdienste als Unterrichts-, Sport- und Kulturminister (1971-1983) sowie seine Tätigkeit als Bundeskanzler (1983-1986) und SPÖ-Bundesparteivorsitzender (1983-1988) – in chronologischer Reihenfolge beleuchtet.

Des Weiteren werden auch Motivation und Auswirkungen seines Rückzugs aus der Politik einer genaueren Betrachtung unterzogen, sowie ein kurzer Überblick über die Entwicklungen der oft damit in Zusammenhang gebrachten „Waldheim-Affäre“ gegeben.

# ABSTRACT

The following thesis is concerned with the political work and legacy of the former social democratic Federal Chancellor Dr. Fred Sinowatz (1929-2008).

Starting with a short biographical outline as well as an insight into his political values and principles the main focus is placed on highlighting the individual stages of his political career – i.e. his work as a local and regional politician in the Burgenland (1954-1971), his accomplishments as Federal Minister of Education (1971-1983) as well as his time as Federal Chancellor of the Austrian Republic (1983-1986) and chairman of the Social Democratic Party of Austria (1983-1988).

Furthermore some consideration will be given to shedding light on the motives and effects of Sinowatz' ultimate retirement from the political sphere, as well as to briefly examining the so-called "Waldheim affair" frequently associated with his resignation.



# ERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe, sowie ausschließlich unter Verwendung der im wissenschaftlichen Apparat angegebenen Quellen verfasst habe. Die aus den herangezogenen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken wurden als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 7.4. 2010

Linda Martina Zeiler

# LEBENS LAUF

## Persönliche Angaben:

Name: Linda Martina ZEILER  
Geburtsdatum: 19. Juli 1985 in Wien  
Staatsbürgerschaft: Österreich  
Familienstand: ledig  
Eltern: Mag. Helmut Zeiler (AHS-Landesschulinspektor)  
Mag. Christine Zeiler (HS-Lehrerin)

## Ausbildung:

1991 - 1995 VS in Wien (Hans-Christian-Andersen-Volksschule)  
1995 - 2003 AHS in Wien (GRG 16 Maroltingergasse)  
Juni 2003 Reifeprüfung  
seit Oktober 2003 Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung und UF Englisch an der Universität Wien  
September 2007 - Juni 2008 Auslandsstudienjahr an der Royal Holloway University of London  
Mai 2010 geplanter Studienabschluss

## Auszeichnungen:

Mai 2006 Student Award des Instituts für Anglistik und Amerikanistik an der Universität Wien

## Berufliche Tätigkeiten:

August 2001 und 2002 Praktikantin beim Europäischen Handballverband in Wien (EHF Office)  
seit August 2004 jährlich Gruppenbetreuerin am Sportkurs Tandalier des Österreichischen Ferienwerkes in Radstadt, Salzburg